

**Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“  
im Rat der Gemeinde Welper**

**Rückblick**  
auf die  
**Legislaturperiode 2009 - 2014**

**die wichtigsten grünen**

- **Anträge**
- **Reden**
- **Diskussionspapiere**
- **Jahresberichte (Auszüge)**

**(mit Anmerkungen)**

## Inhaltsverzeichnis:

### **Teil 1: Die wichtigsten grünen Anträge, Reden und Diskussionspapiere (mit Anmerkungen)**

(A= Antrag, R= Rede, D= Diskussionspapier)

1 a.	Klimaschutz in Welper (A)	12/09-01/10
b.	dto. (R)	
2.	Welper-Tag (A)	01/10- heute
3 a.	Gestaltung und Stärkung des Zentralortes - Planungszelle / Bürgergutachten (A)	01-03/10
b.	dto. (R)	
4.	Großer Natur- und Landschaftspfad Welper	01-04/10
5.	Welper - das Tor nach Südwestfalen (A)	06-07/10
6.	Klimaschutz in Welper - Teilnahme am European Energy Award (A+R)	04-07/10
7.	Standortkonzept Mobilfunk (A+R)	06-10/10
8.	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz	10/10
9.	Haushaltsrede in der Ratssitzung am 27.10.2010 (R)	10/10
10 a.	Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welper (A)	01/11
b.	dto. (R)	03/11
11.	Satzung der Gemeinde Welper über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen	10/11
12.	Prüfauftrag Dependanceschule (A)	11/11
13.	Carekauf - ein sozialer Supermarkt für Welper (A)	01/12
14.	Vermögensbewertung und Widmung von zusätzlichen öffentlichen Abwasseranlagen	02/12- heute
15.	Landschaftsplan IV ( 5 A)	03-?/12
16.	Niederschlagswasser und Entwässerung (9 A)	03-05/12
17.	Klimaschutzziele (8 A)	03/12 - heute
18.	Umgang mit grünen Wegen und Wegeseitenstreifen (7 A)	03-09/12
19.	Haushaltssanierung durch Klimaschutz (A)	05/12
20.	Gedanken zur Grundschulfrage (D)	05/12
21.	Erhalt der Grundschule Borgeln (A)	06/12
22.	Bauhof als wirtschaftlicher Eigenbetrieb (A)	06/12- heute
23.	Umgang mit den Strom- und Gasnetzen in Welper ab dem 01.05.13 (A)	05-06/12
24.	Haushaltsrede 2012 (R)	06/12
25.	Haushaltssanierungsplan 2012 - Änderungsanträge	06/12
a.	Beteiligung des Rates bei möglichen Wiederbesetzungen (A)	
b.	Einbeziehung von Fuß-, Rad-, Reit und Wanderwegen ins Wegekonzept (A)	
c.	Verlässliche Unterstützung der Musikschule (A)	
d.	Turnhalle an der Hauptschule Welper (A)	
e.	Einstellung der finanziellen Unterstützung des JEKI-Projektes (A)	
f.	Vereins- und Jugendförderung (A)	
g.	Einrichtung eines Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwegenetzes (A)	

- h. Ökologische Aufwertung der Landschaft (A)
- i. Parkraumbewirtschaftung in der Straße Am Markt (A)
- j. Kulturförderung (A)
- k. Beteiligung an Bildungsregion Kreis Soest (A)
- l. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für sonstige ordentliche Aufwendungen (A)
- 26. Verringerung der Druckkosten (A) 06/12
- 27. Integriertes ländliches Wegekonzept für die Gemeinde Welper (D) 09-11/12
- 28. Haushalt 2013 - Änderungsanträge 11/12
  - a. Heizenergieeinsparung im Lehrschwimmbecken (A)
  - b. Barrierefreier Umbau des Bahnhofpunktes Welper (A)
- 29. Erklärung zu dem geplanten Neubau von zwei Hähnchenmastställen zwischen Illingen und Scheidingen (D) 02/13
- 30. Ahse-Projekt Lebendige Bördebäche (A) 02-03/13
- 31. Zuständigkeitsordnung - Gewerbliche Tiermastanlagen und Anlagen zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (A) 03/13
- 32. ABK der Gemeinde Welper (A) 04/13
- 33. Fracking-Resolution an den Deutschen Bundestag (A) 10-11/13
- 34. 1. Haushaltsrede zum Haushalt 2014 (R) 10/13
- 35. Abriss des Raiffeisengebäudes (D) 10-11/13
- 36. Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welper (A) 10-11/13
- 37. Kinderspielplätze in der Gemeinde Welper - Neuordnung und Vermarktung gemeindeeigener Grundstücke (4 A) 11/13
- 38. 2. Haushaltsrede zum Haushalt 2014 (R) 11/13
- 39. Haushalt 2014 bzw. Punkt Haushaltssanierungsplan Nr. 14 - Veränderung des Maßnahmenprogramms (8 A) 11/13
  - a. Verkaufserlöse Spielplatz- und Grünflächen (A)
  - b. Verkaufserlöse Wohnheim Eilmsen (A)
  - c. Neugestaltung von Spielplätzen (A)
  - d. Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welper (A)
  - e. Baumaßnahmen „Sanierung Klinkerfassade Süd“, „Sanierung Fluchttreppen“ und „Sonnenschutz Südfassade“ an der Grundschule Borgeln (A)
  - f. Anschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges (A)
  - g. Lückenschlüsse für sichere Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Dörfern (A) 11/13 - heute
  - h. Fußgängerbrücke über den Soestbach beim Borgeler Pumpenhäuschen (A) 11/13 - heute
- 40 a. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Gemeinde Welper für den Zeitraum 2012-2017 (A, gemeinsam mit BG und CDU) 11/13
  - b. dto., Grüne Begründung (R)

## Teil 2: Auszüge aus den Jahresberichten der Fraktion

1. Bericht zur Jahreshauptversammlung des OV Welper am 05.03.2010 (Auszug)
2. Bericht zur Jahreshauptversammlung des OV Welper am 01.04.2011 (Auszug)
3. Bericht zur Jahreshauptversammlung des OV Welper am 27.01.2012 (Auszug)

4. Bericht zur Jahreshauptversammlung des OV Welper am 01.02.2013 (Auszug)
5. Bericht zur Jahreshauptversammlung des OV Welper am 24.01.2014 (Auszug)

# **Teil 1**

## **Die wichtigsten grünen**

- Anträge**
- Reden**
- Diskussionsbeiträge**

**(mit Anmerkungen)**

# Klimaschutz in Welper

## **Weltweiter Klimawandel: Global denken – lokal handeln**

In diesen Tagen kommen die Vertreter von fast 200 Staaten in Kopenhagen zur Klimakonferenz zusammen, um ein neues Klimaabkommen auszuhandeln. Dieses Klimaabkommen hat höchste Bedeutung, denn der Klimawandel wird das Leben aller Menschen stark beeinflussen. Die Erkenntnisse des Berichts 2007 des Weltklimarates (IPCC) waren Besorgnis erregend, da sie starke Auswirkungen des Klimawandels auch auf unsere Lebenssituation vermuten ließen. Neueste Erkenntnisse, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) kurz vor der Klimakonferenz veröffentlicht hat, geben noch mehr Grund zur Sorge, da die neuen Szenarien von noch stärkeren Auswirkungen des Klimawandels ausgehen.

Es ist mittlerweile unumstritten, dass der Mensch durch Treibhausgasemissionen einen entscheidenden Einfluss auf den weltweiten Klimawandel hat. Folgen sind

- eine Verschiebung der Klimazonen
- eine Zunahme der Wetterextreme - Starkniederschläge und Dürreperioden, Hitze- und Kälteperioden nehmen hinsichtlich Dauer, Ausmaß und Häufigkeit zu
- eine Zunahme von Stürmen und höheren Windgeschwindigkeiten
- das Abschmelzen der Polkappen, der Anstieg des Meeresspiegels und der Rückzug der Gletscher
- Waldbrände, Missernten und die Ausbreitung von gefährlichen Krankheiten.

Das Ausmaß der Folgen hängt davon ab, wie viel wir unsere Emissionen in den nächsten Jahrzehnten reduzieren und wie schnell wir dies tun. Hierbei gilt: je schneller und radikaler desto besser.

## **Die Zeit läuft uns davon!**

**Klimaschutz** ist eine drängende Aufgabe auf allen Ebenen. Es gilt, global zu denken und lokal zu handeln. Mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes II wird diese Aufgabe in Welper keineswegs abgearbeitet sein. Die Gemeinde Welper muss sich nachhaltig ihrer Verantwortung stellen.

## **Beschlussvorschlag:**

**Die Gemeinde Welper ist sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst und wird ihren Teil dazu beitragen, den Klimawandel einzugrenzen. Daher unterstützen wir das Ziel der Bundes- und Landesregierung, die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als zwei Grad Celsius ansteigen zu lassen.**

**Das aktive Eintreten für den Klimaschutz setzt eine Berücksichtigung im alltäglichen Handeln und lokale Zielsetzungen für stufenweise und überprüfbare lokale CO<sub>2</sub>-Reduzierung voraus. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt,**

- **dieses Ziel im Entwurf des Haushaltes ressortübergreifend zu berücksichtigen.**
- **ein „Aktionskonzept 2020 – Welper schützt das Klima“ dem Rat bis April 2010 zur Beratung vorzulegen.**

Welper, 02.12.09, gez. Bernhard Weber



## **Klimaschutz in Welver (Einbringungsrede im Rat, 16.12.09)**

Wir stimmen sicher alle überein: Klimaschutz ist auf allen Ebenen notwendig und dringend. Die Folgen des Klimawandels, die wir in der Sachdarstellung aufgeführt haben, dürften allen bekannt sein. Die politischen Klimaschutzentscheidungen auf höheren Ebenen wie Düsseldorf, Berlin oder Kopenhagen können nur wirksam werden, wenn auch wir in den Kommunen Verantwortung übernehmen.

Mit dem Beschluss, den wir heute hoffentlich gemeinsam fassen, wollen wir einen systematischen Prozess in Gang setzen, durch den der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Welver deutlich verringert wird.

Es gibt dabei Bereiche, die besser überprüfbar sind als andere.

- Als Erstes geht es um die kommunalen Gebäude, d.h. um die Feststellung, wie viel CO<sub>2</sub> durch Stromverbrauch und Wärme ausgestoßen wird. Dann geht es um Reduktionsziele bis 2020 und um Maßnahmenvorschläge, wie diese Ziele nach und nach erreicht werden können - angefangen bei
  - Wärmedämmung
  - Nutzung von zertifiziertem Ökostrom
  - Einsatz von regenerativen Energien
  - Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung usw.
  
- Dann geht es um Vorschläge aus dem Bereich der Planung bzw. Gemeindeentwicklung. Beispielhaft möchten wir folgende Fragen prüfen lassen:
  - Welche Vorgaben bzgl. Energiestandards sollten wir bei Neubauten machen?
  - Wie kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Verkehr verringert werden – Stichwort ÖPNV ?
  - Welchen Beitrag könnten die stärkere energetische Nutzung von Biomasse oder die Aufforstung leisten?

Das alles ist nur exemplarisch zu verstehen.

Es geht darum, dass die Verwaltung bis April ein Konzept zur Beratung vorlegt, das nicht perfekt sein muss. Damit soll ein Beratungs- und Lernprozess ausgelöst werden, der am Ende 2010 in eine Beschlussfassung des Rates mündet. Das Aktionskonzept 2020, das dabei herauskommen soll, soll von Anfang an berücksichtigt werden – auch schon vorauseilend im Haushalt 2010 - und nach und nach bis 2020 abgearbeitet werden. Es wird Jahre geben, in denen viel unternommen werden kann, in anderen weniger.

Wir bitten in diesem Sinne um Ihre Unterstützung.

### **Anmerkungen zum Antrag „Klimaschutz in Welver“:**

Rat am 16.12.09: Antrag in den BPU verschoben.

BPU am 27.01.10: Rückverweis in die Fraktionen; Grüne werden gebeten,

## „Welver-Tag“

### **Beschlussvorschlag:**

„Der Rat der Gemeinde Welver regt an, zur Stärkung des Wir-Gefühls in der Gesamtgemeinde Welver spätestens ab 2012 jährlich am letzten Wochenende vor den Sommerferien einen sog. „Welver-Tag“ mit Spiel und Spaß für alle Generationen durchzuführen, der jeweils in einem anderen Dorf bzw. von einer anderen Dorfgemeinschaft ausgerichtet wird. Der Erlös sollte jeweils einem gutem Zweck in der Gemeinde Welver zugeführt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Ortsvorsteher/innen zu überlegen, ob bzw. wie ein solcher Welver-Tag realisiert werden könnte und welche Dorfgemeinschaft mit der ersten Veranstaltung beginnen sollte.“

Welver, 12.01.10

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zum Antrag „Welver-Tag“:**

Tischvorlage im Rat am 20.01.10: Verweis in den Fachausschuss (welchen?); in der Folge in keinem Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzt

**Antrag zur Gestaltung und Stärkung des Zentralortes –  
Planungszelle / Bürgergutachten**



Die weitere Entwicklung und Gestaltung des Zentralortes Welper im Bereich zwischen der Bahnlinie, der Bahnhofstraße, der Reiherstraße und der Starenschleife zuzüglich der Ladestraße und des ehemaligen Raiffeisengeländes hat für die Gemeinde Welper eine herausgehobene Bedeutung und ist ein prägender Faktor für die nächsten Jahrzehnte. Dies rechtfertigt und erfordert eine über die Vorschriften des Baugesetzbuches hinausreichende und die entsprechenden Beteiligungsmaßnahmen ergänzende, qualifizierte Beteiligung von Einwohner/innen.

### **Beschlussvorschlag:**

„Die Gemeinde Welper führt bezogen auf die Entwicklung und Gestaltung des Zentralortes Welper das standardisierte Laienplanungsverfahren „**Planungszelle**“ nach Peter C. Dienel durch, das zur Qualifizierung des weiteren Planungsprozesses Lösungsvorschläge erarbeiten soll, die in einem sogenannten **Bürgergutachten** zusammengefasst werden. Bis zur Vorlage des Bürgergutachtens herrscht ein Bauleitplanungsmoratorium für diesen Bereich.

Zum Ablauf:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, als ersten Schritt, zur Vorbereitung der Planungszelle eine Lenkungsgruppe mit Vertretern aus Politik und Verwaltung ins Leben zu rufen, die über bestimmte Eckpunkte der Planungszelle befindet wie
  - klare Definition des Arbeitsauftrages an die Planungszelle einschließlich der geographischen Abgrenzung des Planungsgebietes
  - Zahl der per Zufallsverfahren zu gewinnenden Teilnehmer/innen
  - Zusammensetzung (Proporz) der Gruppe der Teilnehmer/innen in Bezug auf z.B. ihr Geschlecht, ihr Herkunftsdorf oder ihr Alter
  - Zeitraum / Dauer der Planungszelle bzw. Rhythmus der Arbeitsphasen
  - Festlegung der Themenmodule und Vorgaben für die Aufbereitung und Bereitstellung des erforderlichen Daten- und Informationsmaterials
  - Gewinnung von Referent/innen
  - Klärung von praktischen Fragen wie z.B. Kinderbetreuung, Raumangebot, Prozessassistenz o. Ä.
  - Definition der Aufgabenstellung eines qualifizierten Dienstleistungsunternehmens (Prozessbegleitung / Moderation) bzw. Vorgaben für eine mögliche Ausschreibung
  - etc.
2. Die Verwaltung der Gemeinde Welper wird beauftragt, als zweiten Schritt, die Ergebnisse der Lenkungsgruppe in ein Konzept zu fassen einschließlich der voraussichtlichen Kosten und dies dem Rat als Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Planungszelle und zur Erstellung des Bürgergutachtens werden 25.000,- Euro in den Haushalt der Gemeinde eingestellt.“

Welper, 12.01.10

gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Antrag Planungszelle – Einbringungsrede**

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen !

Unsere Fraktion stellt hier heute einen Ansatz der Bürgerbeteiligung zur Debatte und zur Abstimmung, der den Bürger bzw. die Bürgerin als Chance begreift, wenn Fragen von zentraler Bedeutung anstehen.

Die Gestaltung des Zentralortes Welver ist für die Gemeinde im wahrsten Sinne des Wortes von zentraler Bedeutung.

Das Thema ist wichtig und es sollten in dieser Legislaturperiode substantielle Fortschritte erzielt werden. Aspekte sind der Bahnhaltepunkt, städtebauliche Fragen, die Infrastruktur einschließlich der Einzelhandelsangebote, die Verkehrsführung u.a.m.

Es sind Maßnahmen in der Diskussion, die den Zentralort auf Jahrzehnte prägen würden.

Das rechtfertigt und erfordert, jetzt eine qualifizierte Bürgerbeteiligung in den Verfahrensablauf einzubauen.

Lassen Sie mich in einem kleinen Exkurs darauf eingehen, warum Bürgerbeteiligung manchmal einen schlechten Ruf hat. Aufgrund gewisser Probleme, die immer wieder auftreten, sind die Ergebnisse oft unbefriedigend.

Solche Probleme können sein

- dass es nur eine geringe Resonanz in der Bevölkerung gibt
- dass Bürger nicht ausreichend informiert sind
- dass alles nur an der Oberfläche bleibt
- dass verschiedene soziale Schichten ungleich beteiligt sind
- dass starke Lobbygruppen dominieren
- dass Bürger sich oft erst bei Betroffenheit engagieren und vielfach zu spät
- dass eine konstruktive Auseinandersetzung durch zu starke Polarisierung erschwert wird.

Wir Grüne schlagen hier deshalb ein Beteiligungsverfahren vor, das im In- und Ausland erfolgreich angewandt wird und das die besagten Schwächen überwindet. Es handelt sich um das Verfahren Planungszelle bzw. Bürgergutachten, das vom Soziologieprofessor Peter C. Dienel entwickelt wurde.

Dabei werden die Teilnehmer/innen nach bestimmten Proporzkriterien per Zufallsauswahl gewonnen und im Laufe des Verfahrens durch Experten und aufbereitetes Material, durch Ortsbegehungen oder Politikerhearings u.a. so intensiv in den Planungsgegenstand eingearbeitet, dass die Ergebnisse, die im sog. Bürgergutachten zusammengefasst werden, wirklich differenziert und qualifiziert sein werden. Die Möglichkeiten der Manipulation der Teilnehmer/innen können durch das Arrangement minimiert werden, was zur Vertrauenswürdigkeit des Verfahrens beiträgt.

Ich könnte noch viel mehr zu dem Verfahren sagen, das würde aber hier den Rahmen sprengen.

Ich möchte aber noch auf andere Ebenen wechseln:

- der Zeitfaktor: Wir sind davon ausgegangen, dass es eine gewisse Eilbedürftigkeit gibt, weil ein Investor seinen Hut in den Ring geworfen hat, der mit seinem Angebot ernst genommen werden soll. Deshalb bereits hier und heute unser Antrag.
- Der Geldfaktor: Wenn wir 25.000,- Euro in den Haushalt einstellen wollen, heißt das nicht, dass dieser Betrag an Dritte fließen soll. Die Eigenleistungen sind im Sinne von NKF mit berücksichtigt, wenn auch über den Daumen gepeilt.
- Der Imagefaktor: heute stand etwas in der Zeitung über Gemeindemarketing. Gut so! Mit einem Image als Gemeinde des unfruchtbaren Parteiengzänks können wir sicher nirgendwo punkten.

Mit einem Image als moderne Gemeinde mit innovativen Ansätzen aber sehr wohl.

Unterstützen Sie deshalb unseren Antrag! Vielen Dank!

gez. Bernhard Weber

### **Anmerkungen zum Antrag „Planungszelle / Bürgergutachten“:**

**Rat** am 20.01.10: Verweis in den BPU

BPU am 27.01.10: mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

HFA am 17.02.10: mit 8 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt

Rat am 03.03.10: mit 16 : 13 Stimmen abgelehnt

**„Großer Natur- und Landschaftspfad Welver“**

## **- modifizierter Beschlussvorschlag zur Regionale 2013 -**

„Der Rat der Gemeinde Welver erklärt seinen Willen, mit einem Projekt

„Großer Natur- und Landschaftspfad Welver“ eine bessere Inwertsetzung der Natur und der Landschaft Welvers auf den Weg zu bringen.

Die Gemeinde Welver wird sich bemühen, mit diesem Projekt in die Regionale 2013 aufgenommen zu werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst gemeinsam mit den Ortsvorsteher/innen und anderen lokalen Expert/innen unter Einbeziehung kultureller Besonderheiten ein vorläufiges Wegekonzept für den Erlebnispfad zu erarbeiten, das asphaltierte Wege weitgehend meidet und das dem Rat bis September 2010 zur Beratung vorgelegt werden soll.

Nach erfolgter Beschlussfassung bezüglich des vorläufigen Wegekonzeptes durch den Rat wird die Verwaltung beauftragt werden, ein Konzept entsprechend der Leitgedanken und Kriterien der Regionale 2013 auszuarbeiten und als Antrag der Südwestfalen Agentur GmbH zuzuleiten.“

Welver 26.01.10

gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Begründung:**

Welver hat ein großes Potential, was Natur und Landschaft betrifft.

Dabei gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Potential einerseits und seiner Inwertsetzung andererseits.

Das heißt: Es gibt einen Bedarf an Wirtschaftsförderung, die zu einer besseren Inwertsetzung von Natur und Landschaft beiträgt.

Es geht um eine Initialzündung für den Tourismus, um eine Symbiose aus intakter Natur und Kulturlandschaft und aus wirtschaftlicher Entwicklung. Stichworte könnten sein: Ferien auf dem Bauernhof und Umweltbildung, mögliche Zielgruppen: Schulklassen und andere an Umweltfragen interessierte Bürger/innen aller Generationen.

Wir wollen ein Projekt auf den Weg bringen, das als Produkt überregional vermarktet werden kann, d.h. etwas, das Touristen nach Welver ziehen wird.

Wir nennen das Produkt „Großer Natur- und Landschaftspfad Welper“.

Das wichtigste Element ist ein Wegekonzept, bei dem Elemente aus Natur, Landschaft, Kultur, Gastronomie und Übernachtungsmöglichkeiten einbezogen werden sollen.

Geographisch gesehen, spielen die Randbereiche Welpers eine große Rolle.

Es geht um qualitativ gute Fußwege, d.h. um grüne Wege oder Wege mit wassergebundener Decke, die auch für Radfahrer geeignet sind. Eine einseitige Konzentration auf Radfahrer wollen wir nicht. Asphaltierte Wegestücke müssen die Ausnahme bleiben.

Des Weiteren geht es um Ausschilderung, Informationstafeln und um Sitzbänke, ein weites Feld für Sponsoren.

Auch ohne die Regionale 2013 sollte dieses Projekt in Angriff genommen werden. Zwei Dinge machen das Projekt zu einer echten Herausforderung:

- In der Vergangenheit wurde massiv asphaltiert. Das wird sogar heute noch fortgesetzt.
- Professionelle Unterstützung werden wir uns kaum leisten können.

Eine große Hilfe können aber die Ortsvorsteher/innen sein. Ebenso die organisierte Landwirtschaft, der organisierte Umweltschutz und die Jagdverbände.

**gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender**

### **Anmerkungen zum Antrag „Großer Natur- und Landschaftspfad“:**

BPU am 27.01.10:           vermutlich vertagt

BPU am 21.04.10:           zurückgezogen

**Welper - das Tor nach Südwestfalen**

## - ein Beitrag zum Regionale-Projekt „Radnetz Südwestfalen“ -

Die Gemeinde Welver hat mit ihren Grundsatzbeschlüssen, sich zur fahrradfreundlichen Gemeinde entwickeln zu wollen und sich am Regionale- 2013-Projekt „Radnetz Südwestfalen“ zu beteiligen, die Bedeutung des Radfahrens für Gesundheit und Erholung, für Alltagsmobilität und Tourismus erkannt.

Jetzt ist es vordringlich, einen substantiellen Beitrag zum Regionale-Projekt einzubringen.

### **Beschlussvorschlag:**

„Die Gemeinde Welver übernimmt zur Profilierung des Regionale-2013-Projektes □„Radnetz Südwestfalen“ die Funktion als „**Das Tor nach Südwestfalen**“. Um diesem Anspruch auch in materieller Hinsicht gerecht zu werden, will die Gemeinde im Fall einer etwa 80%igen Förderung durch die Regionale 2013 das vordere Gebäude von Haus 3 des ehemaligen Kinderheimes Eilmser Wald aus dem Nutzungs- und Verwertungskomplex herauslösen und zur besseren Gewinnung eines privaten Investors und Pächters in den Grundzügen zu einer **Beherbergungs- und Fahrradstation** ausbauen. Dazu gehörten u.a. die energetische Sanierung, die Zimmeraufteilung, die sanitären Anlagen, die Kücheneinrichtung sowie die Fahrradstation. Perspektivisch sollte sich auch die Entwicklung einer **Umweltstation** anschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sich im Kreis Soest und den anderen beteiligten Kreisen für diesen Baustein des besagten Regionale-Projektes stark zu machen und die entsprechenden Kosten zu ermitteln. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kreises mögliche Investoren und Pächter für die Beherbergungs- und Fahrradstation zu werben.“

### **Begründung:**

Die Nachbarschaft von Vellinghausen-Eilmsen zur Fahrradregion Münsterland und die Nähe zur A2-Anschlussstelle Hamm-Uentrop prädestinieren die Gemeinde Welver für das Regionale-Projekt „Radnetz Südwestfalen“ als Tor **nach Südwestfalen** für Radfahrer zu fungieren. Als „das Tor nach Südwestfalen“ könnte Welver landesweit ein positives Image bekommen und im Sinne von Erholung und Tourismus auf sich aufmerksam machen. Dies wiederum wäre Wirtschaftsförderung im besten Sinne, insbesondere im Hinblick auf die Gastronomie und den Übernachtungstourismus.

Mit dem ehemaligen Kinderheim Eilmser Wald steht der Gemeinde Welver ein Gebäudekomplex von weitgehend hervorragender Substanz und in schöner Lage zur Verfügung, das auf ein schlüssiges Nutzungskonzept wartet. Die Herauslösung des besagten Gebäudes für eine Beherbergungs- und Fahrradstation wäre mit der weiteren Nutzung und Verwertung des Restkomplexes kompatibel.

Welver, 22.06.2010

gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zum Antrag:**

Rat am 14.07.10: mit 13 : 13 Stimmen abgelehnt

## **Klimaschutz in Welver – Teilnahme am European Energy Award**

®

Der Klimawandel ist eine Bedrohung für Mensch und Natur in weiten Teilen der Erde. Waren die

Erkenntnisse des Berichtes 2007 des Weltklimarates (IPPC) schon alarmierend, weil sie starke Auswirkungen des Klimawandels auch auf unsere Lebenssituation vermuten ließen, so geben neueste Erkenntnisse, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) kurz vor der Klimakonferenz in Kopenhagen veröffentlicht hat, noch mehr Grund zur Sorge, da die neuen Szenarien von noch stärkeren Auswirkungen des Klimawandels ausgehen.

Es ist mittlerweile unumstritten, dass der Mensch durch Treibhausgasemissionen einen entscheidenden Einfluss auf den weltweiten Klimawandel hat. Folgen sind

- eine Verschiebung der Klimazonen
- eine Zunahme der Wetterextreme - Starkniederschläge und Dürreperioden, Hitze- und Kälteperioden nehmen hinsichtlich Dauer, Ausmaß und Häufigkeit zu
- eine Zunahme von Stürmen und höheren Windgeschwindigkeiten
- das Abschmelzen der Polkappen, der Anstieg des Meeresspiegels und der Rückzug der Gletscher
- Waldbrände, Missernten und die Ausbreitung von gefährlichen Krankheiten.

Das Ausmaß der Folgen hängt davon ab, wie viel wir unsere Emissionen in den nächsten Jahrzehnten reduzieren und wie schnell wir dies tun. Hierbei gilt: je schneller und radikaler desto besser.

Die Zeit läuft uns davon!

Klimaschutz ist eine drängende Aufgabe auf allen Ebenen. Es gilt, global zu denken und lokal zu handeln. Mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes II wird diese Aufgabe in Welper keineswegs abgearbeitet sein. Die Gemeinde Welper muss sich nachhaltig ihrer Verantwortung stellen.

*Vor diesem Hintergrund wollen wir, dass die Gemeinde Welper am vom Land NRW stark geförderten European Energy Award ® für Kommunen und Kreise teilnimmt. Im Rahmen eines vierjährigen Prozesses erfolgt - unterstützt durch externe, fachliche Beratung und Begleitung - eine Bestandsaufnahme in den verschiedenen Bereichen kommunalen Handelns im Hinblick auf die Themen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Planung und Umsetzung geeigneter Klimaschutzmaßnahmen. Ein Qualitätsmanagementsystem mit jährlichen Kontrollen sorgt für nachhaltigen Klimaschutz.*

*Die gesamte Vierjahresmaßnahme würde inkl. MwSt. 34.867 € kosten. Der Betrag verringerte sich allerdings erheblich durch die ca. 80 %ige bzw. ca. 90 %ige Förderung des Landes:*

*Das Verfahren würde die Gemeinde Welper im Falle eines Nothaushaltes in vier Jahren einen Eigenanteil von 3767,75 € (d.h. jährlich 941,75 €) und im Falle eines genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes 7267,00 € (d.h. jährlich 1816,75 €) kosten. Diese geringen Kosten dürften durch Senkung von Kosten im Energiebereich mehr als kompensiert werden, weshalb es sich hier auch um eine strategische Maßnahme zur Konsolidierung des Gemeindehaushaltes handelt !*

*(Weitere Informationen bei der Energieagentur NRW, dem Forschungszentrum Jülich – Projektträger Energie, Technologie, Nachhaltigkeit sowie bei den Städten Soest und Lippstadt)*

### **Beschlussvorschlag:**

**„Die Gemeinde Welper ist sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst und unterstützt das Ziel der Bundes- und Landesregierung, die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als zwei Grad Celsius ansteigen zu lassen. Zu diesem Zweck nimmt die Gemeinde Welper am European Energy Award ® teil.**

**Die Gemeinde beantragt bei der Bezirksregierung Arnsberg die Genehmigung für die Leistung des erforderlichen Eigenanteils.“**

**Welper, 07.04.10, Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender**

**Anmerkungen zum Antrag „European Energy Award:**

BPU am 09.06.10: mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt  
HFA am 30.06.10: mit 11 : 4 Stimmen abgelehnt  
Rat am 14.07.10: Tagesordnungspunkt auf eigenen Antrag hin (nach Rücksprache mit Josef Schäfermeier) zurück gestellt, weil erst die Ergebnisse der Kreis-Aktivitäten abgewartet werden sollten.

## **Standortkonzept Mobilfunk in Welper**

Jüngste Untersuchungen haben erneut eine gesundheitliche Gefährdung durch



Mobilfunkstrahlung nicht ausgeschlossen. Vorbeugender Gesundheitsschutz gebietet es deshalb, die Strahlenexposition bei der Suche von Standorten für Mobilfunk-Basisstationen zu berücksichtigen. Hierbei muss zwischen der Strahlenexposition von Mobil-Telefonierern und Nicht-Mobil-Telefonierern abgewogen werden. Mobil-Telefonierer sind einer erheblich höheren Strahlenbelastung ausgesetzt, diese sinkt allerdings bei geringerer Entfernung von der Basisstation. Telefonieren mit einem Mobiltelefon ist aber in der Regel ein freiwilliger Akt und bei einem flächendeckenden Festnetz unnötig. Dem gegenüber sind alle Einwohner, ob sie mobil telefonieren oder nicht, rund um die Uhr der Strahlung der Basisstationen ausgesetzt, ohne sich dieser entziehen zu können. Diese Strahlenexposition erhöht sich bei geringerer Entfernung der Basisstation deutlich. Daraus folgt, dass die Basisstationen möglichst weit aus den Dörfern entfernt errichtet werden sollten.

In der „Freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung“ und der „Verbändevereinbarung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern“ einschließlich der „Ergänzenden Hinweise zur Mobilfunkvereinbarung“ sind eine möglichst einvernehmliche Standortsuche und ein optimaler Informationsaustausch zwischen den Mobilfunknetzbetreibern und den Kommunen als Ziele definiert.

Die Einbindung der Kommunen beim Aufbau der Mobilfunkinfrastruktur soll verbessert und sichergestellt werden.

Der Städte- und Gemeindebund NRW empfiehlt Gemeinden, die einen steuernden Einfluss auf die Standortwahl von Mobilfunkanlagen nehmen wollen, ein Mobilfunkkonzept aufzustellen, um die Verhandlungsposition gegenüber den Mobilfunknetzbetreibern zu verbessern.

## **Beschlussvorschlag**

Die Gemeinde Welver erklärt ihren Willen, steuernden Einfluss auf die Standortwahl von Mobilfunkanlagen zu nehmen und dabei die Belange des vorbeugenden Gesundheitsschutzes zu vertreten.

Bei der einvernehmlichen Standortsuche mit den Mobilfunknetzbetreibern sollen deshalb möglichst folgende Kriterien erfüllt werden:

1. Mobilfunkanlagen (Basisstationen) sollen möglichst weit außerhalb der Dörfer errichtet werden, um die permanente Strahlenexposition gering zu halten.
2. Die Gemeinde Welver sollte vorzugsweise Standorte auf kommunalen Liegenschaften vorschlagen, um Einnahmen zu generieren.

gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

## **Anmerkungen zum Antrag „Standortkonzept Mobilfunk in Welver“:**

BPU am 09.06.10:            Empfehlung einstimmig angenommen

HFA am 30.06.10: Vorspann wieder einstimmig  
Punkt 1 mit 9 : 7 Stimmen abgelehnt  
Punkt 2 einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen  
Rat am 14.07.10: auf eigenen Antrag hin Zurückweisung in den BPU  
BPU am 08.09.10: Punkt 1 erhält folgende Fassung: Die Gemeinde  
Welver erklärt ihren Willen, dass Mobilfunkanlagen  
Strahlenexposition gering zu  
halten.  
Der Antrag wird so insgesamt einstimmig  
HFA am 29.09.10: Beide Fassungen werden abgelehnt.  
Rat am 27.10.10: Unsere ursprüngliche Fassung des Antrages wird mit

## **Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz**

Rat am 27.10.10:  
Die jährlich anfallenden 11.000 € für Arbeitsgelegenheiten sollten als angeblich freiwillige Leistungen gestrichen werden.  
Auf Grüne Initiative hin (Androhung rechtlicher Schritte) wurde die Abschaffung der Arbeitsgelegenheiten zurück genommen. In den Haushaltsansätzen ab 2011 verbleiben nun immerhin 5000,- € für Arbeitsgelegenheiten. (17 : 12 Stimmen)

## **Haushaltsrede zur Ratssitzung am 27.10.2010**

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gemeinde Welver ist in einer schwierigen Situation. Die Haushaltslage ist desaströs und

eine Besserung nicht absehbar. Das verpflichtet uns zur Sparsamkeit, ohne dass wir die Hoffnung auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen aufgeben sollten.

In dieser schwierigen Lage bleibt es unsere Aufgabe als Lokalpolitiker, dafür zu sorgen, dass Menschen gerne und gut hier leben können. Das gilt auch für diejenigen, die ihre Stimme selten erheben oder erheben können: Kinder und Jugendliche, arme Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen anderer Herkunftsländer. Alle sollen sich in Welper willkommen fühlen.

Darüber hinaus tragen wir in Welper auch Verantwortung für globale Zusammenhänge und für zukünftige Generationen: Als Grüne nennen wir nachhaltigen Klimaschutz, aber auch einen soliden Haushalt, der künftige Generationen nicht über Gebühr belastet.

Die angestrebte Konsolidierung des Haushaltes gleicht einer Gratwanderung. Wenn wir zu radikal sparen, werden weniger Menschen in die Gemeinde ziehen. Dafür werden umso mehr Menschen der Gemeinde den Rücken kehren, was uns letztendlich „teuer zu stehen“ kommen würde.

Wenn es gelänge, das Zusammengehörigkeitsgefühl in Welper zwischen den Generationen, zwischen sozialen Schichten und zwischen den Dörfern weiter zu entwickeln, wäre viel für die Lebensqualität in Welper gewonnen. Hier sind besonders Vereine, Kirchen und andere private Initiativen gefragt, denen wir Anerkennung und Unterstützung zukommen lassen müssen und wollen.

Nun möchte ich zum Haushaltsentwurf der Verwaltung kommen.

Viele der Punkte sind bereits im Rat erörtert und beschlossen worden, so dass es müßig ist, hier alles nochmal im Einzelnen durchzusprechen. Wir als Grüne waren nicht mit allem einverstanden. Bei unserer Ablehnung kostenträchtiger Entscheidungen hatten wir die dadurch möglicherweise infragestehenden freiwilligen Leistungen im Blick.

Wir begrüßen ausdrücklich den Ratsbeschluss, eine weiterführende Schule in Welper zu erhalten. Im Sinne der für Welper maßgeschneiderten Eckpunkte der Landesregierung geht es nun darum, zügig ein Konzept für die neue Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Das soll sowohl den wissenschaftlich belegten pädagogischen Anforderungen, als auch der demographischen Entwicklung Rechnung tragen. Wir Grüne werden aktiv daran mitarbeiten.

„□ Wir in Welper“ entscheiden nicht allein über unseren Haushalt. Er wird von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden, wenn wir keinen nachhaltigen Willen zum Sparen erkennen lassen. Manche mögliche Einsparungen setzen allerdings konzeptionelle Vorarbeiten voraus, die erst in den nächsten Monaten vorgenommen werden müssen, bevor es zu entsprechenden Beschlüssen kommt.

Im Folgenden äußern wir uns zu einigen ausgewählten Bereichen:

### **1. Wegekonzept**

Eine freiwillige Leistung besteht z.B. darin, ein verzweigtes Netz an gemeindlichen, oft asphaltierten Wirtschaftswegen wie in der Gemeinde Welper aufrechtzuerhalten und zu pflegen; ein Wegenetz, das in dieser Ausprägung nicht nur nicht notwendig ist, sondern auch eine Belastung für die Landschaft und für Fußgänger und somit auch für die Naherholung und den gewünschten Tourismus darstellt.

Im Bereich der Wegeunterhaltung wollen wir daher erhebliche Mittel einsparen. Das setzt aber ein gemeindliches Wegekonzept voraus, wie es vom Städte- und Gemeindebund empfohlen und andernorts praktiziert wird.

In einem solchen Wegekonzept müsste zunächst festgelegt werden, welche Wege für welche Funktion erhalten werden müssen bzw. sollen und welche Wege aufgegeben oder

zurückgebaut werden können. Berücksichtigt werden müssen z.B. landwirtschaftliche Verkehre, Schul- und Linienbusverkehre, Fußwege und Fahrradmobilität usw., wobei die Naherholung und der gewünschte Tourismus eine gewichtige Rolle spielen müssen.

Wir gehen davon aus, dass die Landwirtschaft mit deutlich weniger gemeindlichen Wegen auskommt, zumal die Gemeinde die Wege sowieso nicht für die schweren landwirtschaftlichen Geräte auslegen kann.

Ergebnis der Bemühungen muss auch ein verbessertes Fußwegenetz einschließlich der dazugehörigen Brücken sein, damit man beispielsweise auch von Borgeln nach Schwefe oder Einecke oder von Berwicke nach Stocklarn gehen kann.

Dass wir auch ein gutes Radwegenetz benötigen, wird ja allseits akzeptiert.

Ein Wegekonzept wird sich auch mit der Frage befassen müssen, ob und wie Nutzer zu den Unterhaltungskosten mit herangezogen werden können.

Unter dem Strich wird ein integriertes Wegekonzept mit deutlich weniger asphaltierten Wegen und mit deutlich verringerten Unterhaltungskosten auskommen, so dass hier mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden könnten.

Unsere Fraktion beabsichtigt, in Kürze einen entsprechenden Antrag einzubringen.

## **2. Immobilien sowie Energie- und Reparaturkosten**

Wir stehen einem Verkauf der Immobilie Eilmser Wald grundsätzlich positiv gegenüber. Wir rechnen ggf. mit einem Verkaufserlös und dem Wegfall der Unterhaltungskosten. Die Flüchtlinge sollten möglichst bald anderweitig, sprich zentraler und preisgünstiger in Welper untergebracht werden.

Wir begrüßen sehr die Absicht der Verwaltung, ein zentrales Gebäudemanagement einzuführen. Das wird die Steuerung deutlich verbessern und die Bewirtschaftung erheblich kostengünstiger gestalten. Das könnte sich auch positiv auf die gemeindlichen Klimaschutzbemühungen und die entsprechende Kooperation mit dem Kreis auswirken. Auch würde es wesentlich kostengünstiger für die Gemeinde werden, für die kommunalen Gebäude Ökostrom zu beziehen.

Zur Warmwasserbereitung im Lehrschwimmbecken sollten Wärmetauscher für Solarwärme installiert werden.

Möglicherweise kann die Gemeinde erhebliche Summen einsparen, wenn die Fahrzeuge des Bauhofes nicht mehr von einer Vertragswerkstatt repariert würden, sondern vom Kreisbauhof, der keine Mehrwertsteuer erhebt. Dies sollte von der Verwaltung geprüft werden.

## **3. Bildung, Kultur und soziales Zusammenleben**

Kernelemente für die Lebensqualität in Welper sind die Bildungs- und Kulturangebote sowie gemeinschaftsstiftende Angebote wie Sport.

Von der frühkindlichen Bildung der KiTas über Grundschulen, die weiterführende Schule bis zur VHS und der Musikschule können Abstriche von uns nicht akzeptiert werden.

Vordringlich ist jetzt ein für Schüler und Eltern maßgeschneidertes Konzept einer Gemeinschaftsschule in Welper.

Ebenfalls zu prüfen ist, ob und wie dauerhaft zwei Grundschulen in der Gemeinde notwendig und daher bezahlbar sind. Wäre hier ohne pädagogische Abstriche auch ein Einsparpotenzial?

Solange nicht klar ist, ob unser Schulstandort auch ohne externe Schüler gut und sicher ist, sollten wir die Aufwendungen für die Schülerbeförderung externer Schüler nicht reduzieren.

Die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in Vereinen, Kirchen und Verbänden habe ich

bereits angesprochen. Die Unterstützung für Kultur und Sport wollen wir aufrecht erhalten. Zur Sicherung von Teilhabechancen wollen wir ebenfalls an der Aktion: Kein Kind ohne Mahlzeit, am Familienpass und an den Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber festhalten. Letzteres ermöglicht es den hiesigen Flüchtlingen, wenigstens punktuell am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, z.B. durch den Kauf einer Busfahrkarte - was auch für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit notwendig sein könnte - oder durch einen Internetzugang.

Jugendarbeit ist für die Gemeinde ein Standortfaktor und die bestehenden Angebote ein Plus für Welper. Sie sollten jedoch regelmäßig evaluiert und konzeptionell überdacht werden. Dies sollte im kommenden Jahr geschehen. Vorher lehnen wir Einsparungen in diesem Bereich ab.

#### **4. Feuerwehr**

Im Bereich der Feuerwehr werden zur Zeit Strukturen überprüft und hinterfragt. Es geht hierbei sowohl um Verbesserungsmöglichkeiten als auch um mögliche Einsparpotenziale. In diesen Rahmen gehört dann auch die Frage der Aufwandsentschädigungen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, ist aber für das nächste Jahr zu erwarten.

#### **5. Die Einnahmeseite**

Unsere Fraktion wird eine moderate Anhebung der Hebesätze mittragen.

Entsprechend dieser kurzen Darstellung wird unser heutiges Abstimmungsverhalten ausfallen. Sie zeigt, dass in den nächsten Wochen Weichen gestellt werden sollen, die für die nächsten Jahre deutliche Einsparungen ermöglichen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Unterbringung  
von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welper**

Beschlussvorschlag:

**1. Die Verwaltung wird beauftragt, ab sofort geeigneten Wohnraum in den Ortsteilen Welper, Meyerich, Borgeln und Scheidingen anzumieten, um möglichst viele Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose besser unterbringen zu können.**

**2. Für den restlichen Personenkreis und als Reserve möge die Verwaltung einen geeigneten, u.U. auch gebrauchten Wohncontainer anmieten und in einem der genannten Ortsteile auf Mietbasis aufstellen.**

**3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlosen nach eigenem Ermessen auf den zur Verfügung stehenden Wohnraum aufzuteilen.**

Welper, 25.01.11   gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Anmerkungen zum Antrag:**

BSS am 26.01.11, nicht-öffentlicher Teil: Beratung ohne Beschluss

**Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen  
in Welper**  
(Diskussionsbeitrag)

Frage:

Wie können wir den Asylbewerbern und Flüchtlingen in Welter einigermaßen gerecht werden im Hinblick auf eine Unterbringung?

Hintergrundüberlegungen (losgelöst von Welter):

- Nach AsylbLG soll die Unterkunft als Sachleistung erfolgen, d.h. Sammelunterkünfte oder angemietete Wohnungen.  
In NRW gibt es keine gesetzlichen Unterbringungsstandards. Es soll zwar einen Orientierungsleitfaden der Bezirksregierung geben, der uns aber nicht vorliegt.
- Der überwiegende Teil der Kommunen in NRW hat eine pragmatische Vorgehensweise gewählt: Asylbewerber und Flüchtlinge werden in der Zuweisungs- bzw. Orientierungsphase in Sammelunterkünften untergebracht, dann aber sozialverträglich auf dem Wohnungsmarkt. Das ist auch verständlich, weil Sammelunterkünfte immer teurer als Wohnungen sind. Repression wäre also Luxus.

Nun zu Welter:

Es bestand zuletzt Einvernehmen, dass wir eine zeitnahe Unterbringung in Welter, Borgeln oder Scheidingen anstreben sollten, weil hier eine gewisse Infrastruktur vorhanden ist. Die Verwaltung will nun sicher zunächst von ihren bisherigen Bemühungen und Überlegungen berichten.

Aspekte der Sozialverträglichkeit:

- Die von Kindern erwartete Integrationsleistung kann von diesen nicht erbracht werden, wenn sie in Sammelunterkünften leben. Es gibt i.d.R. keine Räumlichkeiten, wo sie in Ruhe Hausaufgaben machen können.
- Wer arbeitet, muss sich ausschlafen können. Das ist in Sammelunterkünften nicht möglich.

**Zielvorgaben für die Verwaltung:**

- a. Es sollten möglichst alle Asylbewerber und Flüchtlinge auf dem Wohnungsmarkt untergebracht werden.
- b. Wenn das nicht gleich geht, ist Unterbringung vorübergehend, d.h. in der Zuweisungs- bzw. Orientierungsphase, auch in einer Sammelunterkunft möglich. Ausnahmsweise kann bei Personen, die aufgrund ihres Verhaltens oder einer besonderen Problematik nicht auf dem Wohnungsmarkt vermittelbar sind, von diesem Grundsatz abgewichen werden.
- c. Kinder und Erwerbstätige sollen möglichst gar nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden.

Welter, 30.3.11, Bernhard Weber für die Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“

**Anmerkung zum Diskussionsbeitrag**

BSS am 30.03.11: keine Abstimmung über Zielvorgaben, weil nicht Gegenstand

des Tagesordnungspunktes

**Satzung der Gemeinde Welter über die Entsorgung von**

# Grundstücksentwässerungseinrichtungen

Antrag als Tischvorlage:

§ 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Entsorgung des Grubeninhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen erfolgt - differenziert nach Art der Anlage - wie folgt: Bei Kleinkläranlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, wird unterschieden zwischen Mehrkammer-Absetzgruben und Mehrkammer-Ausfaulgruben. Mehrkammer-Absetzgruben werden in der Regel einmal jährlich bzw. bei Bedarf auch häufiger entleert. Mehrkammer-Ausfaulgruben werden in der Regel in zweijährigem Abstand bzw. bei Bedarf auch häufiger entschlammt. Abflusslose Gruben und Anlagen, die nicht nach dem Stand der Technik betrieben werden, werden einmal jährlich bzw. bei Bedarf auch häufiger entleert.
- Auf schriftlichen Antrag des Grundstückseigentümers kann die Gemeinde im Einzelfall größere, regelmäßige Entleerungsabstände festlegen, falls die Grundstücksentwässerungseinrichtung nach der Zahl der angeschlossenen Einwohner oder Einwohnerwerte oder nach der Benutzungsdauer erheblich unterbelastet ist. Dieses gilt nur für Kleinkläranlagen, die nach dem Stand der Technik betrieben werden.

## **Anmerkungen zum Antrag:**

Antrag als Tischvorlage im HFA am 05.10.11: mit 15 : 1 Stimmen abgelehnt  
Rat am 19.10.11: mit 26 : 2 Stimmen abgelehnt





## **Prüfauftrag Dependanceschule**

**Der Rat der Gemeinde Welver möge beschließen, dass die Verwaltung der Gemeinde Welver überprüft, welche Möglichkeiten unter welchen Bedingungen bestehen, eine hochwertige weiterführende Schule in der Gemeinde Welver nach dem Ergebnis der Elternbefragung zur Einrichtung einer Sekundarschule vom 09. bis zum 14. November 2011 einzurichten.**

**Hierzu soll mit den Städten Soest, Werl und Hamm Kontakt aufgenommen werden, um zu erkunden, welche Kooperationsformen diese einzurichten bereit sind, wobei Welver als zweizügiger Sek I – Teilstandort, also als Dependance einer Sekundar- oder Gesamtschule einer dieser Städte zu sehen sein wird.**

### Antragsbegründung:

Die Elternbefragung vom 9. bis zum 14. November hat ergeben, dass das Ziel, eine selbständige, dreizügige Sekundarschule in Welver einzurichten, aufgrund des Umfrageergebnisses (deutlich weniger als 75 mögliche Anmeldungen) in der gewünschten Form nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

Dem hat der Antrag der Grünen entsprochen, das Antragsverfahren zur Einrichtung einer selbständigen Sekundarschule in Welver nicht mehr zu verfolgen.

Dennoch hat die Befragung Erfreuliches gezeigt nämlich, dass über die Hälfte der Welveraner Eltern das hochwertige pädagogische Angebot einer weiterführenden Schule wünscht. Die Idee und das pädagogische Konzept der Sekundarschule haben offensichtlich überzeugt. Dem sichtbar gewordenen Elternwillen müssen Rat und Verwaltung der Gemeinde Welver Rechnung tragen, indem die weiterhin bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung einer weiterführenden Schule mit dem erarbeiteten pädagogischen Konzept auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden.

Die Grünen haben seit Beginn ihrer Ratsarbeit in Welver die Einführung eines hochwertigen Schulangebotes vor Ort durch aktive politische und inhaltliche Arbeit zuerst zugunsten der Gemeinschaftsschule und nach dem NRW-Schulkompromiss zugunsten der nun möglichen Regelschule Sekundarschule unterstützt und vorwärts gebracht.

Daher dieser Antrag zur Erteilung eines Prüfauftrages in der oben benannten Form an die Gemeindeverwaltung.

Welver, 28.11.11

für die Fraktion            Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zum Antrag:**

Antrag als Tischvorlage im HFA am 30.11.11: Verweis in den BSS

Die nächsten drei BSS-Sitzungen fielen aus.

Mitte 2012 wurde dann die Schließung der Hauptschule beschlossen.

## Carekauf - ein sozialer Supermarkt für Welper

Eine Entwicklung des Zentralortes aus dem Bestand - insbesondere mit Blick auf das ehemalige Sparmarkt-Gebäude - wurde nach langjährigen Bemühungen nicht mehr für möglich gehalten, bis unsere Fraktion im letzten Jahr die Idee eines Carekauf-Supermarktes als Hauptnutzer des besagten Gebäudes vortrug und mögliche Betreiberinteressenten nannte.

Als wichtigste Aspekte des Carekauf-Supermarktes möchten wir nochmals nennen:

- eine Belebung des Zentralortes durch das angepasste Sortiment eines barrierefreien Supermarktes, das für viele fußläufig erreichbar wäre, sowie möglicherweise ergänzend durch einen Frischemarkt, ein Bistro oder Café, einen Metzger u./o.a.
- eine Stärkung der lokalen Wirtschaft: Zu nennen sind eine Ankerfunktion für die sonstigen Geschäfte des Zentralortes, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und eine Steigerung des Steueraufkommens
- und ganz wichtig: die soziale Komponente: Menschen mit Behinderung erfahren Beschäftigung und Qualifizierung. Außerdem entstünde ein zentraler, sozialer Treffpunkt.

Auf dem Raiffeisengelände verbliebe ausreichend Platz für andere Maßnahmen: für Mehrgenerationenhäuser, für einen Mehrgenerationenspielplatz, für eine Grünanlage und / oder anderes.

Die INI Lippstadt ist weiterhin interessiert, einen Carekauf-Supermarkt im ehemaligen Sparmarktgebäude zu betreiben. Voraussetzung wäre ein glaubwürdiges, befürwortendes Einzelhandelsgutachten. Die INI Lippstadt würde ein aktuelles Gutachten in Auftrag geben, wenn die Gemeinde Welper signalisieren würde, dass sie eine solche Entwicklung positiv begleiten würde. Unsere Fraktion macht deshalb folgenden

### **Beschlussvorschlag:**

**„Die Gemeinde Welper begrüßt das Interesse der INI Lippstadt, im ehemaligen Sparmarkt in Welper einen Carekauf-Supermarkt zu betreiben. Eine entsprechende Entwicklung wird die Gemeinde Welper positiv begleiten.**

**Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beauftragt die Verwaltung, Kontakt zur INI Lippstadt aufzunehmen, um diese Haltung zu übermitteln und um aufkommende Fragen, falls möglich, zu klären.**

**Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.02.2012 über den Sachstand der Gespräche und Bemühungen zu berichten.“**

Welper, 10.01.12, Bernhard Weber

### **Anmerkungen zum Antrag:**

BPU am 25.01.12: eigener modifizierter Antrag, demzufolge die Vermietung klären sollte, wird mit 5 : 5 Stimmen bei

## **Vermögensbewertung und**

## Widmung von zusätzlichen öffentlichen Abwasseranlagen

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, das vorgestellte Ergebnis der Vermögensbewertung für die zusätzlich erfassten geschlossenen (Rohrleitungen, Bürgermeisterkanäle) bzw. offenen (Gräben) Abwasseranlagen im Eigentum der Gemeinde Welper zu billigen.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die in der Anlage (Tabelle „Widmung der zusätzlichen öffentlichen Abwasseranlagen im Gemeindegebiet Welper“) aufgeführten Abwasseranlagen, die sich vollständig entweder im Eigentum der Gemeinde Welper befinden (Kategorie 1) oder die sich im Eigentum eines Baulastträgers der Verkehrswege befinden, und bei denen ein Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde Welper besteht (Kategorie 2), als „öffentliche Abwasseranlagen“ zu widmen (Ifd. Nrn. 4, 7-9, 11, 13, 14, 16-21, 27, 33, 34, 38, 43, 45, 47, 49, 51, 52, 55-57, 59-62, 64-69, 71-75).

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat weiterhin, die Verwaltung zu beauftragen, Teilabschnitte der Kategorien 1 und 2, die von Abwasseranlagen anderer Kategorien ununterbrochen in eine Einleitungsstelle münden, ebenfalls als „öffentliche Abwasseranlagen“ zu widmen (Ifd. Nrn. 6, 15, 25, 28, 39, 44, 70).

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, für alle anderen aufgeführten Abwasseranlagen im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern ebenfalls eine Widmung anzustreben. Er empfiehlt dem Rat deshalb, die Verwaltung zu beauftragen, mit den entsprechenden Grundstückseigentümern Gespräche zu führen, um einvernehmliche Lösungen zu erzielen, und über die Gesprächsergebnisse in den kommenden Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt bzw. des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.

Welper, 15.02.12    Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### Anmerkungen zum Antrag:

Antrag als Tischvorlage im HFA am 15.02.12:    Verweis in BPU

BPU am 30.05.12: Antrag mit 7 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt  
(CDU und BG hatten vereinbart, dass allerdings spätestens

HFA am 16.10.13: verschoben in BPU

BPU am 13.11.13: modifizierter Antrag (Ergebnisbericht der Verwaltung erst im ersten BPU 2014) verschoben in eine der nächsten

Sitzungen.    Verwaltung wird beauftragt, Berechnungen

hinsichtlich der    Nutzungsverhältnisse insbes. in den grün  
gekennzeichneten    Anlagen vorzulegen.

## Landschaftsplan IV - Welper

1. Die Gemeinde Welper möchte als 7. Entwicklungsziel die Erlebbarkeit von Natur

und Landschaft verankert haben. Dieses Ziel soll flächendeckend berücksichtigt werden, sofern die Umsetzung der anderen Entwicklungsziele nicht erheblich beeinträchtigt wird.

2. Asphaltierte Wirtschaftswege sind eine erhebliche Beeinträchtigung von Natur und Landschaft. Als freiwillige Maßnahme soll der Rückbau asphaltierter Wirtschaftswege im Sinne des noch zu erarbeitenden ganzheitlichen Wegekonzeptes deshalb flächendeckend pauschal in allen Festsetzungsbereichen als Festsetzung mit aufgenommen werden. Auf diesem Wege soll die Anlage grüner Fuß- und Reit- bzw. Wanderwege befördert werden.
3. Als dünn besiedelte Flächengemeinde ist Welper prädestiniert als Wandergebiet. Eine Erschließung von Natur und Landschaft zum Zweck des Erlebens und der Erholung durch geeignete Wanderwege soll durch den Landschaftsplan befördert werden (Entwicklungsziel Erlebbarkeit). Vorüberlegungen liegen in der Gemeinde bereits vor. Entsprechend der Einführung in den Abschnitt D des Entwurfes (Festsetzungen) soll die Anlage von Wanderwegen im Sinne des noch zu erarbeitenden ganzheitlichen Wegekonzeptes als Festsetzung flächendeckend in alle Festsetzungsbereiche aufgenommen werden.
4. Korrespondierend mit dem Entwicklungsziel „Erlebbarkeit von Natur und Landschaft“ und der Anlage von Wanderwegen soll die Errichtung von Fußgängerbrücken über Bäche und Gräben im Sinne des noch zu erarbeitenden ganzheitlichen Wegekonzeptes als Festsetzungen flächendeckend in alle Festsetzungsbereiche aufgenommen werden.
5. Der Entwurf sieht als Festsetzung an mehreren Stellen vor, dass entlang der Wege und Schlaggrenzen sowie auf hof- oder ortsnahen Flächen Obstbaumbestände oder (Kopf-) Baumreihen gepflegt, ergänzt oder neu angelegt werden sollen. Zusätzlich sollte das Gleiche auch entlang der Straßen erfolgen und somit gefördert werden können.

Welper, 03.06.12

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

#### Erläuterung und Begründung:

Die Festsetzungen der Punkte 2-5 würden es im Falle eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses ermöglichen, erhebliche Fördermittel vom Land und vom Kreis für wichtige Welperaner Projekte zu akquirieren. Es könnte sogar zu 100%-Förderungen kommen. Im Falle von Punkt 5 des Antrages könnten Kreis und Straßen.NRW voraussichtlich selbst zu Fördergeldempfängern werden, was deren Motivation zweifellos erhöhen könnte.

Da wir es nicht mehr fristgerecht schaffen können, die Einzelmaßnahmen eines ganzheitlichen Wegekonzeptes zu benennen, sollten wir die pauschale Festsetzung vorschlagen bzw. fordern.

Bei der Entwicklung eines Netzes grüner Fuß- und Reitwege, welches auch Voraussetzung für die Entwicklung eines attraktiven Themenwanderweges (Natur- und Landschaftspfad / Börde-Erlebnispfad o.Ä.) wäre, stellen wir uns vier Ansätze vor:

1. bestehende Wege nutzen
2. Wege zurück bauen

3. freiwilliger Flächentausch oder Flurbereinigungsverfahren und
4. Anlage neuer Wege z.B. entlang von Bächen.

Der Punkt 2 spiegelt sich im Punkt 2 des Antrages wider. Punkt 4 wird im Punkt 3 des Antrages berücksichtigt.

Die Anlage neuer Wege und der Bau von Brücken bedeuteten zusätzlichen Verbrauch von Landschaft und würden deshalb von Land und Kreis in der Regel nicht gefördert. Höchstens im Falle deutlicher landschaftlicher Überkompensation könnte im Rahmen des geplanten ganzheitlichen Wegekonzeptes eine solche Förderung in Betracht kommen. Eine Kompensation könnte z.B. durch Wegerückbau erfolgen, so dass wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würden: An der einen Stelle entstünde ein neuer Weg entlang eines Baches und an zwei anderen ein grüner Weg durch Wegerückbau.

Konkrete Einzelfestsetzungen, die wir noch fristgerecht vorschlagen können, würden Vorrang vor pauschalen oder allgemeinen Festsetzungen haben.

Allen diesen Vorschlägen bzw. Festsetzungen müsste u. E. allerdings ein Entwicklungsziel „Erlebbarkeit von Natur und Landschaft“ zugrunde liegen (siehe Punkt 1 des Antrages).

### **Anmerkungen zu den Anträgen:**

BPU am 21.03.12: Ähnliche Vorläufer-Anträge in Sitzungsunterlagen, kein Landschaftsplan beschlossen

Arbeitsgruppe des Rates zum Landschaftsplan: Antrag fand Berücksichtigung.  
Einige unserer Punkte fanden Eingang in das Konsenspapier der Arbeitsgruppe (siehe Jahresbericht 2012)

## **Niederschlagswasser und Entwässerung**

Einzelanträge:

1. Hinsichtlich der Entwässerung von Niederschlagswasser gibt es für das gesamte Gemeindegebiet nur eine Satzung. Sonderzonen mit eigenen Satzungen werden nicht eingerichtet.
2. Der inoffizielle Begriff ‚Bürgermeisterkanal‘ soll zukünftig nicht mehr gebraucht werden. Öffentliche Abwasseranlagen, die auch Überlaufwasser von Kleinkläranlagen aufnehmen können, werden als Teilortsabwasseranlagen bezeichnet.
3. Die systematische Unterscheidung von Abwasseranlagen und Gewässern wird beibehalten. Gewässer, selbst wenn sie verrohrt sind, werden nicht als öffentliche Abwasseranlage gewidmet.
4. Sofern und solange die Gemeinde Welper für Abwasseranlagen keine Investitionen für die Herstellung, Anschaffung oder Erweiterung tätigen musste, werden für die entsprechenden angeschlossenen Grundstücke keine Anschlussbeiträge erhoben.
5. Der Satz für den Kanalanschlussbeitrag wird gedeckelt. Der bisher am höchsten gezahlte Anschlussbeitrag wird zur Obergrenze erklärt.
6. Grundstücke mit unmittelbarem Zugang zu einem Gewässer, deren abflusswirksame Fläche im Wesentlichen näher am Gewässer als an der öffentlichen Abwasseranlage liegt, können vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit werden.
7. Grundstücke mit unmittelbarem Zugang zu einem Gewässer können aus technischen oder ökologischen Gründen vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit werden.
8. Die Gemeinde Welper kann örtliche Vereine oder andere juristische Personen gegen eine Aufwandsentschädigung mit der Pflege von Teilortsabwasseranlagen betrauen. Die Vereinbarungen sollen befristet erfolgen.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossenen Einzelpunkte sowie einen Vorschlag für die Bewertung von Überlaufwasser aus Kleinkläranlagen in den Entwurf einer neuen Entwässerungssatzung einzuarbeiten und diesen Entwurf in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt vorzustellen.

Welper, 06.03.12,

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zu den Anträgen:**

BPU am 12.03.12: Antrag 1 mit 13 : 2 Stimmen angenommen; die übrigen Anträge vertagt

HFA am 25.04.12: Antrag 1 mit 12 : 2 Stimmen angenommen

Rat am 09.05.12: Antrag 1 mit 22 : 4 Stimmen angenommen

Anträge 2 - 9 im weiteren Verlauf (vermutlich im BPU am 30.05.12) zurückgezogen

## **Klimaschutzziele**

Die Bedeutung des Klimaschutzes wird im Gemeinderat allgemein anerkannt. Die Gemeinde Welver sollte sich aus unserer Sicht nachprüfbar Klimaszutzziele setzen und zielführende Maßnahmen im Rahmen eines Umsetzungsfahrplanes ergreifen.  
Hiermit stellen wir folgenden Antrag zur Sache:

„Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, folgende Einzelbeschlüsse zu fassen:

**1. Die Gemeinde Welver orientiert sich am Leitbild einer energieautarken Kommune auf der Basis Erneuerbarer Energien. Diese Energieautarkie soll bis zum Jahr 2035 erreicht werden.**

(Anmerkung: Als dünn besiedelte Flächengemeinde ist Welver prädestiniert, dieses Ziel zu erreichen.)

**2. Die Gemeinde Welver setzt sich das Ziel, bis zum Jahr 2020 70% weniger Kohlendioxid durch Stromverbrauch gegenüber dem Jahr 2007 zu emittieren.**

(Anmerkung: Den Stromverbrauch in kommunalen Gebäuden wollen wir als gutes Beispiel kurzfristig auf die Basis von Erneuerbaren Energien stellen. Durch eine gezielte Kampagne sollen viele Privathaushalte zu einem entsprechenden Stromwechsel motiviert werden. Durch eine gemeinschaftliche Aktion könnten die Einkaufspreise drastisch gesenkt werden.)

**3. Die Gemeinde Welver will den Verbrauch fossiler Energieträger zur Wärmegewinnung und Warmwasserbereitung deutlich verringern. Die Gemeinde Welver setzt sich zum Ziel, bis 2020 den entsprechenden Energieverbrauch im eigenen Gebäudebestand um mindestens 20 % gegenüber dem Jahr 2007 zu senken. Die Gemeinde Welver setzt sich außerdem das Ziel, eine jährliche Sanierungsquote von 3 % im Bereich der privaten Gebäude zu erreichen und bis zum Jahr 2020 dauerhaft zu sichern. Dabei soll die Kraft-Wärme-Koppelung besondere Berücksichtigung finden.**

(Anmerkung: Die Gemeinde soll kurzfristig bedarfsorientierte Energiepässe für alle kommunalen Gebäude ausstellen lassen, um eine zweckmäßige Sanierung des eigenen Gebäudebestandes realisieren zu können. Eine dauerhafte Informationskampagne soll Privathaushalte zur Gebäudesanierung motivieren.)

**4. Die Gemeinde Welver setzt sich das Ziel, die verkehrsbedingten Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30 % gegenüber dem Jahr 2007 zu senken.**

(Anmerkung: Das Ziel wird zum großen Teil automatisch durch die technische Entwicklung erreicht werden. Zusätzlich wollen wir den motorisierten Individualverkehr verringern und statt dessen eine klimafreundliche Mobilität durch die Unterstützung einer zukünftigen Bürgerbus-Initiative sowie die Schaffung eines Netzes attraktiver Fuß- und Radwege zwischen den Dörfern fördern.)

**5. Die Gemeinde Welver setzt sich das Ziel, die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Gemeindegebiet bis zum Jahr 2020 um 20 % gegenüber dem Jahr 2007 zu erhöhen.**

(Anmerkung: Aufgrund der Vogelschutzproblematik wird es kaum möglich sein, die



Erzeugung von Windstrom stark auszubauen. Eine Vielzahl von Kleinstanlagen ist aber möglich. Der Bereich der Photovoltaik kann ebenfalls noch ausgebaut werden.)

**6. Die Gemeinde Welper will einen ökologie- und landschaftskompatiblen Anbau nachwachsender Rohstoffe zum Zweck der Wärme- und Warmwasserbereitung massiv ausbauen. Zu diesem Zweck setzt sich die Gemeinde Welper das Ziel, bis zum Jahr 2020 10 ha Hecken auf Wegeseitenstreifen anzupflanzen, um sie anschließend turnusmäßig zu ernten und zu Holzhackschnitzeln zu verarbeiten.**

(Anmerkung: Bei der Anpflanzung der Hecken soll eine Mischung heimischer Sträucher zum Einsatz kommen, jedoch nicht nur hackschnitzeltaugliche Gehölze. Auf diese Weise können wichtige Lebens- und Schutzräume für Tiere neu entstehen, z.B. für Hasen, Fasanen, Heckenbraunelle und andere Vögel, ebenso Nahrungsmittel. Im Vogelschutzgebiet muss darauf geachtet werden, dass die Hecken nur niedrig sein dürfen. Die Gehölze sollen alle 7-10 Jahre auf den Stock gesetzt werden. Die Trocknung der Holzhackschnitzel könnte möglicherweise im ehemaligen Wohnheim Eilmsen erfolgen, wo die neue Heizungsanlage auf eine Nutzung wartet. Das ganze Projekt würde zudem Arbeitsplätze schaffen. Wir sehen hier ein Schlüsselprojekt für die Gemeinde Welper. Es handelte sich um eine Win-Win-Win-Situation für die Natur, für die Landschaftsästhetik (Erholung, Tourismus), für den Klimaschutz und für Arbeitsplätze.)

**7. Die Gemeinde Welper setzt sich das Ziel, bis 2020 die verkehrsbedingten Emissionen innerhalb der kommunalen Grenzen zu 30 % durch Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren.**

(Anmerkung: Hier denken wir hauptsächlich an die Pflanzung von Straßenbäumen sowie an Aufforstungsmaßnahmen.)

**8. Beschlüsse über geeignete Maßnahmen und den entsprechenden Umsetzungsfahrplan bereitet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung und möglichst externen Sachverstand bis Mitte Oktober 2012 vor. Von Seiten der Fraktionen sollen jeweils zwei Personen an der Arbeitsgruppe teilnehmen.**

Begründungen: mündlich

Welper, 12.03.12, Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Anmerkungen zu den Anträgen:**

Im Vorfeld (BPU am 25.01.12) vorgeschlagen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Thema Klimaschutz zu bilden. Thema wird in den BPU am 21.03.12 verschoben, wo dann auch die interfraktionelle Arbeitsgruppe besetzt werden soll.

Obige Anträge als Tischvorlage im BPU am 21.03.12: Vertagung

BPU am 07.11.12: unsere Anträge nicht in den Sitzungsunterlagen. Unser Antrag auf Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe wird mit 11 : 3 Stimmen abgelehnt.

Unsere obigen Anträge seither nicht weiter verfolgt.

**Umgang mit grünen Wegen und Wegeseitenstreifen in Welper**

## Einzelanträge:

1. Die landwirtschaftlichen Flächen in Welver werden seit Jahrzehnten immer intensiver genutzt. Aufgrund des landwirtschaftlichen Strukturwandels und dem starken Einsatz von Agrochemie können diese Flächen nur noch wenige ökologischen Funktionen erfüllen. Umso wichtiger sind innerhalb der intensiv genutzten Agrarlandschaft die Wegeseitenstreifen, Graswege, Böschungen oder Grabenbereiche. Als Lebensräume für die verschiedenen Tier- und Pflanzenarten sind sie ökologisch unentbehrlich, als gliedernde und belebende Elemente für die Landschaftsästhetik wichtig. Deshalb müssen sie erhalten bzw. bei unbefugter Nutzung ggf. zurück gewonnen werden. Die Gemeinde Welver sieht sich hier in der Pflicht.  
Laut Angaben des Kreises Soest werden in Welver 8,93 ha öffentlicher Wegeflächen überackert.
2. Die unbefugt genutzten Flächen müssen aus ökologischen und jagdlichen Gründen sowie aus wohl verstandenem ökonomischen Eigeninteresse der Gemeinde zurückgewonnen werden. Die entsprechenden Wegeseitenstreifen und grünen Wege sollen in der Regel wieder auf der alten Parzelle und in der gesamten Flurstückgröße hergestellt werden. In begründeten Ausnahmefällen, d.h. wenn so zu einem zweckmäßigen Fuß- und Wanderwegenetz beigetragen werden kann, können frühere Grünstreifen auch unter Berücksichtigung ökologischer Belange durch Flächentausch verlegt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, wer gemeindliche grüne Wege und Wegeseitenstreifen durch Überackern unbefugt nutzt oder sie durch Düngung oder sonstige Agrochemikalien schädigt. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, diese unbefugten Nutzer über ihren Missbrauch zu informieren und sie aufzufordern, die Wegeseitenstreifen in der gesamten Flurstücksgröße wiederherzustellen und mögliche chemische Übergriffe einzustellen.  
Eine jährliche Überprüfung soll sicherstellen, dass die öffentlichen Flächen auch in öffentlicher Nutzung bleiben. Die Verwaltung stellt die Ergebnisse der Überprüfung jeweils  
in der ersten Herbstsitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt vor, erstmals im Jahr 2013.
4. Gerade für Bienen und andere Insekten stellen die Wegeränder mit den unterschiedlichen Gräsern und Blütenpflanzen wichtige Lebensräume dar. Die ökologische Wertigkeit dieser Flächen hängt deshalb entscheidend von einem möglichst späten Mahdtermin erst nach der Blüte der Wildpflanzen ab.  
Die Gemeinde Welver befolgt folgende Grundsätze:  
maximal zwei Pflegeschnitte pro Jahr; erster Pflegeschnitt frühestens ab Juni, aber nur eine Schnittbreite (1 m) im Bankettbereich sowie Freimähen der Sichtdreiecke in Einmündungsbereichen; zweiter Pflegeschnitt nach der Blühphase im September mit Mähen der Seitenstreifen, Gräben und Böschungen, maximal aber nur in einer Breite von drei Schnittbreiten (= 3 m).  
Außerdem soll immer nur abschnittsweise gemäht werden, so dass immer Blütenpflanzen zur Verfügung stehen. Bei der Mahd soll das Mahdgut mitgenommen werden, damit sich überhaupt eine artenreiche Vegetation wieder herstellen kann. Allerdings sollen nicht Sauger das Schnittgut einsammeln, weil diese nicht nur das Schnittgut, sondern auch die zu schützenden Tiere (Insekten) mit einsaugen. Auf Mulchmähung soll verzichtet werden, weil davon nur wenige Pflanzenarten profitieren, andere aber erstickt würden.  
Bei den Mäharbeiten soll darauf geachtet werden, dass Bäume und Sträucher nicht beschädigt werden. Aus diesem Grund muss ein Sicherheitsabstand von 1 Meter um den Baum eingehalten werden.

Bei der mitunter notwendigen Grabenunterhaltung, der Entfernung von Krautschicht und Erde soll der anfallende Aushub nicht auf Bankette oder Wegerändern abgelagert werden, da die dort wachsenden Pflanzen sonst mit Nährstoffen überfrachtet bzw. erstickt würden.

5. Zur ökologischen Aufwertung von Straßen- und Wegerändern mit sehr geringer Artenvielfalt sät die Gemeinde Welper gezielt standortgerechte heimische Wildpflanzen ein und verwendet zu diesem Zweck zertifiziertes Regiosaatgut.
6. Die meisten Heckenpflanzen bilden im Jungstadium noch keine Blüten und Früchte aus und sind nur bedingt als Nahrungs- und Brutstätten für die Tierwelt geeignet. Aus diesem Grund setzt die Gemeinde Welper ihre Hecken zukünftig nur noch alle 7-10 Jahre auf den Stock und dann nur abschnittsweise, maximal 50 Meter. Im Bereich von Sichtdreiecken / zur Verkehrssicherung kann auch ein kürzeres Intervall gewählt werden.
7. In Welper sind in den letzten Jahrzehnten die meisten alten Straßen-Obstbäume, die die Landschaft früher so bereichert haben, beseitigt worden. Dabei handelt es sich oft um alte Regionalsorten, deren Verlust auch aus kulturhistorischen Gründen sehr zu bedauern ist. Die Gemeinde Welper legt deshalb bei der Prüfung, ob ein Baum zwingend aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt werden muss, einen äußerst strengen Maßstab an. Hier muss die Priorität auf dem Erhalt des alten Baumbestandes liegen, da alte Bäume eine viel höhere ökologische Wertigkeit haben als junge. Gerade alte Bäume, die Höhlungen haben, sind besonders wichtig für die heimische Tierwelt (Steinkäuze, Fledermäuse); deshalb ist der Erhalt gerade auch solcher Bäume besonders wichtig. Eine Baumfällung ohne entsprechende Nachpflanzung darf es nicht geben. Die Gemeinde Welper setzt sich dafür ein, dass alte regionale Obstsorten wieder nachgepflanzt werden bzw. tut dies selbst im eigenen Zuständigkeitsbereich. Ein fachgerechter Baumschnitt soll dazu beitragen, die Lebensdauer eines Baumes zu erhöhen.’’

Welper, 04.09.12

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

#### Begründung:

Nach der bisherigen Diskussion im BPU halten wir es für angebracht, unseren Antrag vom 06.03.12 einerseits zu konkretisieren und andererseits im Hinblick auf die überackerten Wegeseitenstreifen ein praktikables Verfahren vorzuschlagen, das die Gemeinde dem Kreis fristgerecht mitteilen kann.

#### Begründung zum Vorläuferantrag vom 06.03.12

Es ist allgemein anerkannt, dass die Acker- und Wegeränder sowie grüne Wege Lebensraum für bedrohte Pflanzen- und Tierarten darstellen. Desweiteren dienen sie dem Schutz angrenzender ökologisch wertvoller Lebensräume und der Herstellung einer Verbindung zwischen isolierten Lebensräumen in der Landschaft. Nicht umsonst wird die Erhaltung und Neuanschaffung von Acker- und Wegerändern finanziell gefördert.

Außerdem dienen die Bankette der Verkehrssicherheit. Sofern ihre ausreichende Breite nicht mehr zur Verfügung steht und aufgrund der tiefen Ackerfurchen muss von einer erheblichen Gefahrenlage für Verkehrsteilnehmer ausgegangen werden, da die Bankette auf engen Wirtschaftswegen zum Ausweichen benötigt werden.

Es ist ärgerlich, dass in Welper fast 90.000 Quadratmeter öffentlicher Wegefläche überackert werden. Aus Unwissenheit oder durch vorsätzliches oder fahrlässiges Verhalten entsteht ein erheblicher ökologischer, aber auch materieller Schaden für die Gemeinde. Dieser Missstand muss beendet werden.

Außerdem sollen Heckenpflege, Einsatz von Wildpflanzen, Mahd und Baumschutz ökologischen Standards genügen.

(Die Formulierungen orientieren sich weitgehend an der entsprechenden Resolution des Landschaftsbeirates sowie an einer Vorlage der Gemeinde Lippetal.)

**Anmerkungen zum den Anträgen:**

BPU am 21.03.12: ähnliche Vorläuferanträge, hier noch Auftrag für  
Bußgeld-Verordnung vorgesehen  
Anträge verwiesen in nächsten BPU

BPU am 30.05.12: verwiesen in nächsten BPU

BPU am 19.09.12: Anträge mit 14 : 1 Stimmen abgelehnt

## **Haushaltssanierung durch Klimaschutz**

- 1. Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob bzw. wie der Schul- und Sportkomplex Welper mit Grundschule, OGS, Turnhallen und Lehrschwimmbecken auf wirtschaftliche Weise energetisch mit Solarthermie, Photovoltaik und / oder einem Blockheizkraftwerk versorgt werden kann.**
- 2. Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob bzw. wie die Gemeinde Welper im Bereich der Produktion von regenerativem Strom auf wirtschaftliche Weise tätig werden kann. Es können Kraftwerke innerhalb und außerhalb des Gemeindegebietes bzw. mit oder ohne Bürgerbeteiligung in Betracht kommen.**
- 3. Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob bzw. wie auf andere Art und Weise der Gemeindehaushalt durch Klimaschutzmaßnahmen entlastet werden kann.**

Welper, 16.05.12

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zum Antrag:**

BPU am 30.05.12: Antrag mit 8 : 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen  
abgelehnt

Antrag anscheinend so nicht weiterverfolgt

# **Gedanken zur Grundschulfrage (internes Diskussionspapier)**

1. Wir haben in der Gemeinde Welver zwei Grundschulen: Die Bernhard-Honkamp-Grundschule in Welver und die Grundschule Borgeln, jeweils mit angegliederten Turnhallen. In Welver gibt es zusätzlich noch das Lehrschwimmbecken. Zur Renovierung der Schulkomplexe muss ein erheblicher Aufwand betrieben werden.
2. Die Eltern haben die freie Wahl, ihre Kinder anzumelden. Neben der geographischen Lage können dabei unterschiedliche Profile eine Rolle spielen: das JEKI-Projekt in Borgeln und die OGS in Welver. Darüber hinaus wird der Ruf einer Schule von Bedeutung sein.
3. Die GS Borgeln hat offenbar einen sehr guten Ruf. Schule und Eltern engagieren sich enorm für ihren Erhalt. Das gute Miteinander, die gute Atmosphäre werden betont und tragen vermutlich zur Freude am Lernen und entsprechend guten Leistungen bei. Die gute Bewertung der Eltern sollte von uns nicht in Frage gestellt werden.
4. Vergleichbares Engagement ist in der GS Welver nicht erkennbar. Die Haltung der Eltern scheint eher von Desinteresse geprägt zu sein. Korrespondiert dieses Desinteresse mit mangelnder Begeisterung des Lehrkörpers ? Müssen wir uns um das Lernklima in Welver Sorgen machen? Die GS Welver darf aber nicht schlecht geredet werden.
5. Die Unterrichtsqualität wird nicht zuletzt durch die Klassengröße geprägt. Ober- und Untergrenzen sind durch Landesrecht festgelegt und werden möglicherweise in den nächsten Jahren (leicht) nach unten korrigiert. Im Zusammenhang mit der einzuführenden Inklusion wird es möglicherweise zusätzlich noch zu Verkleinerungen von Klassen kommen. Die genaue Entwicklung ist nicht absehbar. Hauptsächlich spielen finanzielle Fragen eine Rolle, aber auch die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrer/innen.
6. Nach einer Prognose vom April 2011 wird es für Gesamt-Welver in den nächsten Jahren folgende Anmeldezahlen geben:  
SJ 2013/14: 108, SJ 2014/15: 98, SJ 2015/16: 84, SJ 2016/17: 94.  
Nach derzeitigem Recht ließen sich daraus 4 bzw. 3 Züge bilden.  
Frage: Wenn sich 2014/15 in einer Schule 36 und in der anderen 62 Schüler anmeldeten, gäbe es dann 5 Züge mit entsprechend kleinen Klassen?
7. Räumlichkeiten in ausreichender Zahl und eine gute Ausstattung sind erforderlich. Die Verwaltung meint, es sei kein Problem 4 Züge in der GS Welver unterzubringen. Die Schule (Cornelia) sieht das anders. Anbau wäre notwendig, aber möglich. Die Verwaltung hat einen Belegungsplan für eine zusammengelegte Grundschule in Welver versprochen.
8. Die Verwaltung geht von einem jährlichen Einsparvolumen von 131.000,- € aus, wenn die beiden Grundschulen in Welver zusammengelegt würden. Die Schlüsselzuweisungen für Investitionen im Schulbereich i.H.v. jährlich 200.000,- € könnten auf die GS Welver konzentriert werden. Auch ein Anbau könnte davon bestritten werden.
9. Für den Fall, dass die Grundschulen nicht zusammen gelegt werden, müssten die fehlenden Einsparungen und das zusätzliche Volumen für Aufwand und Investitionen durch zusätzliche Erhöhungen bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer kompensiert werden.
10. Welche Gründe sprechen nun für einen Erhalt beider Grundschulen, welche für eine Zusammenlegung ?  
Finanzielle Gründe sprächen für eine Zusammenlegung, wobei zu fragen wäre, ob hier gerade bei den Kindern gespart würde oder nicht. Eine Schwächung Borgelns und der östlichen Gemeindegebiete spräche für den Erhalt beider Schulen. Eine Wahlmöglichkeit

der Eltern, z.B. am Schulprofil orientiert, spräche ebenfalls für einen Erhalt beider Schulen. Im Falle der Auflösung der GS Borgeln würde eine erhebliche Zahl von Schüler/innen vermutlich nach Soest wechseln, es sei denn, es würden Schulbezirke eingeführt. Wäre das schlimm oder würde das eher als Entlastung angesehen? Ich fände es bedauerlich, wenn viele Kinder nach Soest wechselten.

Wie sieht es mit pädagogischen Aspekten aus, die für die Kinder und uns besonders wichtig sein sollten?

11. Eine einzügige Grundschule mit verringertem Lehrkörper birgt pädagogische Mängel und Risiken, die wir nicht mittragen sollten. Das haben wir so auch immer signalisiert. Klassengrößen, Lernklima, engagierte Lehrer/innen, engagierte Eltern, Gebäude- und Lernmittelausstattung haben Einfluss auf die pädagogische Qualität. Es könnte ein pädagogischer Nachteil sein, wenn Kinder innerhalb ihrer Grundschullaufbahn die Schule wechseln müssten. Das spräche dafür, dass im Falle einer Zusammenlegung der Schulen die Schüler/innen, die jetzt an der GS Borgeln anfangen, ihre Grundschulzeit bis zum Schluss in Borgeln absolvieren können sollten. Nach dieser Logik dürften aber nun keine weiteren Anmeldeverfahren für die GS Borgeln durchgeführt werden. Außerdem setzte das vermutlich voraus, dass Borgeln eine Dependence von Welper würde, weil sonst die GS Borgeln bereits vorher aus schulorganisatorischen Gründen geschlossen würde. Denn das Lehrerkollegium würde mit den sinkenden Schülerzahlen schrumpfen. Ein vorzeitiger Wechsel von Kindern nach Welper gegen den Willen der Eltern könnte, abgesehen von den normalen Umstellungsproblemen, auch wegen des elterlichen Missmutes das Lernklima und die Lernfreude der Kinder beeinträchtigen. Die Konzentration finanzieller Mittel auf eine Schule könnte andererseits hier zu einer besonders hohen Qualität führen, so dass man nicht unbedingt von Sparen bei den Kindern sprechen müsste. Frage: Was würde aus dem JEKI-Projekt, das von vielen als besondere Qualität gesehen wird? Könnte und sollte das JEKI-Projekt auf die zusammengelegte Schule ausgedehnt werden? Ich würde das ggf. begrüßen.

12. Plädoyer:

Zum jetzigen Zeitpunkt sollte eine Zusammenlegung der Grundschulen nicht beschlossen werden. In weiteren Anmeldeverfahren sollte die GS Borgeln die Chance bekommen, ihre Zweizügigkeit zu halten. Wir sollten nicht gegen den Willen engagierter Eltern eine beliebte Schule schließen, selbst wenn die pädagogische Qualität an der GS Welper genauso gut (oder zukünftig vielleicht sogar besser) wäre. Bedeutung haben auch eine Wahlmöglichkeit der Eltern sowie die Attraktivität von Borgeln und Umland.

Es kann sein, dass wir später, d.h. im Falle geringerer Klassengrößen z. B. durch eine Umsetzung der Inklusion, noch froh sein werden, zwei Grundschulen zu haben.

Es können auch Umstände eintreten, die ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 in Welper ermöglichen - das aber wohl nur, wenn wir zwei Grundschulkomplexe haben.

Diese Politik könnte z.B. durch eine zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B um etwa 11 Prozent bzw. 44,5 Prozentpunkte finanziert werden.

Eine Gegenfinanzierung muss erfolgen, damit der Haushaltssanierungsplan genehmigt werden kann. Das ist wiederum Voraussetzung für diverse förderungswürdige Projekte wie z.B. die barrierefreie Renovierung des Bahnhofpunktes Welper.

Berwicke, 20. Mai 2012

Bernhard Weber

### **Anmerkungen zum Diskussionspapier:**

Plädoyer fand Zustimmung in der Fraktion.

## **Erhalt der Grundschule Borgeln**

**Die Grundschule Borgeln bleibt erhalten und kann ihre Arbeit fortsetzen, solange sie ihre Zweizügigkeit halten kann. Verliert sie ihre Zweizügigkeit, wird ihr weiterer Erhalt auf den Prüfstand gestellt und ein Zusammenschluss der beider Welveraner Grundschulen beraten.**

**Begründung:**

Die Grundschule Borgeln leistet gute Arbeit und ist entsprechend beliebt, wie die jüngsten Anmeldezahlen unterstreichen. Von Seiten der Schule und der Eltern wurde immer wieder ein gutes Einvernehmen und ein gutes Schulklima herausgestellt. Eindrucksvoll haben die Borgeler Vereine unterstrichen, wie wichtig sie die Grundschule nicht nur für die Kinder, sondern auch für das Dorf finden. Die Schule ist ein wichtiges Element des Dorflebens.

Wir halten es aus pädagogischen Gründen für richtig, die Grundschule Borgeln zu erhalten, damit die gute Bildungsarbeit in einem guten Lernklima fortgesetzt werden kann.

Wir halten es aus pädagogischen Gründen für richtig, die Grundschule Borgeln zu erhalten, damit in beiden Welveraner Grundschulen weiterhin ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, um heutigen und künftigen Anforderungen gemeinschaftlicher und individueller Förderung der Kinder einschließlich der Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Inklusion genügen zu können. Dies wäre im Falle einer Zusammenlegung innerhalb der Bernhard-Honkamp-Schule nicht gewährleistet, weil das jetzige Lernstudio und der jetzige Werkraum nicht als Klassenräume geeignet sind und bei einer zu erwartenden Vierzügigkeit somit mindestens zwei Klassenräume fehlen würden. Erweiterungsbauten wären zwar möglich, aber teuer. Es ist davon auszugehen, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Kinder verändern werden, was einen erhöhten Raumbedarf nach sich ziehen könnte.

Falls die Grundschule Borgeln in die Einzügigkeit rutschte, hätte das Auswirkungen auf die Größe des Lehrkörpers und den erteilten Unterricht, der bei einem Krankheitsfall erheblichen Schaden nähme. In dem Fall müsste sich der Rat die Frage stellen, ob pädagogisch gute Arbeit noch gewährleistet werden könne. Finanzielle Aspekte gewinnen an Gewicht. Dann sollte eine mögliche Zusammenlegung der beiden Welveraner Grundschulen erwogen werden.

Welver, 05.06.12

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Anmerkungen zum Antrag:**

HFA am 20.06.12:

Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12:

redaktionell anders gefassten SPD/FDP-Antrag angenommen wurde.

(Unser Antrag hätte das selbe

**Bauhof als wirtschaftlicher Eigenbetrieb“**



**Antrag:**

**„ Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darzulegen, welche Vor- und Nachteile aus ihrer Sicht mit der Umwandlung des Bauhofes in einen wirtschaftlichen Eigenbetrieb verbunden wären.“**

**Begründung:**

In Zeiten von Haushaltsdesastern und kommunalen Steuererhöhungen sollte alles auf den Prüfstand gestellt werden, was zu Transparenz und Effizienz beitragen könnte. Der Bauhof sollte dabei nicht ausgenommen werden.

Welver, 29.05.12

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag wird bis auf Weiteres vertagt.

## **Umgang mit den Strom- und Gasnetzen in Welper ab dem 01.05.13**

### Antrag:

**„Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu erörtern, welche grundsätzlichen Möglichkeiten bestehen, ab dem 01.05.13 mit den Strom- und Gasnetzen in Welper weiter zu verfahren. Es soll dabei auch darauf eingegangen werden, was die aktuellen Endschaffungsklauseln im Wesentlichen besagen und in welcher Beziehung Veränderungen angestrebt werden könnten.“**

### Begründung:

Die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze laufen nach 20 Jahren am 30.04.13 aus. Es wird dringend Zeit, sich als Rat damit auseinander zu setzen, wie es danach weitergehen soll. Dabei sollte auch geprüft werden, ob sich die Gemeinde selbst am Strom- und/oder Gasvertrieb beteiligen könnte oder sollte.

Welper, 29.05.12

Bernhard Weber

### **Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

# Haushaltsrede 2012

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Land lässt uns nicht mehr weiter Schulden auftürmen. Wir sollten uns nicht darüber beklagen. Die Schulden sind schon so hoch, dass wir jedes Jahr über eine Million Euro an Schuldendienst leisten müssen. Nun, wo wir nicht mehr so weitermachen dürfen, haften die Bürgerinnen und Bürger für die Politik der Vergangenheit.

Das wird alle Haushalte viel Geld kosten. Umso genauer müssen wir prüfen, welche Angebote und Standards wir uns noch leisten können oder womöglich sogar noch ausbauen wollen. Da nicht jede und jeder direkt von jedem Angebot profitieren wird, ist auch Solidarität gefragt. Dabei sollten breite Schultern mehr tragen als schmale.

Unsere Grüne Fraktion hat ihre Vorstellungen schon weitgehend vor der letzten HFA-Sitzung öffentlich gemacht.

Die grünen Zumutungen bestehen hauptsächlich im Erhalt der Grundschule Borgeln, in der ökologischen Aufwertung der Landschaft einschließlich der Verbesserung der Gewässerstrukturen innerhalb der Jahre 2014-16 sowie in der Entwicklung eines Fuß- und Reitwegenetzes ebenfalls in den Jahren 2014-16. Es geht uns darum, dass jedes Welveraner Dorf mit allen seinen Nachbardörfern durch einen grünen Fuß- und Reitweg verbunden wird. Bei diesen beiden letztgenannten Zumutungen geht es um je durchschnittlich etwa 10 Euro pro Jahr und Haushalt.

Um die kommenden Steuererhöhungen möglichst gering zu halten, sollen Einsparungen vorgenommen und Gewinne erwirtschaftet werden. In der Kürze der Zeit konnten nicht alle Optionen geprüft und berechnet werden. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns.

Wir Grüne glauben, dass die Gemeinde Welper durch Investitionen in den Klimaschutz Geld verdienen kann, das zu Steuersenkungen oder zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden könnte. Gewinne durch Klimaschutz statt Steuererhöhungen. Wärmedämmung, Strom aus Sonne und Windkraft, Wärme aus Sonne oder Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung - überall entstehen Projekte. Viele Städte und Gemeinden, wie nun z.B. auch Lippetal oder Werl, machen es uns vor. Hier in Welper wird bisher geblockt. Selbst unsere Prüfaufträge wurden im letzten Fachausschuss von der Mehrheit abgelehnt. Lediglich die FDP unterstützte den Grünen Antrag. Auch bei Bürgermeister Teimann ist Fehlanzeige. Er könnte die Verwaltung auch ohne den Rat auf das Thema ansetzen.

Wir Grüne wollen nun bei diesem Thema noch besser werden, damit der Klimaschutz in Welper vorankommt und gleichzeitig durch die Gewinne der Haushalt entlastet werden kann. Wichtiger aber, als dass die Grünen besser werden, ist es, dass die interfraktionelle Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz besser wird. Dann wird es auch gute Ergebnisse im Blick auf den Gemeindehaushalt geben. Vorbild könnte die Arbeitsgruppe zum Landschaftsplan sein.

Auf unsere diversen Einzelanträgen und die der anderen Fraktionen werde ich später gesondert eingehen. Allerdings werde ich mich kurz fassen, weil im HFA die meisten Argumente schon ausgetauscht wurden.

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Die verordnete Haushaltssanierung ist für uns alle, als Bürger und als Politiker, eine bittere Pille. Wir Grüne sind bereit, sie zu schlucken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernhard Weber am 27.06.12

## **Haushaltssanierungsplan 2012**

Die wichtigsten Einzelanträge:

### **Beteiligung des Rates bei möglichen Wiederbesetzungen**

1. In das Kapitel B.II.1 des HSP-Antrages der Verwaltung über einen Konsolidierungsbeitrag Personalaufwendungen wird nach „planbare Fluktuation“ (Seite 10 oben) folgender neuer Absatz eingefügt:

„Der Rat der Gemeinde Welper wird bei planmäßiger und außerplanmäßiger Fluktuation frühzeitig an den Beratungen und Entscheidungen über mögliche Wiederbesetzungen beteiligt.“

#### **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 27.06.12: Weglassung von „und Entscheidungen“; mit 14 : 13 Stimmen angenommen

### **Einbeziehung von Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwegen ins Wegekonzept**

7. Das Kapitel B.II.3 des HSP-Antrages der Verwaltung über Wegebau wird umbenannt in „Einstellung des Wegebau“.

Im ersten Absatz wird nach „ganzheitliches Wegekonzept zu entwickeln“ folgender Text ergänzt:

„, das neben Verbindungs- und Wirtschaftswegen auch Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwege behandelt.“

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 14 : 1 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12: wegen offensichtlichem Mangel an Unterstützung nicht zur Abstimmung gebracht

### **Verlässliche Unterstützung der Musikschule**

8. Das Kapitel B.II.4 des HSP-Antrages der Verwaltung wird umbenannt in „Erhalt der Musikschule“ und erhält folgende Neufassung:

„Die Musikschule wird derzeit von den vier Kommunen Welper, Lippetal, Anröchte und Bad Sassendorf getragen. Die Gemeinde Welper trägt einen Anteil von jährlich 24.000 € der Verwaltungskosten.

Die Gemeinde Welper wird ab dem Haushaltsjahr 2013 einen verlässlichen Anteil von jährlich 8000 € der Verwaltungskosten tragen. Bis dahin gilt die alte Regelung.“

#### **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

## **Turnhalle an der Hauptschule Welver**

9.1 Der Punkt B.II.6 des HSP-Antrages der Verwaltung über die Turnhalle an der Hauptschule wird umbenannt in „Umgang mit Turnhalle an der Hauptschule“ und erhält folgenden neuen ersten Absatz:

„Mit der Schließung der GHS wird die Turnhalle für den Schulsport nicht mehr benötigt. Die Gemeinde bietet den Nutzerinnen und Nutzern der Turnhalle an, ab diesem Zeitpunkt die Halle selbst zu betreiben und zu unterhalten. Die Verwaltung wird den Rat über mögliche Ergebnisse entsprechender Sondierungsgespräche informieren. Besteht bei den Nutzer/innen kein Interesse und keine Bereitschaft, wird die Turnhalle geschlossen werden.“

9.2 Die Gemeinde Welver wird prüfen, in wie weit ein höheres Gebührenaufkommen für die Nutzung der Turnhalle erzielt werden kann.

### **Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag einstimmig angenommen

Rat am 27.06.12: Antrag einstimmig angenommen

## **Einstellung der finanziellen Unterstützung des JEKI-Projektes**

12. Der Punkt B.II.9 des HSP-Antrages der Verwaltung über eine Einstellung des JEKI-Projektes wird umbenannt in „Einstellung der finanziellen Unterstützung des JEKI-Projektes“. Der vorletzte Absatz wird durch folgende Neufassung ersetzt:

„Die Gemeinde Welver zieht sich ab dem Haushaltsjahr 2013 aus der finanziellen Unterstützung des JEKI-Projektes zurück. Die Gemeinde setzt darauf, dass das gute Projekt durch erhöhte Elternbeiträge und die Akquise von Drittmitteln gesichert wird.“

### **Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 9 : 6 Stimmen angenommen

Rat am 27.06.12: Antrag mit 17 : 10 Stimmen angenommen

## **Vereins- und Jugendförderung**

13. Die im Punkt B.II.11 des HSP-Antrages der Verwaltung vorgesehene Kürzung der Vereins- und Jugendförderung erfolgt nicht.

### **Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag einstimmig angenommen

Rat am 27.06.12: gemeinsamer Antrag mit SPD und FDP einstimmig angenommen

## **Einrichtung eines Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwegenetzes**

14.1 In den Jahren 2014 bis 2016 soll ein Netz an Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwegen eingerichtet werden. Zu diesem Zweck werden für die drei Jahre jeweils 50.000 € im Haushalt vorgesehen.

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Ökologische Aufwertung der Landschaft**

14.2 In den Jahren 2014 bis 2016 sollen komprimiert Maßnahmen einer ökologischen Aufwertung der Landschaft im Sinne des in Entwicklung befindlichen Landschaftsplanes IV und der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorgenommen werden. Zu diesem Zweck werden für die drei Jahre jeweils 50.000 € im Haushalt vorgesehen.

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Parkraumbewirtschaftung in der Straße Am Markt**

Die Möglichkeiten einer Parkraumbewirtschaftung in der Straße Am Markt werden von der Gemeinde geprüft werden. Die Ergebnisse werden dem Rat vorgestellt werden.

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 9 : 1 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Kulturförderung**

17. In der Ergebnis- und Finanzplanung des Produktes 04-01-01 Kulturförderung u.a. werden ab dem Haushaltsjahr 2013 wieder jährlich 1500 € Zuschuss für den Kulturverein vorgesehen.

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Beteiligung an Bildungsregion Kreis Soest**

19. Ab dem Haushaltsjahr 2013 beteiligt sich die Gemeinde Welper an der

Bildungsregion Kreis Soest und sieht dafür in der Ergebnis- und Finanzplanung des Produktbereiches 03 - Schulträgeraufgaben - jährlich 1600 € vor.

**Anmerkung zum Antrag:**

HFA am 20.06.12: Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt

Rat am 27.06.12: Antrag mit 25 : 2 Stimmen abgelehnt

**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für sonstige  
ordentliche Aufwendungen**

20. In das Kapitel B.II.12 des HSP-Antrages der Verwaltung wird der Punkt „Sach- und Dienstleistungsintensität“ neu aufgenommen und erhält folgende Textfassung:

„Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für sonstige ordentliche Aufwendungen werden ab dem Haushaltsjahr 2012 um je 7 % bezogen auf die Zahlen von 2012 gekürzt. Die Gebührenhaushalte werden aus der Betrachtung herausgenommen.“

**Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 27.06.12: Antrag kam nicht zur Abstimmung, weil ein anderer,

## **Verringerung der Druckkosten**

„Die Gemeinde wird prüfen, ob durch einen Verzicht auf den Ausdruck der öffentlichen Sitzungsunterlagen für den Rat und die Ausschüsse und durch eine künftige Onlinestellung dieser Unterlagen eine deutliche Kostenreduzierung erreicht werden kann.“

### **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 27.06.12: Antrag einstimmig angenommen



# **Integriertes ländliches Wegekonzept für die Gemeinde Welper**

## **- Diskussionspapier der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ zur interfraktionellen Beratung -**

**Gegenstand der Diskussion** sind derzeitige bzw. künftige Straßen und Wege im Außenbereich der Gemeinde Welper in Baulastträgerschaft der Gemeinde Welper inklusive ihrer Seitenstreifen.

Das Diskussionspapier greift die Empfehlungen aus dem Skript „Wirtschaftswege - Kommunale Infrastruktur im Außenbereich“ (Stand 25.02.2010) von Bernd Mende und Roland Thomas auf und knüpft daran an.

Entsprechend hat es die verkehrliche / soziale Funktion als auch die ökologische und landschaftsästhetische Funktion der Wege im Blick.

### **Schritte bei der Erarbeitung eines integrierten Wegekonzeptes:**

1. Erfassung des gemeindlichen Straßen- / Wegebestandes
2. Festlegung von (Gewährleistungs-) Zielen und Erreichungsgrundsätzen für das gemeindliche Wegenetz
3. Planung eines Wegenetzes gemäß der beschlossenen Ziele und Grundsätze
  - a. Kategorisierung der vorhandenen Wege nach ihrer Funktion (Die Funktion muss den Ausbaustandard bestimmen.)
  - b. Entscheidungen über den Verzicht auf bestimmte Wege und die Neueinrichtung von Wegen (u.U. Bodenordnung)
3. Zustandserfassung
4. Bewertung und Dokumentation des Wegezustands
  - a. Festlegung von Zielkriterien für die einzelnen Wegekategorien
  - b. Zustandsreihung (Prioritätensetzung)
5. Planung von Erhaltung bzw. Neuanlage von Wegen
6. Bodenordnungsverfahren
7. Umsetzung: Anlage, Erneuerung und Unterhaltung von Wegen

Punkt 1 (Bestandserfassung) dürfte bereits erledigt sein.

Die große Aufgabe des Punktes 3, nämlich die Kategorisierung jedes einzelnen Weges, kann erst sinnvoll erledigt werden, wenn wir Gewährleistungsziele definieren und Erreichungsgrundsätze festlegen.

Hierzu machen wir folgende Vorschläge:

### **Ziele:**

1. Der Landwirtschaft als wichtigstem Welperaner Wirtschaftszweig wird ein Netz von Wegen mit solidem Unterbau und einer an die Gerätschaften angepasste

Fahrbahnbreite zur komfortablen Erschließung ganzer Feldblöcke auch mit schweren Geräten vorgehalten (Hauptwirtschaftswege).

2. Die Gemeinde profiliert sich als attraktive Radfahrergemeinde. Sie hält ein Radwegenetz vor, das sowohl der Alltagsmobilität als auch der Erholungs- bzw. touristischen Funktion gerecht wird. Jedes Welperaner Dorf ist mit allen Nachbardörfern mindestens durch einen komfortablen Radweg verbunden.
3. Die Gemeinde profiliert sich als attraktive Fußgänger- und Wandergemeinde. Sie hält ein Fuß- und Wanderwegenetz vor, das sowohl der Alltagsmobilität als auch der Erholungs- bzw. touristischen Funktion gerecht wird. Jedes Welperaner Dorf ist mit allen Nachbardörfern durch einen in der Regel grünen Fußweg verbunden. Außerdem wird ein Rundweg um jedes Dorf vorgehalten.
4. Die Gemeinde profiliert sich als attraktive Reitgemeinde mit einem Netz grüner Feldwege und Waldwege, die auch für Reiter freigegeben sind.
5. Schul- und Linienbuslinien werden zweckmäßige Routenführungen mit gutem Nutzungskomfort ermöglicht.
6. Bewohnte Grundstücke werden mit asphaltierten Wegen an das übergeordnete Straßennetz angebunden (Verbindungswege, Anliegerverkehr).
7. Die Gesamtfläche der Wegeseitenstreifen und grünen Wege bleibt aus ökologischen und landschaftsästhetischen Gründen erhalten und wird vor mechanischen oder chemischen Übergriffen bewahrt. Unbefugt genutzte Wegeseitenstreifen und grüne Wege werden wieder ihrer eigentlichen verkehrlichen und ökologischen Funktion zugeführt, wobei sie in der Regel wieder auf der alten Parzelle und in der gesamten Flurstückgröße hergestellt werden. In begründeten Ausnahmefällen, d.h. wenn so zu einem zweckmäßigen Fuß- und Wanderwegenetz beigetragen werden kann, können frühere Grünstreifen auch unter Berücksichtigung ökologischer Belange durch Flächentausch verlegt werden.
8. Wege sollen sich harmonisch in die Landschaft einfügen, ohne deren Erlebniswert zu beeinträchtigen. Beispielhaft seien Fußpfade entlang von Bächen oder Gräben genannt.
9. Wege sollen mit ihren Seitenstreifen als gliedernde und vernetzende Elemente und Lebensräume wichtige Funktionen für das Landschaftsbild und den Naturhaushalt erfüllen. Die Seitenstreifen werden mit Hecken bepflanzt oder als Blühstreifen mit regional heimischen Pflanzen gestaltet.

### **Grundsätze:**

1. Wege (Fahrbahnen) können sowohl monofunktional als auch multifunktional sein.
2. Die innere Erschließung von Feldblöcken fällt in der Regel in die Verantwortung der Landwirtschaft. Die Gemeinde kann allerdings grüne Feldwege als Bestandteil des Fuß- und Reitwegenetzes oder untergeordnete, asphaltierte Wirtschaftswege als Radwege unterhalten.
3. Für Radwege wird eine erhöhte Verkehrssicherungspflicht beachtet.
4. Radwege sind in der Regel entweder asphaltiert oder haben eine wassergebundene

Decke. Kürzere Abschnitte können auch auf grünen Feldwegen oder Waldwegen verlaufen.

5. Fuß- und Wanderwege sind in der Regel grüne Feldwege oder Waldwege. Es werden aber auch Wege mit wassergebundener Decke vorgehalten, die mit Kinderwagen oder Rollstuhl oder Fahrrad komfortabel nutzbar sind. Auch können kurze Abschnitte asphaltierter Wirtschafts- oder Radwege in das Netz eingebunden werden.
6. Fuß- und Wanderwege werden unter Beachtung von Naturschutzaspekten auch als schmale Pfade, z.B. entlang von Bächen und Gräben neu angelegt.
7. Die Gemeinde erlaubt Reitern weiterhin die Wegenutzung im Außenbereich; ausgenommen sind ausgewiesene Fahrradwege.
8. Wirtschaftswege sollen in der Regel frei von motorisiertem Durchgangsverkehr gehalten werden. Zweckmäßige Abkürzungen können in besonderen Einzelfällen ermöglicht werden. Für Radfahrer sollen die Wirtschaftswege in der Regel freigegeben werden.
9. Sofern es die Erreichung der Ziele erfordert, soll eine ländliche Bodenordnung vorgenommen werden (freiwilliger Flächentausch, Flurbereinigungsverfahren). Win-Win-Situationen sollen so geschaffen werden.
10. Bei grenzübergreifenden Wegen wird mit den Nachbarkommunen zusammengearbeitet.
11. Das Wegenetz wird so konzipiert, dass seine Unterhaltung nachhaltig sichergestellt werden kann. Benutzungsgebühren, KAG-Beiträge oder andere Modelle können in Betracht gezogen werden.
12. Wegerückbau wird bei entsprechender Beschlusslage möglichst über den Landschaftsplan (Landes- und Kreismittel) finanziert. Das gilt auch für die Errichtung von Fußgängerbrücken.
13. Das angestrebte Wegenetz wird nach und nach realisiert.

### **Kategorisierung von Wegen:**

Wir schlagen folgende Kategorien vor:

- A. Verbindungswege mit größerer Verkehrsbedeutung  
(asphaltiert, ganzjährig auch mit höheren Achslasten sowie von Fahrrädern und Bussen befahrbar)
- B. Verbindungswege mit geringerer Verkehrsbedeutung  
(asphaltiert, ganzjährige Befahrbarkeit mit höheren Achslasten nicht erforderlich, Radwege)
- C. Hauptwirtschaftswege  
(solider Unterbau, an Gerätschaften angepasste Fahrbahnbreite, asphaltiert oder geschottert, ganzjährig auch mit höheren Achslasten befahrbar, Radwege)
- D. Untergeordnete Wirtschaftswege  
(asphaltiert oder geschottert, ganzjährige Befahrbarkeit mit höheren Achslasten nicht

erforderlich, Radwege)

- E. Feldwege als Grünwege  
(unbefestigte oder leicht geschotterte Feldwege, die begeh- und bereitbar und mit Maschinen bei geeigneter Witterung befahrbar sind)
- F. Waldwege als Fahrwege (Haupt- bzw. Zubringerwege)  
(befestigte oder natürliche Wege, die i.d. R. ganzjährig befahren werden können)
- G. Waldwege als Rückewege  
(unbefestigte Wege, die von geländegängigen Maschinen befahren werden können)
- H. Radwege (Haupt- und Nebenrouten)  
(wassergebundene Decke oder asphaltiert, ganzjährig befahrbar)
- I. Fuß- und Radwege  
(wassergebundene Decke oder asphaltiert, ganzjährig auch mit Rollstuhl oder Kinderwagen befahrbar)
- J. Fuß- und Wanderwege  
(unbefestigte, natürlich feste oder leicht geschotterte Wege, die ggf. so oft gemäht werden - zumindest in einer Schnittbreite von 1 Meter - , dass sie ganzjährig begangen werden können)
- K. Wege, die für Reiter freigegeben sind

Über die Wegequerschnitte kann anhand des Skriptes diskutiert werden.  
Bei den Hauptwirtschaftswegen sollten die Fahrbahnen an die landwirtschaftlichen Gerätschaften angepasst werden. Bei den Wirtschafts- bzw. Verbindungswegen soll eine Begegnung von Traktor bzw. Pkw oder Bus und Fahrrad ermöglicht werden.

für die Fraktion

Bernhard Weber, 04.09.12

### **Anmerkungen zum Diskussionspapier:**

Papier dem WLV Welver zur Beratung zugeschickt: Resonanz unbekannt  
BPU am 07.11.12: minimale Resonanz

## Haushalt 2013

### **Heizenergieeinsparung im Lehrschwimmbecken**

1. Das Lehrschwimmbecken in Welper hat im Bereich Sport und Gesundheit einen hohen Stellenwert für die Gemeinde. Für Kinder und Jugendliche ist es zudem ein Ort der Begegnung. Der Energieverbrauch des Lehrschwimmbeckens ist im Bereich der Heizwärme erheblich. Im Jahr 2011 wurden etwa 450.000 kWh verbraucht. Damit sind erhebliche Kosten verbunden, außerdem hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen, die den Klimawandel beschleunigen.
2. Die Gemeinde Welper versieht das Lehrschwimmbecken zum Zweck der Isolierung mit einer speziellen aufrollbaren Thermo-Abdeckplane, z.B. mit einer sogenannten Mehrschichtfolie, die außerhalb der Betriebszeiten die Verdunstung reduziert und so bei der Raumluft- und Wasserheizung sowie bei der Entfeuchtung erhebliche Kosten einspart. Ebenfalls reduziert wird so der Chlorbedarf, was ebenfalls zu Einsparungen führt.
3. Für Anschaffung und Montage der Abdeckplane stellt die Gemeinde 35.000,- € in den Haushalt 2013 ein.

Welper, 20.11.12,     Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

#### **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 21.11.12: Antrag mit 16 : 10 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt

## Haushalt 2013

### **Barrierefreien Umbau des Bahnhofpunktes Welver**

1. Der öffentliche Personennahverkehr hat in Welver eine wichtige soziale und kulturelle Funktion. Dem Bahnhofpunkt Welver kommt dabei eine besonders große Bedeutung zu. Menschen mit Rollatoren oder Rollstühlen sowie viele Eltern mit Kinderwagen sind von diesem Mobilitätsangebot ausgeschlossen, weil sie den Mittelbahnsteig über die lange, steile Treppe nicht erreichen können. Ein barrierefreier Umbau des Bahnhofpunktes Welver ist deshalb für die Gemeinde Welver von höchster politischer Priorität.
2. Die Gemeinde Welver nimmt den barrierefreien Umbau des Bahnhofpunktes Welver im Jahr 2013 in Angriff. Die konkreten Planungen werden in Auftrag gegeben. Zu diesem Zwecke werden 200.000,- € in den Haushalt 2013 eingestellt.
3. Die Finanzierung des Umbaus kann nur durch eine erhebliche Inanspruchnahme öffentlicher Fördergelder, z.B. nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW, bewältigt werden. Der gegebenenfalls anfallende Eigenanteil der Gemeinde Welver soll durch die Aufnahme von Kassenkrediten finanziert werden. Hierbei ist ein jährlicher Schuldendienst für Tilgung und Zinsen in Höhe von 80.000,- € vorzusehen.
4. Die Mittel für den jährlichen Schuldendienst werden durch eine strengere Budgetierung im Bereich der Sach- und Dienstleistungen sowie der „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ aufgebracht. Die bisher vorgesehene Reduzierung von 4,5 % ab 2013 (siehe Haushaltssanierungsplan 2012 Nr. 12, Abs. 2) wird auf 7,0 % erhöht, was eine zusätzliche jährliche Einsparung von 80.000,- € bedeutet. Im Absatz 5 von Nr. 12 des Haushaltssanierungsplanes 2013 wird vor dem Wort „proportional“ das Wort „möglichst“ eingefügt.
5. Für den Fall, dass die Gemeinde weitere Einsparungen oder Erträge erzielt, soll in den Kreditverträgen die Möglichkeit einer beschleunigten Tilgung vorgesehen werden.

Welver, 21.11.12,

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

- Rat am 21.11.12: getrennte Abstimmung über die einzelnen Absätze:  
Ziff. 1: mit 16 : 12 Stimmen abgelehnt  
Ziff. 2: mit 16 : 2 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt  
Ziffern 3-5: mit 16 : 12 Stimmen abgelehnt

## **Erklärung zu dem geplanten Neubau von zwei Hähnchenmastställen zwischen Illingen und Scheidingen**

Welper ist eine Gemeinde bäuerlicher Landwirtschaft. Und das soll auch so bleiben! Es wird niemanden überraschen, dass unsere Grüne Ratsfraktion den geplanten industriellen Hähnchenmastanlagen ablehnend gegenüber steht. Im Folgenden werde ich einige politische und rechtliche Aspekte benennen, die für uns wichtig sind.

Wir möchten, dass Masttiere ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend untergebracht und gehalten werden. Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden dürfen ihnen nicht zugefügt werden. Wir gehen davon aus, dass das in einer industriellen Hähnchenmast, wo zeitweilig 20 gemästete Tiere auf einem Quadratmeter leben müssen, nicht gewährleistet ist. Werden Hähnchen hier überhaupt noch als Lebewesen betrachtet, oder nur noch als Ding? Das Wort „Tierproduktion“ spricht Bände. Bei 42.000 Tieren in einer Halle wird niemand merken, wenn Tiere krank werden oder sind. Ein Krankenstall zur individuellen Pflege ist nicht vorgesehen. Statt dessen werden unseres Wissens in solchen Anlagen oft prophylaktisch Antibiotika in geringen Dosen mit dem Trinkwasser verabreicht, was dazu führt, dass multiresistente Keime entstehen und in Umlauf kommen. Nach unserem Kenntnisstand geht die Wissenschaft davon aus, dass 5 bis 7 % der Multiresistenz-Problemfälle in der Humanmedizin auf die Tiermast zurückgeführt werden müssen.

Wir rechnen mit erheblichen und zahlreichen weiteren gesundheitlichen, biologisch-ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden rund um die geplanten Anlagen: Durch den zu erwartenden Gestank wird die Lebensqualität der betroffenen Wohngebiete deutlich beeinträchtigt werden. Wegen der Hauptwindrichtung werden das vor allem Meyerich und der Zentralort sein, wo doch eigentlich Zuzug generiert werden soll, aber auch Illingen und Scheidingen. Gebäude und Grundstücke werden an Wert verlieren. Besonders gravierend werden die Ammoniakemissionen sein. Asthma und andere allergische Reaktionen sind zu befürchten. Ebenso ein Baumsterben entlang der K 14 und am unter Schutz stehenden alten Bahndamm sowie selbst im Naturschutzgebiet Wälder rund um Welper, trotz der Entfernung. Das Gewerbegebiet Scheidingen, wo übrigens auch Menschen wohnen, wird deutlich an Attraktivität einbüßen. Es ist unser einziges größeres Gewerbegebiet. In den geplanten Mastanlagen sind gemäß der vorliegenden Unterlagen noch nicht einmal Filteranlagen vorgesehen.

Die Entwicklung der örtlichen Landwirtschaft würde durch den Industriebetrieb eingeschränkt werden, weil er die Emissionsgrenzen ausschöpfen und Bestandsschutz genießen wird.

Generell leidet die bäuerliche Landwirtschaft unter der starken Ausweitung der industriellen Landwirtschaft.

Das erhebliche touristische Entwicklungspotential Welpers würde ebenfalls geschmälert werden. Man bedenke nur, dass ein Radfahrer auf dem künftigen Alleenradweg Unna - Welper erst an einem Gewerbegebiet vorbei und dann gleich auf eine womöglich stinkende Hähnchenmastanlage zuführe. Was für ein erster Eindruck der Gemeinde Welper!

Als ein weiteres fast unlösbares Problem der geplanten Mastanlagen sehen wir den Brandschutz an. Die Tiere sollen auf einer Strohschicht gehalten werden. Eine räumliche Unterteilung ist nicht vorgesehen. Im Falle eines Falles wird sich ein Feuer rasendschnell ausbreiten. Welche Feuerwehr soll das dann eindämmen? Müsste unsere Feuerwehr teuer aufgerüstet werden? Und vor allem: Wie sollte es gelingen, sämtliche 42.000 Vögel, die bei einem Brand schnell in Panik geraten, innerhalb von 10 Minuten aus der brennenden Halle zu befördern?

Und wie sieht es mit dem Verkehr aus? Die Mastanlagen werden Schwerlastverkehr nach sich ziehen. Die K 14 ist abschnittsweise recht schmal. Es wird die Gefahr von Kollisionen geben. Auf dem Weg zur A 2 werden die Laster über die Straße „Am Bierbäumchen“ fahren. Diese Gewerbestraße haben wir gerade oberflächlich erneuert. Durch die zusätzliche Belastung ist zu befürchten, dass bald wieder Schäden auftreten werden und wir diesmal vor einer fundierten und teuren Straßenerneuerung stehen. Wie sollten wir das bezahlen?

Ein mögliches Problem sind Umweltschäden durch Abwasser oder Gülleausbringung. Gewässer oder das Grundwasser könnten verschmutzt werden. Biotope könnten geschädigt werden. Es reicht nicht aus, wenn zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Anlage Gülleabnahmeverträge mit ausreichenden Flächen vorliegen, wie viele Betreiber meinen. Die Betreiber von Massentierhaltungsanlagen müssen von Gülleabnehmern einen langfristigen und qualifizierten Nachweis der Tauglichkeit der Flächen verlangen, wenn sie ihrer Pflicht zu umweltverträglicher Verwertung von Abfällen nachkommen wollen. Auch muss in den Abnahmeverträgen geregelt sein, wie und wann die Gülle ausgebracht werden kann. Hier liegt Gefährdungs- und Konfliktpotential.

Nach all den Befürchtungen und Bedenken gibt es aber auch Positives zu vermelden: Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in einem Beschluss vom 29.11.2005 die Rechte von Gemeinden gegenüber Vorhaben im Außenbereich erheblich gestärkt. In allen Fällen, in denen die Gemeinden über § 36 BauGB bei der Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich um ihr Einvernehmen ersucht werden müssen, können diese sich nunmehr auf alle in § 35 BauGB geregelten Belange berufen, ohne dass es hierfür einer konkreten entgegenstehenden Planung der Gemeinde bedarf. Das ist geltende Rechtsprechung. In unserem Falle hätte die Gemeinde gegenüber dem Kreis Soest als Genehmigungsbehörde ein Mitentscheidungsrecht. Will die Gemeinde Welper das Einvernehmen versagen, hat sie eine verbesserte Rechtsposition.

Wir hoffen, dass der Investor sein Vorhaben zurückzieht, und dass andernfalls der Widerstand ausreichen wird, das Vorhaben zu verhindern.

Welper, 13.02.13

### **Anmerkung zu der Erklärung:**

BPU am 13.02.13: Erklärung war ein wichtiger Diskussionsbeitrag.



# Ahse-Projekt Lebendige Bördebäche

## Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Rat, gegenüber dem Kreis Soest Folgendes zu erklären:

**an** „Die Gemeinde Welper erkennt das Ahse-Projekt „Lebendige Bördebäche“ als geeigneten Umsetzungsfahrplan zur Erfüllung der Wasserrahmenrichtlinie und ist mit den dargestellten Maßnahmen einverstanden.

**Die Gemeinde wird im Rahmen ihrer Zuständigkeit Maßnahmen des Ahse-Projektes umsetzen, sofern diese mit Landesmitteln gefördert werden und sofern zur Finanzierung des verbleibenden Eigenanteils sowie der nicht-förderfähigen Kosten weitere Drittmittel gewonnen, Eigenleistungen erbracht oder Haushaltsmittel bereitgestellt werden können. Solche Drittmittel können zum Beispiel Ersatzgelder für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Gemeindegebiet Welper sein. Maßnahmen des Ahse-Projektes können frühestens 2014 begonnen werden.’**

## Begründung:

Wie in der Sachdarstellung ausgeführt, sind die Träger der Gewässerunterhaltung zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet. Alle Gewässer sind innerhalb eines gewissen Zeitrahmens in einen ökologisch guten Zustand zu versetzen. Die Gemeinde Welper hat dabei ihre prekäre Haushaltslage zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass sie versuchen muss, die Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich möglichst über Drittmittel und - falls noch nötig - über Eigenleistungen zu finanzieren. Es könnte geprüft werden, ob beispielsweise der Wasser- und Bodenverband oder der Angelverein an einer Beteiligung interessiert sind, oder ob eine Beschäftigungsinitiative in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit in Betracht kommt. Der Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel sollte möglichst vermieden werden. Nicht zulässig und der hohen Bedeutung der Wasserrahmenrichtlinie nicht gerecht werdend wäre es aber, wie im Beschluss der Verwaltung, jeglichen Eigenbeitrag völlig auszuschließen.

Welper, 12.02.2013

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

## **Anmerkungen zum Antrag:**

BPU am 13.02.13: Antrag als Tischvorlage mit 14 : 1 Stimmen abgelehnt

HFA am 06.03.13: Antrag mit 15 : 1 Stimmen abgelehnt

Rat am 30.03.13: Antrag mit 24 : 2 Stimmen abgelehnt

## **Zuständigkeitsordnung - Gewerbliche Tiermastanlagen und Anlagen zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten**

Der Punkt 1 - beratende Zuständigkeit - erhält zusätzlichen Unterpunkt t :

1 t) Baumaßnahmen für gewerbliche Tiermastanlagen sowie für Anlagen zur Aufsuchung oder

Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten

Der Unterpunkt b des Punktes 2 - entscheidende Zuständigkeit - erhält folgende Neufassung:

2 b) Bauanträge und Bauvoranfragen von besonderer städtebaulicher Bedeutung mit

Ausnahme von Bauanträgen und Bauvoranfragen für Anlagen der gewerblichen Tiermast sowie für Anlagen zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten, für die jeweils der Rat der Gemeinde zuständig ist. ‘

Welter, 19.02.13      Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkungen zum Antrag:**

HFA am 06.03.13:      Antrag mit 9 : 7 Stimmen abgelehnt

Rat am 20.03.13:      Antrag mit 16 : 10 Stimmen abgelehnt

## ABK der Gemeinde Welper

1.

Der Rat der Gemeinde Welper beauftragt die Verwaltung, einen Entwurf für ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Abwasserbeseitigungskonzept hinsichtlich der Dörfer Berwicke, Stocklarn, Klotingen und Einecke zu erstellen, das sich im Einklang mit dem Landeswassergesetz NRW und dem Urteil des OVG für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12.03.2013 befindet.

2.

Der Rat der Gemeinde Welper beauftragt die Verwaltung, mit der Bezirksregierung Arnsberg Sondierungsgespräche aufzunehmen, um zu ermitteln, ob erstens Grundstückseigentümer der Dörfer Berwicke, Stocklarn, Klotingen und Einecke, die Kleinkläranlagen nach dem Stand der Technik betreiben, für die Dauer der Funktionstüchtigkeit und -sicherheit dieser Anlagen, längstens aber bis Ende 2021, vom Anschluss- und Benutzungszwang freigestellt werden können, ohne dass die Beitragspflicht selbst davon berührt würde, und ob zweitens die Kanalanschlussbeiträge bis zum tatsächlichen Anschluss der jeweiligen Grundstücke an die öffentliche Abwasseranlage gestundet werden können, um die finanzielle Belastung der Grundstückseigentümer in Grenzen zu halten.'

Welper, 23.04.13

gez. Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

### **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 24.04.13:

Antrag als Tischvorlage (beide Punkte getrennt) mit je  
26 : 2 Stimmen abgelehnt

# Fracking-Resolution an den Deutschen Bundestag

## Antrag:

Der Rat der Gemeinde Welver beauftragt Bürgermeister Teimann, die folgende Resolution an das Präsidium des Deutschen Bundestages mit der Bitte um Weiterleitung in die Bundestagsfraktionen zu schicken:

1. Für das vollständige Gebiet der Gemeinde Welver im Kreis Soest wurden Erlaubnisse zur Aufsuchung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten erteilt. Die Gemeinde Welver liegt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten.
2. Der Rat der Gemeinde Welver betrachtet die aktuellen politischen Erörterungen zum möglichen Einsatz der Fracking-Methode mit Misstrauen und macht sich Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung der Gemeinde Welver und um die Entwicklungschancen unserer Gemeinde.  
Der Rat befürchtet, dass gerade Welver als ländliche Flächengemeinde außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten besonders vom Einsatz der Fracking-Methode betroffen und schließlich auf Generationen hinaus geschädigt sein wird.
3. Das vom NRW-Landes-Umweltministerium in Auftrag gegebene „Gutachten mit Risikostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Nordrhein-Westfalen und deren Auswirkungen auf den Naturhaushalt insbesondere die öffentliche Trinkwasserversorgung“ vom September 2012 lässt für den Gemeinderat nur den Schluss zu, dass die Fracking-Methode generell, das heißt, nicht nur in Trinkwasserschutzgebieten verboten werden muss. Es wird sonst nur eine Frage der Zeit sein, wann die vielfältigen und wassergefährdenden Zusätze der Fracking-Flüssigkeit bzw. Inhaltstoffe des Lagerstättenwassers über Rohr-Leckagen und geologische Wegsamkeiten unbemerkt in das Welveraner Grundwasser - und damit in potenzielles Trinkwasser - dringen werden. Entsprechende Schäden können unumkehrbar sein, weshalb der Rat die Fracking-Methode für hochriskant hält.
4. Der Rat der Gemeinde Welver fordert den Deutschen Bundestag auf, in Umsetzung des Artikels 20a des Grundgesetzes (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen) ein Gesetz zum generellen Fracking-Verbot in Deutschland zu verabschieden.

Welver, den 15.10.2013

Bernhard Weber

## **Anmerkung zum Antrag:**

Rat am 27.11.13: Antrag mit 13 : 13 Stimmen abgelehnt

# 1. Haushaltsrede zum Haushalt 2014

## - Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen, wert Gäste!

Herr Rotering hat in der letzten Ratssitzung dargestellt, dass die Gemeinde Welper erhebliche strukturelle Haushaltsprobleme hat, die außer über massive Steuererhöhungen nicht gelöst werden könnten, wenn nicht noch Hilfe von Land und Bund kommt.

Die Zwischenzeit war zu kurz, um schon detailliert auf die Zahlen des Haushaltsentwurfes einzugehen. Das muss dann in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

Dennoch möchte ich die heutige Haushaltsdebatte nutzen, um von Grüner Seite die wichtigen Themen der vor uns liegenden Zeit abzustecken und erste Signale für eine Gesamtbewertung des Entwurfes zu geben.

Durch die zu erwartenden Einsparungen durch die Widmung von Abwasseranlagen, den Verkauf von Spielplatzflächen sowie den Verkauf des Wohnheims Eilmsen wird ein Spielraum für wichtige Investitionen oder Aufwendungen erkennbar.

Nun einige Themen, die aus Grüner Sicht für die Gemeindeentwicklung von großer Bedeutung sind:

- Welper braucht Spielplätze, die ihren Namen auch verdienen und die zu Kreativität anregen. Darunter sollten auch Mehrgenerationenspielplätze sein.
- Was die Grundschullandschaft betrifft, stehen wir weiter zu den beiden Standorten Welper und Borgeln - ungeachtet der Frage nach Eigenständigkeit oder Dependance in Borgeln. Die für 2014 avisierten Baumaßnahmen an der Grundschule Borgeln sollen jetzt auch umgesetzt und nicht um ein weiteres Jahr verschoben werden.
- Als Gemeinde des ländlichen Raumes brauchen wir eine Aufwertung des Außenbereiches durch eine ökologische Aufwertung der Landschaft und durch die Entwicklung eines attraktiven Fuß-, Rad- und Reitwegenetzes. Weitere Zersiedelung der Landschaft wie zuletzt in Schwefe beschlossen, darf es nicht mehr geben.
- Auch die Entwicklung des Zentralortes ist weiter von großer Bedeutung. Anstatt auf verkorkste Investorenprojekte zu setzen, sollte die Gemeinde erstmal dafür sorgen, dass der Hemmschuh Raiffeisengebäude abgerissen wird. Die jüngste Baugesetznovelle könnte der Gemeinde dabei helfen, die Schrottimobilie kostengünstig loszuwerden. Unsere Fraktion hat dazu einen TOP für die nächste BPU-Sitzung beantragt.
- Der behindertengerechte Umbau des Bahnhaltepunktes Welper ist uns auch weiterhin sehr wichtig, auch wenn daraus in diesen Wochen kein konkreter politischer Vorstoß unserer Fraktion folgt.
- Last but not least möchte ich einen sozialpolitischen Punkt ansprechen, der unserer Fraktion sehr am Herzen liegt. Es geht um die Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen im Gemeindegebiet. Die bisherige Unterbringung im Wohnheim Eilmsen ist aus verschiedenen Gründen ungeeignet. Da waren sich alle Fraktionen im Dezember 2010 noch einig. Es sollte eine dezentrale Unterbringung, z.B. im Mietwohnungen erfolgen - vor allem in den Hauptdörfern -, und das Wohnheim Eilmsen verkauft werden. Das ist auch weiterhin die Auffassung unserer Fraktion. Es gibt freien Wohnraum im Gemeindegebiet. Ergänzend könnten auch Wohnpavillone gekauft oder gemietet werden. Jetzt im Wohnheim Eilmsen teure Brandschutzmaßnahmen zu ergreifen - allein für Block I geschätzte 65.000 € - und somit eine falsche Politik zu zementieren, wäre grundfalsch und würde von unserer Fraktion keineswegs mitgetragen werden. Wir wollen zu diesem Thema einen eigenen Antrag in den nächsten Sozialausschuss einbringen.

In der kommenden Ratssitzung wollen wir noch konkreter werden hinsichtlich unserer gewünschten Investitionen und Aufwendungen und der dazugehörigen Deckungsvorschläge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bernhard Weber, 16.10.2013

**Anmerkung zur Rede:**  
gehalten am 26.10.13 im HFA

## Abriss des Raiffeisengebäudes

Das leerstehende Raiffeisengebäude ist ein Schandfleck für Welper. Die Schrottimmoblie blockiert zugleich eine sinnvolle Entwicklung des Zentralortes.

In den letzten Jahren wird von Seiten der Verwaltung und der Ratsmehrheit versucht, durch Investorenprojekte eine Entwicklung zu erreichen, allerdings eine, die wir bekanntlich aus verschiedenen Gründen ablehnen - was hier nicht weiter vertieft werden soll.

Fakt ist jedenfalls, dass das Raiffeisengebäude seit langem jeglicher städtebaulichen Entwicklung im Wege steht. Das Gebäude sollte so schnell wie möglich verschwinden und für die Mobilfunkanlagen, die noch auf dem Gebäude montiert sind, eine Alternativlösung gefunden werden.

Die jüngste Novelle des Baugesetzbuches könnte der Gemeinde Welper nun sehr hilfreich sein, denn sie zielt darauf ab, Gemeinden bei der Beseitigung von Schrottimmobilien zu helfen. Im § 179 BauGB (Rückbau- und Entsiegelungsgebot) heißt es nun zu den Kosten (Abs.4): **„Im Falle des Absatzes 1 Nr. 2 sind die Beseitigungskosten vom Eigentümer bis zur Höhe der ihm durch die Beseitigung entstehenden Vermögensvorteile zu tragen. Der Kostenerstattungsbetrag kann durch Bescheid geltend gemacht werden, sobald die bauliche Anlage ganz oder teilweise beseitigt ist. Der Betrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.“**

Der Gemeinde Welper blieben vermutlich nur geringe oder gar keine Restkosten - wenn die Mobilfunkanlagen nicht wären.

Wir beantragen nun, dass der Punkt „Abriss des Raiffeisengebäudes“ als gesonderter Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 13.11.13 gesetzt wird. Wir wollen beraten, ob ein zügiger Abriss nun eingeleitet werden kann und soll, und wie das mögliche Problem mit den Mobilfunkanlagen gelöst werden könnte. Es wäre hilfreich, wenn die Verwaltung bereits im Vorfeld sachdienliche Hinweise ermitteln würde. Andernfalls könnte der BPU die Verwaltung entsprechend beauftragen.

Welper, 15.10.13

Bernhard Weber

### **Anmerkungen zur Beratungsgrundlage:**

BPU am 13.11.13: Die Verwaltung hat ermittelt, dass das

## **Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welver**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose umgehend dezentral im Gemeindegebiet unterzubringen - ohne weitere Berücksichtigung des Wohnheims Eilmsen. Die Verwaltung soll die Betroffenen dabei vorrangig in anderen kommunalen Gebäuden oder sonst in freiem Mietwohnraum unterbringen.
2. Sofern auf diesem Wege keine kurzfristige und vollständige Unterbringung gelingt, wird die Verwaltung beauftragt, einen oder mehrere Wohnpavillone zu kaufen, die zum Zwecke der restlichen Unterbringung auf geeigneten, kommunalen Standorten aufgestellt werden.  
Der Deckungsbeitrag für die Investitionen wird durch einen Teil der Erlöse von Grundstücks- und Immobilienverkäufen erzielt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Reste des Wohnheims Eilmsen (Blöcke 1 und 2) umgehend zu veräußern.  
Brandschutzmaßnahmen werden an den Objekten nicht mehr vorgenommen.

Welver, 29.10.13, Bernhard Weber

### **Begründung:**

Das Wohnheim Eilmsen ist zur Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen weder geeignet, noch notwendig. Nicht geeignet, weil eine zentrale, d.h. kompakte Unterbringung an einem Ort, wie bisher, Konflikte und unerwünschte Verhaltensweisen fördert, aber eine gewünschte Integration behindert. Außerdem sind Geschäfte, Ärzte u.a. Infrastruktur für die Betroffenen fußläufig kaum erreichbar, vor allem im Winter. Nicht notwendig, weil es im Gemeindegebiet andere kommunale Gebäude sowie freien Wohnraum gibt, der kostengünstiger angemietet werden könnte. Alle Fraktionen waren sich einig, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden sollten. Auch Wohnpavillone auf günstigen Standorten wären für die Betroffenen eine große Verbesserung zur jetzigen Situation.  
Aufgrund der Brandschutzproblematik in Eilmsen muss jetzt schnell und effektiv gehandelt werden.

### **Anmerkung zum Antrag:**

BSS am 20.11.13: Antrag wegen offenbar ausbleibender Unterstützung mit Verweis auf die Haushaltberatungen

## **Kinderspielplätze in der Gemeinde Welver - Neuordnung und Vermarktung gemeindeeigener Grundstücke**



## **Einzelanträge:**

1. Der Ausschuss für Bildung, Schule und Soziales empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, das gemeindeeigene Grundstück „Grünfläche Zur Grünen Aue“ in Meyerich, Flurstück 998, 2.059 qm, über ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren nach § 13

BauGB

in eine Baulandfläche umzuwandeln, und das dann bebaubare Grundstück einer Vermarktung zuzuführen.

(Begründung: Das Grundstück hat sich als verzichtbar erwiesen und sollte als Top-Filetstück Welvers zum Zwecke der Wohnbebauung veräußert werden. Der Verkaufserlös könnte z.B. für eine Verbesserung der Spielplatzsituation, für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen oder andere wichtige Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden.)

2. Der Ausschuss für Bildung, Schule und Soziales empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, den gemeindeeigenen Spielplatz „Im Bruch“ in Meyerich, Flurstück 776, 616 qm, über ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren nach § 13 BauGB in eine Baulandfläche umzuwandeln, und das dann bebaubare Grundstück einer Vermarktung zuzuführen.

(Begründung: Das Grundstück käme vom Zuschnitt her für einen guten Spielplatz in Betracht. Es gibt aus unserer Sicht aber ein noch besser geeignetes Grundstück.)

3. Der Ausschuss für Bildung, Schule und Soziales empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die gemeindeeigene Spielplatzfläche „Ostbusch“ in Meyerich, Flurstück 443, 268 qm, über ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren nach § 13 BauGB in eine Baulandfläche umzuwandeln, und das dann bebaubare Grundstück einer Vermarktung zuzuführen.

4. Der Ausschuss für Bildung, Schule und Soziales empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die gemeindeeigene Spielplatzfläche Schwefe „Zur Rotbuche“ in Schwefe, Flurstück 214, 571 qm, über ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren nach § 13 BauGB in eine Baulandfläche umzuwandeln, und das dann bebaubare Grundstück einer Vermarktung zuzuführen, sofern sichergestellt ist, dass der solitäre Baum (Blutbuche) im Bereich der südlichen Flurstücksgrenze dieser Fläche erhalten bleibt.

Welver, 05.11.13

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

## **Anmerkung zu den Anträgen:**

BSS am 20.11.13: Der ganze Punkt wurde von der Tagesordnung

## **2. Haushaltsrede zum Haushalt 2014**

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen, wert Gäste!

Die Haushaltslage der Gemeinde Welper ist weiter angespannt. Die Rahmenbedingungen schlecht.

Nach den schmerzhaften Sparbeschlüssen des letzten Jahres sind weitere strukturelle Verbesserungen im Haushalt durch regelmäßige Einsparungen zwar denkbar, z.B.

- durch energetische Gebäudesanierung,
- durch Investitionen zum Zweck einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen
- oder im Bereich der Bürgermeisterkanäle - Stichwort Widmung.

So richtig und wichtig solche Schritte sein werden, sie werden unser strukturelles Haushaltsproblem bei weitem nicht lösen. (Andere Fraktionen mögen noch andere Vorschläge einbringen.)

Aus heutiger Sicht ist es deshalb richtig, die Bevölkerung darauf einzustimmen, dass ab spätestens 2016 die Steuern noch einmal erheblich steigen werden, es sei denn, es kommen noch unerwartete Hilfen von Bund oder Land.

Trotz der schlechten Haushaltslage dürfen wir die Lebensqualität in Welper nicht aus den Augen verlieren. Es gibt Mängel, die die Attraktivität Welpers schmälern und möglichst schnell behoben werden sollten:

- Es gibt beispielsweise keinen pädagogisch wertvollen Spielplatz in Welper.
- Es gibt kaum öffentlichen Personennahverkehr.
- Es gibt trotz ländlicher Prägung der Gemeinde Nachbardörfer ohne sicheren verbindenden Fuß,- Reit- oder Radweg.
- Vom nicht barrierefreien Bahnhaltelpunkt Welper sind weiterhin viele Menschen ausgegrenzt.

Nun wissen die Menschen bei aller Kritik, dass Politiker nicht zaubern können.

Verbesserungen in den besagten Bereichen können nur durch außerordentliche Einnahmen gerechtfertigt werden. Da solche einmaligen Einnahmen im kommenden Jahr ins Haus stehen, hat unsere Grüne Fraktion Anträge vorgelegt, auf die ich im weiteren Verlauf der Sitzung noch einzeln eingehen werde.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie uns am Ende der Legislaturperiode einmal auf Volkes Stimme hören:

Das Kernproblem der Gemeinde Welper sind demnach nicht nur die fehlenden finanziellen Mittel, sondern auch das fehlende Miteinander im Gemeinderat.

Wenn der Gemeinderat künftig konzeptionell gut zusammenarbeitet,

- beispielsweise für pädagogisch gute Spielplätze,
- für eine menschlichere und kostengünstigere Unterbringung von Flüchtlingen,
- für Klimaschutz oder bessere Mobilität -

werden wir schrittweise Erfolge erzielen und so trotz schwieriger Haushaltslage die Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen verbessern können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender, 27.11.2013

### **Anmerkung zur Rede:**

gehalten am 27.11.13 im Rat

## **Haushalt 2014 bzw. Punkt HSP Nr. 14 - Veränderung des Maßnahmenprogramms**

Einzelanträge vom 27.11.13

### **Verkaufserlöse Spielplatz- und Grünflächen**

1. Die Gemeinde Welper veräußert gemeindeeigene Spielplatz- bzw. Grünflächen. Wegen der zu erwartenden Verkaufserlöse werden Einnahmen in Höhe von insgesamt 170.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt.

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

Vorläuferanträge waren noch von 280.000 € bzw. 220.000 € ausgegangen.

Rat am 27.11.13: Antrag mit 24 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Verkaufserlöse Wohnheim Eilmsen**

2. Die Gemeinde Welper veräußert die Reste des Wohnheims Eilmsen (Blöcke 1 und 2). Wegen des zu erwartenden Verkaufserlöses werden Einnahmen in Höhe von 300.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt.

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

Rat am 27.11.13: Antrag mit 24 : 2 Stimmen abgelehnt

### **Neugestaltung von Spielplätzen**

3. Die sonstige Maßnahme „Neue Spielgeräte für Spielplätze“ wird ersetzt durch die Maßnahme „Neugestaltung von Spielplätzen“. In den Haushalt 2014 werden dafür 130.000 € eingestellt. Die Haushaltsdeckung erfolgt über einen Teil der zu erwartenden Einnahmen aus dem Verkauf von gemeindeeigenen Spielplatz- bzw. Grünflächen. Bis zur Realisierung der Einnahmen wird die Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen.

(Begründung: Ein Weiter-wie-bisher sollte in der Spielplatzgestaltung nicht mehr in Frage kommen. Die meisten Spielplätze in Welper sind wenig spielfreundlich, nicht die Kreativität anregend und bevorzugen überwiegend monotone Bewegungsabfolgen. Hier helfen die wenigen vorhandenen Spielgeräte nicht weiter. Welper braucht attraktive Spielflächen, die ihren Namen verdienen, indem sie zu kreativem Tun und zu unterschiedlichen Rollenspielen animieren. Auch sollten die Spielflächen mehrere Generationen einbinden. Auf der Basis eines noch zu erstellenden Konzeptes soll 2014 der Anfang gemacht werden. Mit dem vorgesehenen Betrag ließe sich einiges verwirklichen. Der Erlös aus dem Verkauf alter Spielplatzflächen zum Zweck von Wohnbebauung sollte zu einem großen Teil dem Spielplatzbereich erhalten bleiben.)

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

Vorläuferantrag ohne „Sperrvermerk“ den Fraktionen am 06.11.13 zugegangen

Rat am 27.11.13: Antrag mit 15 : 11 Stimmen abgelehnt

### **Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen in Welper**

4. Alle Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose werden umgehend so weit wie möglich in anderen kommunalen Gebäuden oder in freiem Mietwohnraum sowie - falls notwendig - ergänzend in gekauften Wohnpavillonen untergebracht.

Für die Anschaffung von Wohnpavillonen werden 60.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt. Der Deckungsbeitrag wird aus einem Teil der zu erwartenden Erlöse aus Grundstücks- und Immobilienverkäufen erzielt.

Das Wohnheim Eilmsen wird gezielt zum Verkauf angeboten. Bis zum erfolgten Verkauf werden die Betriebskosten erheblich sinken, was zu deutlichen Einsparungen führen wird. Die vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen am Wohnheim Eilmsen werden nicht mehr vorgenommen, sondern im Maßnahmenprogramm gestrichen, und so weitere 65.000 € eingespart.

(Begründung: Das Wohnheim Eilmsen ist zur Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen weder geeignet, noch notwendig. Nicht geeignet, weil eine zentrale Unterbringung wie bisher Konflikte und unerwünschte Verhaltensweisen fördert und eine gewünschte Integration behindert. Außerdem sind Geschäfte, Ärzte u.a. Infrastruktur für die Betroffenen fußläufig kaum erreichbar, vor allem im Winter. Nicht notwendig, weil es im Gemeindegebiet andere kommunale Gebäude sowie freien Wohnraum gibt, der kostengünstiger angemietet werden könnte. Alle Fraktionen waren sich einig, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden sollten. Wohnpavillone auf günstigen Standorten wären für die Betroffenen eine große Verbesserung zur jetzigen Situation.)

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

Antrag den Fraktionen bereits am 06.11.13 bekannt gegeben

Rat am 27.11.13: eingeräumt, dass eine kurzfristige Umsetzung der Umzüge

### **Baumaßnahmen „Sanierung Klinkerfassade Süd“, „Sanierung Fluchttreppen“ und „Sonnenschutz Südfassade“ an der Grundschule Borgeln**

5. Die Baumaßnahmen „Sanierung Klinkerfassade Süd“, „Sanierung Fluchttreppen“ und „Sonnenschutz Südfassade“ an der Grundschule Borgeln werden in den Jahren 2014 und 2015 durchgeführt. Für 2014 werden entsprechend 63.500 € in den Haushalt eingestellt. Der Verzicht auf die Brandschutzmaßnahmen im Wohnheim Eilmsen sorgt 2014 für den notwendigen Deckungsbeitrag.

(Begründung: Im Rahmen der Haushaltsentscheidungen 2012 hat der Rat den bedingten Erhalt einer eigenständigen Grundschule Borgeln beschlossen, die genannten notwendigen Baumaßnahmen aber um zwei Jahre auf die Jahre 2014/15 geschoben. Sie jetzt noch einmal um ein weiteres Jahr zu schieben, kommt für uns nicht in Frage. Es entstünde nämlich der Eindruck, wir hätten die Schule aufgegeben oder wollten sie sogar so schnell wie möglich schließen.)

#### **Anmerkungen zum Antrag:**

Rat am 27.11.13: Da mit Antrag 4 auch der Deckungsbeitrag weggebrochen

### **Anschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges**

6. Für die Anschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges werden 50.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt. Der notwendige Deckungsbeitrag wird durch einen Teil der Erlöse aus

dem Verkauf des Wohnheims Eilmsen erzielt. Bis zur Realisierung der Einnahmen wird die Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen.

(Begründung: Mobilität ist heutzutage ein Standortfaktor erster Güte. Der öffentliche Nahverkehr ist in Welper aus wirtschaftlichen Gründen unzureichend, was besonders ältere und junge Menschen ohne Kraftfahrzeug spüren. Ein Bürgerbus wäre deshalb für Welper eine großartige Sache. Im 2. Halbjahr 2014 könnte die Situation eintreten, dass die fachliche Prüfung die Einrichtung von Bürgerbuslinien empfiehlt und dass ausreichend ehrenamtliche Fahrer/innen gewonnen wurden. Dann könnte das Projekt Bürgerbus durch die Anschaffung des notwendigen Fahrzeuges einen wichtigen Schub erhalten. Die eigene Anschaffung ermöglichte auch eine Verwendung des Fahrzeuges für andere Zwecke. Die Anschaffung durch ein Verkehrsunternehmen, gefördert mit Landesmitteln, wäre für die Gemeinde natürlich kostengünstiger. Uns geht es heute nicht um eine diesbezügliche Vorentscheidung, sondern um einen finanziellen Vorratsbeschluss.)

### **Anmerkungen zum Antrag:**

Vorläuferantrag ohne „Sperrvermerk“ den Fraktionen bereits am 06.11.13 bekannt gegeben

Rat am 27.11.13: Antrag mit 24 : 2 Stimmen abgelehnt

## **Lückenschlüsse für sichere Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Dörfern**

7. Zur Schaffung von sicheren Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen Dörfern sollen Lückenschlüsse erfolgen. Zu diesem Zweck tauscht oder erwirbt die Gemeinde Welper Grundstücke. Für einen möglichen Erwerb von Grundstücken werden 15.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt. Der Deckungsbeitrag wird durch einen Teil der zu erwartenden Erlöse aus Grundstücks- und Immobilienverkäufen erzielt. Bis zur Realisierung dieser Einnahmen wird die Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen.

(Begründung: Unseren Antrag zum Mühlenweg zwischen Borgeler Mühle und Berwicker Mühle haben wir zurückgezogen, weil die Initiativegruppe des BUND Welper ermittelt hatte, dass die Untere Landschaftsbehörde das Projekt so nicht mittragen würde. Die Vorstellung eines Fußweges in enger Anlehnung an den Verlauf des Soestbaches von der Soester Altstadt bis zur Mündung in die Ahse bei Hacheney bzw. bis zur Natelner Gaststätte sollte als mögliches Leuchtturmprojekt aber später durchaus nochmal beraten werden. Was aber heute schon auf den Weg gebracht werden sollte, sind kleinere Lückenschlüsse im Fuß- und Radwegenetz, um sichere Verbindungen zwischen Dörfern zu ermöglichen.)

### **Anmerkungen zum Antrag:**

Der Vorläuferantrag, der den Fraktionen am 06.11.13 zugegangen war, hatte noch einen grünen Fußweg zwischen Borgeler Mühle und Berwicker Mühle angestrebt (Mühlenweg).

Rat am 27.11.13: Verweis des Antrags in den nächsten BPU

## **Fußgängerbrücke über den Soestbach beim Borgeler Pumpenhäuschen**

8. Im Bereich des Pumpwerkes Borgeln soll eine Fußgängerbrücke über den Soestbach errichtet werden. Beiderseits der Brücke werden außerdem Grundstücke getauscht oder erworben, um die bereits bestehenden Wirtschaftswege durch einen schmalen, grünen

Fußweg verbinden zu können. Auf diese Weise wird eine sichere Fußwegverbindung von Borgeln nach Schwefe bzw. nach Einecke und Eineckerholsen geschaffen. Für diese Maßnahme werden 25.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt. Der Deckungsbeitrag wird durch einen Teil der zu erwartenden Erlöse aus Grundstücks- und Immobilienverkäufen erzielt. Bis zur Realisierung der Einnahmen wird die Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen.

(Begründung: Es gibt zwischen den Hauptdörfern Borgeln und Schwefe bzw. Borgeln und Einecke keine Fußwege außer auf den engen, stark befahrenen Kreisstraßen. Parallel zur K 7 laufen Wirtschaftswege, die aber durch den Soestbach unterbrochen werden. Eine Soestbachquerung an der Pumpstation wäre strategisch günstig, weil von hier aus gute Fußwege Richtung Schwefe, Eineckerholsen und Einecke ermöglicht würden.

**Anmerkungen zum Antrag:**

Antrag den Fraktionen bereits am 06.11.13 bekannt gegeben

Rat am 27.11.13: Antrag in den nächsten BPU verwiesen

# **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Gemeinde Welper für den Zeitraum 2012-2017**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BG und Bündnis 90 / Die Grünen  
im Rat der Gemeinde Welper:

1. a.) Die Sonderentwässerungsgebiete Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn werden mittelfristig in Form von Druckentwässerungsnetzen mittels Druckrohrleitungen und Hauspumpstationen entwässert und so an die zentrale Abwasserbeseitigung angeschlossen.
  - b.) Die Planungen der Abwasseranlagen für die Sonderentwässerungsgebiete werden noch innerhalb der Geltungsdauer der Fortschreibung des ABK für 2012 – 2017 durchgeführt und konkret für 2017 festgesetzt.
  - c.) Die Errichtungen der Abwasseranlagen für die Sonderentwässerungsgebiete erfolgen dann innerhalb der Geltungsdauer der nächsten Fortschreibung des ABK für 2018 – 2023 und sind im Zuge des nächsten Fortschreibungsprozesses konkret festzusetzen.
2. Der Rat beschließt das von der Verwaltung als Entwurf vorgelegte ABK unter Berücksichtigung des ersten Beschlussteils. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlussgemäßen Änderungen in das ABK aufzunehmen und das ABK der Bezirksregierung fristgerecht zur Genehmigung vorzulegen.

Welper, 27.11.13

Wolfgang Daube

Fraktionsvorsitzender

Jürgen Dahlhoff

Fraktionsvorsitzender

Bernhard Weber

Fraktionsvorsitzender

(Grüne Begründung und Anmerkung siehe nächste Seite)

## Grüner Vorläuferantrag vom 26.11.13

„Der Rat der Gemeinde Welper beschließt das als Entwurf vorliegende Abwasserbeseitigungskonzept mit den vorgestellten Änderungen, abgewandelt dadurch, dass alle Maßnahmen, die sich auf die Kanalisierung der Ortsteile Berwicke, Stocklarn, Klotingen und Einecke beziehen (Planung und Bau) um zwei Jahre verschoben werden, als fortgeschriebenes Abwasserbeseitigungskonzept der Gemeinde Welper für den Zeitraum 2012 - 2017.“

Welper, 26.11.13

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

## **Anmerkung zum Vorläuferantrag:**

Fand Eingang in die interfraktionelle Beratung mit CDU und BG am 26.11.13

**Grüne Begründung**

zum interfraktionellen Antrag zum TOP 5  
„Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK)  
der Gemeinde Welper für den Zeitraum 2012 - 2017“

1. Aus ökologischen Gründen müssen die realen Schäden im bestehenden Netz der Kanalisation schnellstmöglich ermittelt und behoben werden. Die Maßnahmen in Borgeln sind bereits vorgesehen. Die Aufstellung weiterer Zentraler Abwasserpläne ist ebenfalls vorgesehen. Diese werden weitere erhebliche Schäden ans Licht bringen. Für die Behebung dieser Schäden sind noch keine Maßnahmen bzw. noch keine finanziellen Mittel vorgesehen. Daraus ergibt sich ein schiefes, unrealistisches Bild.
2. Die ökologische Situation in den vier Ortsteilen Berwicke, Stocklarn, Klotingen und Einecke ist in Ordnung. Die Kleinkläranlagen sind auf dem Stand der Technik, die Ablaufwerte in Ordnung. Nicht ausreichend ist die Überwachungssituation, weil nicht die Grundstückseigentümer, sondern die Gemeinde Welper in der Verantwortung steht. In der Sache besteht in den vier Dörfern kein vorrangiger Handlungsbedarf.
3. Auf der Grundlage des Landeswassergesetzes hat das jüngste, verfahrensmäßig korrekt zustande gekommene OVG-Urteil festgelegt, dass die vier besagten Dörfer kanalisiert werden müssen. Erneut ein ABK mit dezentraler Entwässerung durch Kleinkläranlagen zu beschließen, würde wieder jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen und damit eine Retraumatisierung der Gemeinde Welper nach sich ziehen. Das kann in niemandes Interesse sein.
4. Es muss aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen davon ausgegangen werden, dass spätestens ab 2016 die Grundsteuern deutlich ansteigen werden. Es muss deshalb Wert darauf gelegt werden, dass die Abwassergebühren so niedrig wie möglich gehalten werden, was begünstigt würde, wenn die Erweiterung des Kanalnetzes nicht parallel zu den Hauptreparaturen am bestehenden Netz erfolgte.
5. Die Schlussfolgerung daraus ist, einen Aufschub der Kanalerweiterung zu beschließen, den Bezirksregierung und Kreis Soest gerade noch tolerieren könnten. Da im Vorfeld keine verbindlichen Aussagen der Behörden zu bekommen sein werden, halten wir einen Aufschub um zwei Jahre für richtig. Die ersten Planungen würden somit erst 2017 stattfinden, das heißt im Rahmen des zu beschließenden ABK. Damit verbunden wäre auch eine weitgehende Amortisation der Investitionen in die Kleinkläranlagen der vier Dörfer und somit auch - so unsere Hoffnung - eine Befriedung der Gemeinde Welper insgesamt.

Welper, 27.11.13

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

**Anmerkung zum interfraktionellen Antrag:**

Rat am 27.11.13: Antrag als Tischvorlage mit 16 : 10 Stimmen angenommen



## **Bericht des Vorstandes zur Jahreshauptversammlung am 05.03.2010**

(Auszug)

### **Inhaltliche Schwerpunkte und Positionen der bisherigen Ratsarbeit**

- Klimaschutz in Welper: eigener Antrag zur Entwicklung eines Aktionskonzeptes 2020
- Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Gestaltung des Zentralortes: eigener Antrag zur Durchführung des Verfahrens „Planungszelle / Bürgergutachten“
- Regionale 2013: eigener Antrag „Großer Natur- und Landschaftspfad Welper“, der nach einer Vorprüfung durch den Regionale-Geschäftsführer grundsätzlich positiv bewertet wurde
- Wir-Gefühl in Welper: eigener Antrag zum sog. „Welper-Tag“, der einmal jährlich reihum in den Welperaner Dörfern durchgeführt werden soll
- Die Fraktion hat die Beförderung von Herrn Rotering und seine Ernennung zum Allg. Stellvertreter des Bürgermeisters unterstützt, ebenso die Beantragung einer Verbundschule für Welper und die Sanierung bzw. Renovierung der Bördehalle.

Welper, 05.03.10,

Bernhard Weber, OV-Sprecher

**Bündnis 90 / Die Grünen, OV Welver**  
**Bericht aus der Fraktion zur Jahreshauptversammlung**  
**am 01. April 2011 - Berichtszeitraum: 05.03.10-31.03.11**  
(Auszug)

## **2. Grüne Sacharbeit im Gemeinderat**

### **Eigene Anträge und Initiativen**

Klimaschutz in Welver: Antrag zur Teilnahme der Gemeinde am European Energy Award. Antrag nach Rücksprache mit Josef Schäfermeier zurückgestellt, weil erst die Ergebnisse der Kreis-Aktivitäten abgewartet werden sollen (2011).

Regionale 2013: zunächst Antrag auf „Großen Natur- und Landschaftspfad Welver“ zwecks Erholung, Tourismus und Umweltbildung gestellt. Im Berichtszeitraum dann Einladung der anderen Fraktionen zu einem Brainstorming zum Thema. Dann vertraten wir die Idee, Welver im Rahmen des Regionale-Projektes „Radnetz Südwestfalen“ als „Das Tor nach Südwestfalen“ zu propagieren und ggf. einen Teil des Wohnheims Eilmser Wald mit Fördermitteln zu einer Fahrrad- und Übernachtungsstation aus- und umzubauen. Der Antrag scheiterte an einem Patt im Rat.

Mobilfunk in Welver: Unser Antrag, steuernden Einfluss auf die Standortwahl der Mobilfunkanlagen dahingehend zu nehmen, dass diese möglichst weit außerhalb der Dörfer gebaut werden sollen, wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Straßenbau im Gewerbegebiet Scheidingen: Unser Antrag, dass die südliche Tangente einen reduzierten Vollausbau (anteilig refinanziert vom gesamten Gewerbegebiet) bekommen sollte und der westliche und nördliche Teil lediglich einen Deckenüberzug (finanziert durch die Gemeinde), wurde abgelehnt.

### Haushalt 2010 / Haushaltsrede:

Wir haben in unserer Haushaltsrede Konzepte und Prüfungen zwecks struktureller Verbesserung und Kostenersparnis gefordert, z.B. ein Wegekonzept, eine Prüfung der Anzahl der Grundschulen auf Dauer, eine Evaluation Jugendarbeit und ein Feuerwehrrkonzept. Einer moderaten Anhebung der Hebesätze haben wir zugestimmt. Die Anschaffung der Rathausmöbel und des Unimogs haben wir abgelehnt, ebenso den Haushalt 2010 insgesamt.

Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Aufgrund grüner Intervention (Ankündigung rechtlicher Schritte) wurde die Abschaffung der Arbeitsgelegenheiten zurückgenommen. Nun bleiben immerhin 5000,- € pro Jahr für diesen Bereich zur Verfügung.

Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Obdachlosen: Aufgrund grüner Initiative im letzten Jahr sprechen sich jetzt auch Verwaltung und Rat für eine zeitnahe, bessere Unterbringung des besagten Personenkreises aus. Entsprechend grüner Antragstellung in diesem Jahr sucht die Verwaltung inzwischen nach Alternativen zum Eilmser Wald im Zentralort sowie in Borgeln und Scheidingen.

Hauptsatzung: Aufgrund der Initiative unserer Fraktion wurden die Rechte der Fraktion und des Rates zugunsten des Bürgermeisters nicht verschlechtert.

Brandschutz bei Photovoltaikanlagen: Auf unsere Initiative hin wurde ein Projekt in

Scheidungen wegen der Brandschutzproblematik zurückgestellt. Auf unseren Antrag hin erfolgte eine ausführliche Darstellung der Problematik durch Gemeindebrandmeister Pannock im Fachausschuss. Der Rat ist nun sensibilisiert und will bei relevanten Bauanträgen die Feuerwehr mit einbeziehen.

Belange des Landschaftsschutzes im Eilmser Wald: Durch unseren Antrag haben wir eine entsprechende Auseinandersetzung im Rat angestoßen, insbesondere was die zukünftige Verkehrsführung betrifft. Der Punkt ist noch nicht abgeschlossen.

Bedarfsgerechtes Wegenetz: Aufgrund unserer Gespräche mit der Verwaltung will diese bessere Kriterien für eine Bewertung der Wege erarbeiten und mit uns erste Ergebnisse erörtern.

Haushalt 2011 / Haushaltsrede:

Hier haben wir eine Unterscheidung zwischen notwendigen und lediglich wünschenswerten Maßnahmen angemahnt und eine Prüfung folgender Themen angekündigt:

- Jugendarbeit / Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen,
- Mit Behinderung leben - Inklusion und Barrierefreiheit, außerdem
- bedarfsgerechtes Wegenetz
- Spielplätze und
- Gemeindeleitbild.

Auf unseren Antrag hin wurden die Baukosten für die Straße „Am Markt“ mit einem Sperrvermerk versehen, so dass wir dem Haushalt 2011 insgesamt zustimmen konnten. Mit unserer Zustimmung wird es anstelle eines Gemeindeleitbildes ein ILEK zusammen mit Werl geben.

Fragebogenaktion zur Gestaltung des Zentralortes: Die Postwurfsendung hat einen guten Rücklauf erbracht. Zur Zeit erfolgt die Auswertung. Die Bewertung steht noch aus.

Jugendarbeit / Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen: Wir haben das Thema in den Fachausschuss getragen und dort eine ernsthafte Diskussion ausgelöst.

Inklusion und Barrierefreiheit: Wir haben das Thema in den Fachausschuss gebracht, wo es weiter behandelt werden soll.

### **Grüne Haltung zu strittigen Themen:**

Schulpolitik: Beflügelt durch die neue Landesschulpolitik hat sich unsere Fraktion für die Gründung einer Gemeinschaftsschule in Welper mit integriertem Ansatz auch ab Klasse 7 zum Schuljahr 2012/13 eingesetzt. Die Ratsmehrheit hat das auch so beschlossen. Johannes als Berater in der Lenkungsgruppe zur Schulpolitik hat maßgeblich an der Erarbeitung des pädagogischen Konzeptes mitgearbeitet, dass seit Ende Februar vorliegt.

Zur Frage der Grundschulstandorte haben wir aus pädagogischen Gründen die Notwendigkeit kleiner Klassen dargestellt und angeregt, in einigen Jahren die Wiedereinführung von Schulbezirken zu prüfen.

Alleenradweg: Unsere Fraktion hat sich für den Bau ausgesprochen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass über die Fahrbahnbreite und die ökologische Aufwertung noch beraten und entschieden werden muss. Manfred Raker, BUND-Gutachter, unterstützt diesen Ansatz.

Verkauf des Übergangwohnheimes Eilmser Wald: Unsere Fraktion hat dem Angebot Wickert / Dankert sinngemäß zugestimmt.

Wolver, 30.03.11,

Bernhard Weber

**Bündnis 90 / Die Grünen - OV Wolver**  
**Bericht aus der Fraktion zur OV-Jahreshauptversammlung**  
**am 27.01.12**  
**Berichtszeitraum 01.04.11 - 26.01.12**  
(Auszug)

## 1. Grüne Sacharbeit im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit

### **Eigene Anträge und Initiativen:**

#### Entwicklung des Zentralortes:

Die Auswertung der Fragebogenaktion (Rücklauf 83 Fragebögen) ergab eine klar mehrheitliche Ablehnung des großen Einkaufszentrums sowie eine Reihe konstruktiver Ideen zur Gestaltung und Entwicklung des Zentralortes. Unsere Fraktion hat das große Einkaufszentrum aus städtebaulichen Gründen abgelehnt. In die Bürgermeisterrunde im Mai floss unsere Idee ein, Bürger mithilfe eines 3D-Modells an der Gestaltung des Zentralortes zu beteiligen („Planning for Real“-Verfahren).

Inzwischen hatte aber bereits Cornelias Idee, einen Carekauf-Supermarkt im ehemaligen Sparmarkt anzusiedeln, Bewegung in das Thema Zentralort gebracht. Die Kontaktaufnahme zu diversen möglichen Betreibern ergab ein deutliches Interesse bei der INI Lippstadt. Die Carekauf-Idee wurde von uns in der April-Sitzung des HFA vorgetragen. Nach dem offenbaren Scheitern des großen Supermarktes besichtigten wir das ehemalige Sparmarktgebäude und konnten anschließend dem INI-Vorsitzenden das Umfeld zeigen und erklären. Im Mai und im Herbst trugen wir dem Bürgermeister eine Kontaktaufnahme mit der INI an, der jedoch untätig blieb. Im Januar 2012 besichtigten Vertreter von OV und Fraktion den Carekauf-Supermarkt in Lippstadt und sprachen erneut mit Vertretern der INI. Es wurde deutlich, dass die INI weiter interessiert ist. In der Januar-BPU-Sitzung scheiterte nun unser Antrag, die Verwaltung möge der INI ein positives Signal senden, an einem Patt.

#### Schulpolitik:

Unsere Fraktion hat sich weiter für die Gemeinschaftsschule und nach Änderung der Rechtslage für die Sekundarschule stark gemacht. Vor allem hat Johannes wieder und weiter maßgeblich an pädagogischen Konzepten innerhalb der Lenkungsgruppe mitgearbeitet. Ein Leserbrief des Fraktionsvorsitzenden im November hatte zum Ziel, Eltern zu bewegen, in der Elternabfrage für eine Sekundarschule in Wolver zu votieren. Das taten dann auch die Hälfte der Eltern, was aber bei weitem nicht ausreichte. Daraufhin beantragte die Fraktion, das Verfahren zur Errichtung einer eigenständigen Sekundarschule nicht weiterzuverfolgen, was erwartungsgemäß Zustimmung fand. Unseren Antrag, nun Erkundungen zu einer möglichen Dependanceschule sowie Kontakte zu den Umlandkommunen aufzunehmen, haben wir wegen drohender Ablehnung ins neue Jahr verschieben lassen.

Zur Frage der Grundschule Borgeln haben wir im Kontakt mit der Schulpflegschaft im Mai unsere kritische Haltung zu einer möglichen dauerhaften Einzügigkeit dargestellt. Nach den guten Anmeldezahlen im Herbst haben wir uns für ein Ende der Schließungsdebatte ausgesprochen.

Auf unsere Initiative hin hat Frau Bornefeld-Gronert im Fachausschuss in das Thema Inklusion eingeführt. Es stellte sich heraus, dass deutlich mehr Wolveraner Schüler betroffen sind, als erwartet.

#### Jugendarbeit:

Auf unsere Initiative hin hat Frau Ries ihre Arbeit mit Jugendlichen in Wolver vorgestellt. Hierbei kamen sowohl die Arbeit im Jugendzentrum als auch die aufsuchende Arbeit zur

Sprache. Unser Vorschlag, einen Jugendbeirat einzurichten, dessen Vertreter beratende Stimme im Jugendausschuss haben sollten, erhielt keine positive Resonanz. Unsere Absicht, mit Jugendlichen selbst ins Gespräch zu kommen, wollen wir weiterverfolgen.

#### Barrierefreiheit in Welper:

Auf unsere Initiative hin hat Frau Piepenbreier von der BAKS das Thema im Fachausschuss problematisiert.

#### Mobilität:

Unsere Erkundungen zur Einrichtung von Einkaufstaxis führten nicht weiter. Im Herbst erörterte unsere Fraktion mit dem Verkehrsexperten Raimund Burkert die Möglichkeiten, Mobilität in Welper zu verbessern. Hierbei standen hauptsächlich die Barrierefreiheit und Sicherheit des Bahnhaltdepotpunktes Welper sowie eine mögliche Einrichtung eines Bürgerbusses im Mittelpunkt. Weitere Erkundungen beim Bürgerbusverein Nachrodt-Wiblingwerde sowie bei ProBürgerbus NRW führten dann dazu, dass wir das Thema in die Januar-BPU-Sitzung brachten, wo es von den anderen Parteien positiv aufgegriffen wurde..

#### Feuerwehrkonzept:

Unser Antrag, bei den Zielzeiten im Außenbereich lediglich geringfügige Verlängerungen zuzulassen, fand keine Mehrheit. Dem Konzept von Verwaltung und Wehrleitung, der sog. Standortverbundlösung mit 9 Standorten, hat unsere Fraktion nach Rücksprache mit Wehrleiter Pannock zugestimmt.

#### Entleerungszyklus von Kleinkläranlagen:

Unser Antrag, die Entleerungszyklen an den DIN-Vorschriften auszurichten, fand die Ablehnung aller anderen Ratsmitglieder.

#### Klimaschutz:

Die Anfrage unserer Fraktion an die Verwaltung, über die Relevanz des Klimaschutzstartprogramms NRW für Welper Auskunft zu geben, kam unbearbeitet an uns zurück. Daraufhin haben wir das Thema auf die Tagesordnung des Januar-BPU setzen lassen, um in der Frage weiterzukommen, was für Welper angesichts der Haushaltslage möglich und sinnvoll wäre. Unser Vorschlag, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten, um den Maßnahmenkatalog zu erörtern, wurde zurückhaltend aufgenommen. Sinngemäß soll es aber nun in diese Richtung gehen.

#### Änderung der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse:

Unser Antrag, eine neue Vertreterregelung einzuführen, fand Zustimmung. Gegen die neue Datenschutzbestimmung haben wir die Kommunalaufsicht angerufen, die unseren Einwand jedoch abgelehnt hat. Der Kreis Soest hat sich allerdings für unzuständig erklärt. Mit der Änderung diverser weiterer Paragraphen der Geschäftsordnung waren wir nicht einverstanden. Auch hier hatten unsere Anträge keinen Erfolg.

#### Änderung der Zuständigkeitsordnung:

Unsere Vorschläge, Angelegenheiten des Klimaschutzes, Beratung geplanter Rückbauten asphaltierter Wege sowie Belange von Menschen mit Behinderung ausdrücklich aufzunehmen, wurden so übernommen.

#### Ökologische Ausgleichsmaßnahmen

Eine 8-10-jährige zeitliche Verzögerung haben wir kritisch hinterfragt. Bisher sind wir aber noch nicht systematisch auf das Thema eingestiegen.

### Wegebauprogramm / Wegekonzept:

Die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen des Wegebauprogramms fanden nicht unsere Zustimmung. Eine Dringlichkeitsentscheidung zu entsprechenden Aufträgen haben wir nicht unterschrieben. Unsere eigenen konzeptionellen Überlegungen wurden noch nicht weiter ausgearbeitet. Unsere Absicht, exemplarisch Trassen auszumessen, haben wir noch nicht umgesetzt. Mit erneutem Nachdruck haben wir im Januar 2012 um Zuarbeit der Verwaltung in Sachen Flächenerschließung landwirtschaftlicher Wege gebeten, um hinsichtlich eines bedarfsgerechten Wegenetzes weiterzukommen. In der Januar-BPU-Sitzung haben wir das Thema erneut eingebracht, auch im Zusammenhang mit den Unterhaltungskosten. Wir wollen im Wegebau sparen.

### **Grüne Haltung zu strittigen Themen:**

#### Abwasserthematik:

Bei der Diskussion der Entwässerungssatzung haben wir uns für Beitrags- und Gebührengerechtigkeit und für eine Widmung öffentlicher Abwasseranlagen (Bürgermeisterkanäle) ausgesprochen. Wir haben dafür plädiert zu prüfen, ob Zisternen nicht noch mehr begünstigt werden könnten. Unsere neue Abwassergruppe ist bisher nur ansatzweise in die Gesamthematik eingestiegen, will die Arbeit aber fortsetzen. Der Fraktionsvorsitzende hat ein kurzes Gespräch mit Umweltminister Rimmel im Januar über eine mögliche Änderung der Kommunalabwasserverordnung geführt. Ob die Hinweise des Ministers aufgegriffen werden sollen, muss noch erörtert werden.

#### Alleenradweg:

Nachdem unsere ökologischen Forderungen gänzlich unberücksichtigt blieben, haben wir den Alleinradweg entsprechend unserer Ankündigung abgelehnt.

#### Spielplätze:

Wir haben zwar die Aussage der Ortsvorsteher in Frage gestellt, alles sei in Ordnung. Unsere Absicht, die Spielplätze zu sichten und eigene Vorstellungen zu entwickeln, haben wir aber noch nicht umgesetzt. Inzwischen liegt uns eine Karte der Verwaltung mit den Spielplatzstandorten vor.

#### Baugebiete und Einzelvorhaben:

Borgeln haben wir in der großen Form abgelehnt und Alternativvorschläge gemacht. In einem Leserbrief hat der Fraktionsvorsitzende das Thema Baugebiete grundsätzlich problematisiert. Der weiteren Entwicklung des Baugebietes Werler Str./Landwehrkamp sowie des Projektes Lindacker haben wir zugestimmt. Beim Baugebiet Im Brandesch legen wir Wert auf eine Klärung der Lärmschutzfrage. Die Außenbereichssatzung Nehlerheide haben wir abgelehnt. In der Januar-BPU-Sitzung haben wir den regelmäßigen Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen vor dem Hintergrund der Welternährungsproblematik problematisiert und mit der Begründung ein Vorhaben in Schwefe abgelehnt.

#### Regenrückhaltebecken Scheidungen

Unsere eigenen Erkundungen brachten keine realistischen Verbesserungsvorschläge. Wir haben deshalb trotz der hohen Kosten zugestimmt.

#### Landschaftsplan IV

In der Januar-BPU-Sitzung haben wir gefordert, dass das Entwicklungsziel „Erlebbarkeit“ von Natur und Landschaft aufgenommen werde.

**Bündnis 90 / Die Grünen - OV Welver**  
**Bericht aus der Fraktion zur OV-Jahreshauptversammlung am 01.02.13**  
**Berichtszeitraum 27.01.12 - 01.02.13**  
(Auszug)

## 1. Grüne Sacharbeit im Gemeinderat

### Grüne Vision für Welver - Gestaltung des Außenbereiches

#### **A. Landschaftsplan IV:**

Antrag (5-teilig) im März und engagierte, kämpferische und sehr erfolgreiche Mitarbeit in der gemeindlichen Arbeitsgruppe, die ein Konsenspapier für eine gemeindliche Stellungnahme erarbeitet hat, das dann auch fast genauso vom Rat beschlossen wurde. Wir konnten durchsetzen,

- dass das zusätzliche Entwicklungsziel „Erlebbarkeit von Natur und Landschaft“ mit aufgenommen werden soll,
- dass das Anlegen von Wanderwegen und der Bau von Fußgängerbrücken generell als Festsetzungen in allen Festsetzungsbereichen aufgenommen werden soll (so dass ggf. Land und Kreis finanzieren würden),
- dass die Schaffung einer Wanderwegeverbindung im Bereich des Soestbaches zwischen Borgeler und Berwicker Mühle erwähnt werden soll und
- dass die Rückentwicklung asphaltierter Wirtschaftswege als unterstützungswürdige Maßnahme in den Text aufgenommen werden soll.

Bei dem letztgenannten Punkt konnten wir nicht durchsetzen, dass Wegerückbau prophylaktisch als Festsetzung in allen Festsetzungsbereichen festgeschrieben werden soll. Wie sich dieses Thema nun niederschlagen wird, wird sich 2013 zeigen.

Das Thema Landschaftsplan könnte sich von einem Meilenstein noch zu einem Leuchtturm weiterentwickeln.

#### **B. Umgang mit grünen Wegen und Wegeseitenstreifen:**

Der Impuls zur Bearbeitung des Themas kam in der AG Landschaft-Wege-Landwirtschaft von einem Vertreter des Landschaftsbeirates. Hintergrund war, dass in Welver etwa 9 ha öffentlicher grüner Wege oder Wegeseitenstreifen unbefugt von Landwirten überackert wurden bzw. werden. Im März-BPU brachte die Fraktion einen 8-teiligen Antrag ein, der sich eng an die Resolution des Landschaftsbeirates bzw. an eine Vorlage der Gemeinde Lippetal zur Bußgeldthematik anlehnte.

Wichtige Aspekte des Antrages waren die ökologische Bedeutung von grünen Wegen und Wegeseitenstreifen, die Forderung nach Rückumwandlung unrechtmäßig überackertter Flächen sowie Vorgaben zur Mahd und zum Umgang mit Hecken und Straßenbäumen. Aufgrund der breiten Ablehnung brachten wir den Antrag gar nicht zur Abstimmung. Auf Antrag der SPD hat die Verwaltung dann eine Auf- und Darstellung der überackerten Flächen ab 200 qm vorgelegt. Im September haben wir den Antrag dann noch einmal in einer ökologisch stärker profilierten Fassung und ohne Bußgeldforderung vorgelegt und zur Abstimmung gebracht. Der Antrag traf auf vollständige Ablehnung. Die Verwaltung bemüht sich nun immerhin um eine Rückumwandlung der vollständig überackerten grünen Wege bzw. Wegeseitenstreifen, so dass in praktischer Hinsicht ein Einstieg erfolgt ist.

#### **C. Mittelfristigen Finanzplanung, hier: Ökologische Aufwertung der Landschaft und Einrichtung eines Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwegenetzes:**

(entsprechende Anträge siehe unter Haushaltspolitik)

#### **D. Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK):**

Im Mai wurden die Ergebnisse von uns im Rat als wichtige Impulse gewertet.

#### **E. Integriertes Wegekonzept**

Seit Jahren fordert die Fraktion die Erarbeitung eines integrierten Wegekonzeptes, das Belange der

Landwirte, der Fußgänger, Radfahrer, Reiter und anderer berücksichtigt. So auch wieder im Berichtszeitraum. Indirekte Zustimmung erhielten wir durch das Konsenspapier zum Landschaftsplan. Hier wird ein integriertes Wegekonzept angekündigt. Im Zug der Haushaltssanierung haben wir mit CDU und BG das Wegeerneuerungsprogramm auf Null gesetzt, bis ein Wegekonzept beschlossen ist. (Leider war hier nur von Wirtschaftswegen die Rede.) Kurz nach der Sommerpause übermittelte unsere Fraktion dann den anderen Fraktionen, der Verwaltung und den Landwirten ein differenziertes Diskussionspapier zum Thema „Integriertes Wegekonzept“ und profilierte sich so bei einem wichtigen Zukunftsthema. Im November-BPU kam das Papier dann auch in die interessierte Öffentlichkeit. Die anderen Fraktionen griffen das Papier kaum auf; vermutlich hatten sie sich nicht damit auseinandergesetzt. In einem Gespräch mit Vertretern der örtlichen Landwirtschaft im Januar 2013 wurden Aspekte des grünen Konzeptes erörtert, wobei sich bereits einige konstruktive Ansätze ergaben.

#### **F. Beschäftigung mit dem Thema Landwirtschaft**

- am 14.2.12 Landwirtin Frau Vedder zu Gast in der Fraktion (Erörterung z.B. der Wegethematik)
- Korrespondenz mit dem OV Welver des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes zu Grundsteuer A und Wegeerneuerung im Rahmen der Haushaltsberatungen
- am 9.10.12 Besuch des landwirtschaftlichen Versuchsgutes der FH Südwestfalen in Merklingsen (Themen z.B. Fruchtfolgen, Energieeinsparung, pfluglose Bodenbearbeitung)
- Fraktionsklausur am 5.1.13 (hier z.B. Hören des Radiobeitrages „Bodenlos“)
- Fraktionsgespräch am 8. Januar 2013 mit den Landwirten Jürgens, Schulze, Bernsmüller, Bockholt und Risse (Erörterung von Themen wie internationale Einbindung der örtlichen Landwirtschaft, Wünsche der Landwirte, z.B. zur Windkraft, Wegethematik inkl. Hecken und Bäume). Das Gespräch könnte sich als ein Meilenstein herausstellen.
- Teilnahme des Fraktionsvorsitzenden am Agrarforum der FH Südwestfalen am 11.1.13 in Soest, Thema: Biodiversität in der Landwirtschaft

#### **Abwasserthematik:**

**A.** Antrag zur **Widmung von zusätzlichen öffentlichen Abwasseranlagen**, sprich offenen Gräben und Bürgermeisterkanälen, ab Februar durch alle Instanzen. Es ging uns darum, bestimmte Abwasseranlagen, deren Eigentumsverhältnisse unproblematisch sind, sofort zu widmen, und die Verwaltung zu beauftragen, im Übrigen einvernehmliche Lösungen anzustreben. So wollten wir Gebühren- und Beitragsgerechtigkeit herstellen. Von der CDU wurden wir unterstützt, die FDP tendierte auch in die Richtung. Die FDP fiel dann aber ab, so dass eine Mehrheit nicht mehr möglich war und wir unterlagen. Die CDU hat schließlich mit der BG einen Deal gemacht, bis spätestens 2015 ein ganz anderes Konstrukt zu finden oder sonst doch zu widmen.

**B.** Antrag „**Niederschlagswasser und Entwässerung**“ (9-teilig) im März zur Weiterentwicklung der Entwässerungssatzung. Die gewichtigsten Aspekte drehten sich um den Anschluss- und Benutzungszwang bzw. den Anschlussbeitrag. Auf Letzteren sollte verzichtet werden, sofern und solange die Gemeinde für Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der lokalen Abwasseranlagen keine Investitionen tätigen musste. Auf den Anschluss- und Benutzungszwang sollte auch unter bestimmten anderen Umständen verzichtet werden können.

Der erste Punkt des Antrages, bei dem es um die Ablehnung von Sondersatzungszonen geht, fand gegen die BG eine Ratsmehrheit. Von den anderen 8 Punkten sind wir, den Argumenten der Verwaltung folgend, im Laufe mehrerer Debatten zurückgerudert.

Ein ausführlicher Leserbrief, analog zum Antrag, wurde vom Soester Anzeiger nicht veröffentlicht.

#### **Carekauf bzw. KAP-Markt**

Im ersten Quartal 2012 fanden nach Rücksprache mit der Eigentümerin des ehemaligen Sparmarktes und der INI Sondierungen bei anderen Fraktionen und im nicht-öffentlichen HFA bzgl. der Bereitschaft, eine Resolution gegen einen zusätzlichen Supermarkt auf dem Raiffeisengelände zu verabschieden, statt. Es zeichnete sich keine Mehrheit ab. Die INI hat unter diesen Umständen kein Interesse an einem Carekauf.

Ab April gab es Gespräche mit der Vita Communis, Werl. Diese prüfte daraufhin die voraussichtlichen Erfolgsaussichten eines integrativen KAP-Supermarktes mit Edeka-Produkten,



wurde dann aber wegen ihrer Skepsis nicht weiter aktiv.

### **Spielplätze:**

Am 25. Februar fand eine Sichtung sämtlicher öffentlicher Spielplätze statt, deren Ergebnisse anschließend dokumentiert wurden. Leider fand diese systematische Fleißarbeit noch keinen Niederschlag in der Öffentlichkeit.

### **Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse:**

Hier ging es im Februar weiter um den Umgang mit nicht-öffentlichen Unterlagen. Bevor wir einen Antrag oder gar eine Klage in Betracht zögen, wollten wir erst das Gespräch mit der Verwaltung suchen. Das ist aber bisher nicht erfolgt.

### **Klimaschutz:**

**A.** Wir haben das Thema auf die Tagesordnung der Januar BPU-Sitzung gesetzt, um gemeinsam mit einem Vertreter der Energieagentur NRW Möglichkeiten des Klimaschutzes zu erörtern. Dieser Vertreter wurde jedoch von der Verwaltung nicht eingeladen. Unser Antrag auf **Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“** wurde mehrfach vertagt und im November schließlich, außer von der FDP, abgelehnt.

**B.** Um konkreter zu werden, haben wir im März kurzfristig einen 8-teiligen Antrag **„Klimaschutzziele“** in die BPU-Sitzung eingebracht. In gewisser Anlehnung an das Kreisklimaschutzkonzept ging es uns hauptsächlich um die Festlegung von ehrgeizigen Klimaschutzzielen, wobei wir auch als Anmerkung diverse Umsetzungsvorschläge eingebracht haben. Gefordert haben wir z.B. Energieautarkie bis 2035, eine Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch Stromverbrauch um 70 % bis 2020 im Vergleich mit 2007, bestimmte Einsparungen im Bereich Wärme und Warmwasser sowie im Verkehrssektor, eine Steigerung der Produktion von Ökostrom, die Anpflanzung von 10 ha Hecken auf Wegeseitenstreifen bis 2020 zum Zweck einer Holzhackschnitzelproduktion zur Wärme- und Warmwassererzeugung sowie die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe. Als Umsetzungsbeispiele haben wir z.B. eine Stromwechsellösungskampagne, Ökostrom in kommunalen Gebäuden oder eine Informationskampagne zur Gebäudesanierung genannt. Der Antrag erhielt kaum positive Resonanz und kam wegen der Kurzfristigkeit der Eingabe und seiner Komplexität nicht zur Abstimmung. Das Thema wurde in den Herbst vertagt, unser Antrag dort aber von uns noch nicht wieder aufgegriffen.

**C. Haushaltssanierung durch Klimaschutz:** 3-teiliger Antrag im Mai-BPU mit Prüfaufträgen an die Verwaltung. Es ging uns um die Fragen, ob bzw. wie der Schul- und Sportkomplex Welper auf wirtschaftliche Weise energetisch mit Solarthermie, Photovoltaik und / oder einem Blockheizkraftwerk versorgt werden könnte, ob bzw. wie die Gemeinde im Bereich Ökostromproduktion auf wirtschaftliche Weise tätig werden könnte und ob bzw. wie der Gemeindehaushalt auf andere Art und Weise durch Klimaschutzmaßnahmen entlastet werden könnte. Der Antrag fand keine Mehrheit.

In den Haushaltsberatungen für 2012 wurde von uns wiederholt auf die Chancen einer Haushaltsentlastung durch Klimaschutzmaßnahmen hingewiesen. In der sog. Lenkungsgruppe wurde von uns auch eine grobe Modellrechnung für die Errichtung und den Betrieb einer gemeindlichen Großwindkraftanlage vorgelegt.

**D. Energieeinsparung beim Lehrschwimmbecken:** kurzfristiger, aber strategisch wichtiger Antrag im Rahmen der Haushaltsberatung für 2013 im November. Es ging um die Abdeckung des Beckens außerhalb der Betriebszeiten mit einer aufrollbaren Thermoplane und Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt 2013. Der Antrag wurde gelobt, aber mehrheitlich abgelehnt. Unserer Bitte entsprechend hat die Verwaltung inzwischen ermittelt, in welchem Zeitraum sich eine entsprechende Investition amortisieren würde. Ergebnis: 15,6 Jahre, d.h. jenseits der Lebensdauer einer Plane.

### **Erhalt der Grundschule Borgeln nebst Turnhalle:**

Hier liegt vielleicht der bisher wichtigste Erfolg der Fraktionsarbeit. Die Schule war aufgrund sinkender Schülerzahlen und der Finanzmisere massiv von Schließung bedroht. Der Verwaltungsvorschlag lief darauf hinaus, alle Grundschüler in der Grundschule Welper zu beschulen.

Nicht nur CDU und BG waren für die Schließung der GS Borgeln. In einer Beratung mit SPD und FDP wurde erkennbar, dass die SPD zu der Zeit für ein Auslaufenlassen der Schule war. Auch die grüne Fraktion war zu der Zeit noch unentschieden. Am 20.5. brachte dann der Fraktionsvorsitzende die Denkschrift „Gedanken zur Grundschulfrage“ ein, in der er die Thematik ausführlich mit ihren Für und Wider erörterte. Dem Schlussplädoyer, die Schule zu halten, schloss sich die Fraktion am 22.5. an. Sofort stellte nun die grüne Fraktion per Pressemitteilung ihr komplexes Sparkonzept zur Haushaltssanierung vor und plädierte darin eindeutig für den Erhalt der Schule. Die Schule solle weiter die Chance bekommen, ihre Zweizügigkeit zu halten. Der Artikel erschien am 25.5.12 im SA. Damit war ein Pflock eingeschlagen. SPD und FDP schlossen sich dieser Linie an. Nachdem sich dann auch zwei CDU-Mitglieder anschlossen, war die Grundschule Borgeln mit samt der Turnhalle gerettet - bis auf Weiteres.

Bei einer Besichtigung der Grundschule Welver am 26.5. wurde die Auffassung bestätigt, dass die Räumlichkeiten für eine Fusion nicht ausreichten. Zwei Räume waren wegen Dunkelheit bzw. zu geringer Größe als Klassenraum nicht geeignet. Nach der Sommerpause gab es zu dieser Frage noch eine Kontroverse mit der Verwaltung.

### Haushaltspolitik:

Dominierendes politisches Arbeitsfeld war 2012 die Haushaltspolitik und hier insbesondere die Erarbeitung des Haushaltssanierungsplanes 2012. Die Beratungen für den Haushalt 2013 inklusive Haushaltssanierungsplan 2013 konnten darauf aufbauen.

#### **A. Haushalt 2012 - Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012:**

Gemeinsam mit SPD und FDP hat die grüne Fraktion durch die Beantragung einer Sonder-HFA-Sitzung Ende März sowie durch flankierende Öffentlichkeitsarbeit erreicht, dass Bürgermeister und Verwaltung frühzeitig und öffentlich ein eigenes Sparkonzept vorlegen mussten. Die grüne Fraktion hat sich in der Folge sehr aktiv und konstruktiv an der Erarbeitung des HSP 2012 beteiligt - nicht nur in der sog. Lenkungsgruppe des Bürgermeisters, sondern auch in den öffentlichen Gremien - und ihn schließlich, ebenso wie den Haushalt 2012 insgesamt, gemeinsam mit allen anderen Fraktionen beschlossen.

In einer frühen Pressemitteilung „Attraktiv trotz Sparzwang“ (SA-Artikel vom 25.5.12) hat unsere Fraktion ihr komplexes Sparkonzept vorgestellt und so Maßstäbe gesetzt.

Unsere Fraktion hat zur Änderung oder Ergänzung des HSP-Entwurfes der Verwaltung 20 Anträge eingebracht und bei den Abstimmungsergebnissen gut abgeschnitten. Nicht alle Anträge kamen zur Abstimmung, weil manche andere weitergehend waren.

- Unser wichtigster Erfolg war die Erhaltung der **Grundschule Borgeln** und ihrer Turnhalle.
- Beim Thema **Personalentwicklung** konnten wir durchsetzen, dass der Rat bei planmäßiger und außerplanmäßiger Fluktuation an den Beratungen über mögliche Wiederbesetzungen beteiligt werden muss. In unserem Sinne war ebenfalls, dass es bei 6,1 Stellen keine Wiederbesetzung und dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll.
- Einstimmig angenommen wurde unser Antrag zur **Turnhalle an der Hauptschule**. Nach der Schließung der Hauptschule soll die Turnhalle nur erhalten bleiben, wenn sie von Nutzerinnen und Nutzern betrieben und unterhalten wird.
- Einstimmig wurde auch unser Antrag angenommen, dass die **Finanzierung des JEKI-Projektes** an der GS Borgeln ab 2013 ausschließlich über Elternbeiträge und die Akquise von Drittmitteln erfolgen muss.
- Unser Antrag zur **Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für sonstige ordentliche Aufwendungen** kam zwar nicht zur Abstimmung, aber der entsprechende Beschluss war grundsätzlich in unserem Sinne.
- Leider nicht durchsetzen konnten wir, dass das angestrebte **ganzheitliche Wegekonzept** neben Verbindungs- und Wirtschaftswegen auch Fuß-, Rad-, Reit- und Wanderwege behandeln soll.
- Unsere Anträge, nach denen in den Jahren 2014-2016 jeweils 50.000,- € für die **Einrichtung eines Netzes an Fuß-, Rad, Reit- und Wanderwegen** bzw. für eine **Ökologisierung der Landschaft** vorgesehen werden sollten, wurden breit abgelehnt. Wir können darauf wieder zurückkommen.
- Unsere Anträge zur **Parkraumbewirtschaftung, Kulturförderung und Bildungsregion** wurden ebenfalls breit abgelehnt.

- Politische Arbeit: Wir konnten durchsetzen, dass die **Fraktionsgeschäftsführungskosten** bleiben wie bisher.
  - Auf unseren Antrag hin wurde inzwischen geprüft, in wie weit eine **Verringerung der Druckkosten bei Sitzungsunterlagen** erreicht werden kann und es werden schon entsprechende Einsparungen erzielt.
  - Nicht unerwähnt soll bleiben, dass wir der **Schließung der Hauptschule Welper** zum Sommer 2015, der **Stornierung des Wegeerneuerungsprogramms** sowie den diversen **Steuererhöhungen** zugestimmt haben. Alle Maßnahmen zusammen genommen haben bewirkt, dass die **Grundschule Borgeln** weiterarbeiten kann.
- Perspektivisch haben wir uns dafür ausgesprochen, den Haushalt durch Investitionen in Klimaschutz- bzw. Energieeinsparmaßnahmen zu entlasten.

## **B. Haushalt 2013 inkl. HSP**

- Antrag zum möglichen **Weiterbetrieb der Turnhalle an der Hauptschule durch Nutzer/innen**: Es ging uns darum, dass die ggf. eingesparten Gelder aus der vermiedenen Rückzahlung von Konjunktur-Paket II-Mitteln potentiellen neuen Betreibern in Aussicht gestellt werden sollten. Der Antrag wurde abgelehnt.
- Antrag zur **Energieeinsparung im Lehrschwimmbecken** (s.o. unter Klimaschutz)
- Antrag (5-teilig) zur **Finanzierung eines barrierefreien Umbaus des Bahnhaltepunktes Welper**: Es ging uns darum, dass der Umbau 2013 in Angriff genommen werde. 200.000,- € sollten für Planungskosten in den Haushalt eingestellt werden. Die Umbaukosten sollten durch Kassenkredite finanziert werden. Der jährliche Schuldendienst von 80.000,- € sollte durch eine strengere Budgetierung im Bereich der Sach- und Dienstleistungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen ermöglicht werden (Reduzierung ab 2013 7,0 % statt 4,5 % in diesen Bereichen). Die einzelnen Punkte des Antrages wurden mit unterschiedlichen Mehrheiten abgelehnt.

Bei den Abstimmungen zum HSP 2013 bzw. zum Gesamtpaket des Haushaltes haben wir uns wegen uneinheitlicher Meinung enthalten.

### **Konzessionsvergabe für das Strom- und das Gasnetz in Welper:**

Die Verträge mit der RWE laufen am 30.4.13 nach 20 Jahren aus. Antrag im Juni-HFA. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, nach der Sommerpause zu erörtern, welche Möglichkeiten bestünden, ab Mai 2013 mit den Strom- und Gasnetzen in Welper weiter zu verfahren. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

### **Bauhof als wirtschaftlicher Eigenbetrieb ?:**

Antrag im Juni-HFA. Die Verwaltung sollte beauftragt werden darzulegen, welche Vor- und Nachteile mit einer Umwandlung des Bauhofes in einen wirtschaftlichen Eigenbetrieb verbunden wären. Der Antrag wurde bis auf Weiteres vertagt.

### **Barrierefreier Umbau des Bahnhaltepunktes Welper:**

Unsere Fraktion hat das Thema ab Herbst forciert in die Diskussion gebracht, zunächst im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2013 (s.o. Finanzierungsantrag). Anschließend wurde das Thema umgehend von uns auf die Tagesordnung des Februar-BPU gesetzt, um eine Einigung bezüglich der Umbauvarianten zu erzielen. Mit einer entsprechenden Erörterung und einem Votum für die Variante Außenbahnsteige sind wir im Januar 2013 an Bürgermeister und Fraktionen und per Leserbrief an die Öffentlichkeit herangetreten. Dieses wichtige Thema wurde somit mehrfach von uns besetzt und vorangebracht.

### **Alleenradweg Unna - Welper:**

Erneute Auseinandersetzung mit dem Thema anlässlich der Ablehnung des Projektes durch den Landschaftsbeirat. Entwicklung eines möglichen Vorschlages für einen alternativen südlichen Routenverlauf über die Straßen Landwehr und Kaltenhagen auf Scheidingen zu.

Welper, 01.02.13

Bernhard Weber

**Bündnis 90 / Die Grünen - OV Welper**

**Bericht aus der Fraktion zur OV-Jahreshauptversammlung am 24.01.14**

## **2. Grüne Sacharbeit im Gemeinderat**

### **Grüne Vision für Welver - Gestaltung des Außenbereiches**

#### **A. Verhinderung einer industriellen Hühnermastanlage**

Geplant war (oder ist) eine industrielle Hühnermastanlage für 84000 Hühner in zwei Hallen an der K 14 zwischen Illingen und Scheidingen. Unsere Fraktion hat sich im Widerstand gegen die Anlage an die Spitze der Bewegung gesetzt. Mit einer fundierten Erklärung hat die Fraktion am 13.2. im BPU Maßstäbe gesetzt. Wichtige Aspekte waren der Tierschutz, die Gefahr einer Entwicklung multiresistenter Keime durch die prophylaktische Verabreichung von Antibiotika in geringen Dosen, die Geruchsbelästigung für das Wohnumfeld einschließlich des Gewerbegebietes und der damit verbundene Wertverlust für Gebäude und Grundstücke, eine mögliche Zunahme von Asthma und allergischen Krankheiten sowie Baumsterben an der K 14, am unter Schutz stehenden Bahndamm sowie im Waldgebiet rund um Welver durch die zu erwartenden Ammoniakemissionen, eine Beeinträchtigung der Entwicklung der hiesigen bäuerlichen Landwirtschaft durch Ausschöpfung der kollektiven Emissionsgrenzen, eine Beeinträchtigung der touristischen Entwicklung Welvers, Brandschutzprobleme, Verkehrsprobleme an der teils schmalen K 14, zu erwartende Beschädigung der nur oberflächlich erneuerten Straße „Am Bierbäumchen“, mögliche Umweltschäden durch Abwasser- und Gülleausbringung sowie - positiv - eine verbesserte Rechtsposition der Gemeinde durch ein Urteil des OVG Berlin-Brandenburg aus 2005.

Der Gemeinderat sprach sich einheitlich gegen die geplante Anlage aus.

Durch die Novelle des Baugesetzbuches vom April 2013 kann der Rat nun tatsächlich so eine Anlage verhindern, indem er den nötigen Bebauungsplan verweigert. Seit dem haben wir von den Plänen nichts mehr gehört. In dieser Legislaturperiode werden wir von dem Projekt wohl auch nichts mehr hören.

#### **B. Umsetzung von Maßnahmen des Ahseprojektes in Zuständigkeit der Gemeinde**

Unser Antrag, nicht ausschließlich über Ersatzgelder zu finanzieren, sondern auch sich andere auftuende Möglichkeiten auszuschöpfen, wurde vom Rat breit abgelehnt.

#### **C. Entwicklung des Wegenetzes (siehe auch entsprechende Anträge unter Haushaltspolitik)**

Hier hatten wir für das zweite Halbjahr eigentlich einen Themenschwerpunkt erwartet. Der blieb aber aus, weil die Verwaltung den angekündigten Konzeptentwurf nicht vorlegte. Unsere Idee eines Mühlenfußweges von der Berwicker Mühle zur Borgeler Mühle wurde von der Unteren Landschaftsbehörde schon im Ansatz abgeblockt.

#### **D. Beschäftigung mit dem Thema Landwirtschaft**

- Besichtigung des landwirtschaftlichen Versuchsgutes Merklingsen der FH Südwestfalen am 2. Juli (wichtige Aspekte: Fruchtfolgen und pfluglose Bodenbearbeitung)
- Besichtigung des konventionellen Milchviehbetriebes Schulze zur Heide bei Berwicke am 10. Juli (wichtige Aspekte: Einsatz von Melk- und Reinigungsrobotern)

### **Abwasserthematik:**

#### **A. Abwasserbeseitigungskonzept (ABK)**

Das Thema hatte Brisanz und entbehrte nicht einer gewissen Dramatik.

a. Zunächst lehnten wir gemeinsam mit CDU und BG eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das OVG-Urteil vom 12.3.13 ab. Das OVG-Urteil ist somit anerkannte Rechtsgrundlage.

b. Im April brachte unsere Fraktion einen Antrag als Tischvorlage in den Rat ein. Es ging uns einmal darum, dass die Verwaltung einen Entwurf für ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles ABK hinsichtlich der Dörfer Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn erstellen sollte, das sich im Einklang mit dem Landeswassergesetz und dem OVG-Urteil vom März befände. Außerdem sollte die Verwaltung bei der Bezirksregierung sondieren, ob erstens die Grundstückseigentümer der besagten

vier Dörfer für die Dauer der Funktionssicherheit ihrer Kleinkläranlagen, aber längstens bis Ende 2021, vom Anschluss- und Benutzungszwang freigestellt werden könnten, und ob zweitens Anschlussbeiträge bis zum tatsächlichen Anschluss der Grundstücke gestundet werden könnten, um die finanziellen Belastungen der Grundstückseigentümer in Grenzen zu halten. Der Antrag traf auf breite Ablehnung.

c. Nach der Verfügung der Bezirksregierung, derzufolge die Gemeinde bis Jahresende ein ABK vorlegen sollte, das eine Kanalisierung der vier Dörfer innerhalb bestimmter Fristen beinhaltet, und nach einem Vorstoß von SPD und FDP, wieder die gleiche dezentrale Variante für die vier Dörfer in leicht modifizierter Form ins ABK zu schreiben und darüber hinaus gegen die gesetzte Frist der Bezirksregierung zu klagen, hat unsere Fraktion die Initiative ergriffen, um zusammen mit BG und CDU zu einer Lösung zu kommen. Unser Vorstoß zielte darauf ab, **fristgerecht ein genehmigungsfähiges ABK** vorzulegen, das aber die von der Bezirksregierung gesetzten Kanalisierungsfristen um einige Jahre nach hinten schöbe. Nach Gesprächen mit dem Bürgermeister, mit BG und CDU kam es Ende November zu einer Einigung und am 27.11.13 zum entsprechenden, **historischen Ratsbeschluss**. Demzufolge sind die Planungen für die Kanalisierung der vier Dörfer erst auf 2017 gelegt.

Die Bezirksregierung hat mündlich Zustimmung signalisiert. Von einer Genehmigung des ABKs ist uns aber noch nichts bekannt.

Ob die Kanalisierung, wie im ABK-Beschluss fixiert, durch Druckentwässerungsnetze erfolgen sollte, wurde in der Fraktion noch nicht beraten. Hierzu müssen zu gegebener Zeit noch Beschlüsse gefasst werden.

**B.** Unseren Antrag vom Vorjahr zur **Widmung von zusätzlichen öffentlichen Abwasseranlagen**, sprich offenen Gräben und Bürgermeisterkanälen, haben wir erneut im Oktober in den HFA eingebracht. Dort Verschiebung in den BPU. Dort erneute Verschiebung und Auftrag an die Verwaltung, Berechnungen hinsichtlich der Nutzungsverhältnisse vorzulegen.

Mit CDU und BG wollen wir den Punkt nach der Kommunalwahl wieder auf die Tagesordnung setzen.

### **Spielplätze:**

Ein Schwerpunkt der Fraktionsarbeit lag diesmal in der Spielplatzpolitik.

Wiederholt und mit Nachdruck haben wir darauf hingewiesen, dass Welper pädagogisch wertvolle Spielplätze brauche, was bisher nicht der Fall sei. Um diesen Missstand zu beheben, haben wir im Rahmen der Haushaltsdebatte beantragt, Verkaufserlöse für die Umsetzung eines noch zu erarbeitenden Spielplatzkonzeptes einzusetzen (siehe Haushaltspolitik). Das Thema wurde hauptsächlich von Johannes konzeptionell vorangetrieben. Die entsprechenden inhaltlichen Vorschläge wie z.B. Themenspielplätze oder Mehrgenerationenspielplätze flossen bereits in den politischen Diskurs ein. Johannes hat zudem bereits ein Grobkonzept entwickelt, das einen Mehrgenerationenspielplatz mit pädagogischer Betreuung auf dem Raiffeisengelände vorsieht. Dieser Vorschlag wurde bisher noch zurück gehalten.

### **Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen**

Auch auf diesem Thema lag ein Schwerpunkt der Fraktionsarbeit. Wiederholt haben wir auf die ungünstige Unterbringungssituation in Eilmsen hingewiesen und im Sinne des Parteienkonsenses von 2010 gefordert, dass eine dezentrale Unterbringung erfolgen sollte, und zwar vorzugsweise in anderen kommunalen Gebäuden oder in Mietwohnraum, sonst auch in anzuschaffenden Wohnpavillon - (siehe auch Haushaltspolitik). Eine schnelle und vollständige Umsetzung sollte dazu führen, dass die geforderten Brandschutzmaßnahmen im Wohnheim Eilmsen überflüssig würden. Wir konnten uns mit unserer Haltung nicht durchsetzen, mussten aber auch einsehen, dass wir die Offensive zu spät gestartet haben. Von Seiten anderer Parteien wurde Bereitschaft signalisiert, das Thema nach der Kommunalwahl in den Gemeindegremien weiterzuberaten.

### **Zentralortentwicklung und Einzelhandelskonzept:**

Wir haben uns dafür ausgesprochen, Edeka und Aldi eine Erweiterung zu genehmigen, und den Zentralen Versorgungsbereich anders zu fassen. Die Ratsmehrheit war aber anderer Meinung und unterstützte den Großinvestor. Dagegen haben wir uns aber aus städtebaulichen Gründen und wegen

der Verkehrs- und Kostenproblematik ausgesprochen. Wir haben die Prüfung eines Bürgerbegehrens/ Bürgerentscheides zu der Frage angekündigt. Wegen rechtlicher Probleme bzw. dem erheblichen Aufwand haben wir dieses Ansinnen aber eingestellt. Bis zum Jahresende gab es vom Investor nichts Konkretes zu vermelden.

Eigene Planungsideen oder der Vorschlag eines Planning-For-Real-Verfahrens wurden von der Fraktion skeptisch gesehen. Ggf. könne aber die Uni Dortmund in die Zentralortplanung einbezogen werden.

In der Juli-Ratssitzung haben wir angeregt, zu prüfen, ob ein Supermarkt in Borgeln Sinn machen könnte. Er hätte immerhin ein Einzugsgebiet von ca. 2800 Einwohnern.

### **Barrierefreier Umbau des Bahnhofpunktes Welper:**

Aufgrund unseres Antrags wurde der Punkt im Frühjahr im BPU behandelt. Auch andere Fraktionen konnten der Variante Außenbahnsteige etwas abgewinnen. Der Vortrag eines ZRL-Vertreters misst dieser Variante sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu. Der Bahnhofpunkt Welper ist als möglicher Nachrücker in die MOF 2-Liste aufgenommen worden. Seit April keine Neuigkeiten.

### **Umweltschutz - Anti-Fracking-Resolution an den Deutschen Bundestag:**

Unsere Anti-Fracking-Resolution, die ein generelles Fracking-Verbot fordert, haben wir im November in den Rat eingebracht. Sie ist an einem Patt gescheitert. (Im Frühjahr hatte sich noch eine Mehrheit abgezeichnet.)

### **Klimaschutz:**

Unser Vorschlag einer Thermoabdeckung des Lehrschwimmbeckens rechnet sich offenbar doch nicht. Das Thema Klimaschutz fand im Berichtszeitraum in der Fraktionarbeit wenig, in der Ratsarbeit fast keine Beachtung.

### **Konzessionsvergabe für das Strom- und das Gasnetz in Welper:**

Die Verwaltung hatte im Oktober Kriterienkataloge mit Bewertungsmaßstäben vorgelegt, die sie mithilfe der Kommunalagentur NRW erstellt hatte. Die Fraktion fand zwar keine gravierenden Mängel, beklagte aber mehrfach die viel zu späte Einbringung, die eine gründliche Prüfung unmöglich mache. Die Fraktion enthielt sich letztlich bei der Beschlussfassung.

### **Haushaltspolitik:**

Dem Verkauf ungeeigneter, überflüssiger, gemeindeeigener Spielplatzflächen stimmte die Fraktion zu. Außerdem beantragten wir den Verkauf vom Rest des Wohnheims Eilmsen. Mit den Verkaufserlösen sollten diverse Investitionen getätigt werden, a. vor allem die Neugestaltung von Spielplätzen, b. die Anschaffung von Wohnpavillonen für Flüchtlinge, falls erforderlich, c. falls 2014 anstehend die Anschaffung eines Bürgerbusses (als eine Möglichkeit), d. falls nicht durch Flächentausch möglich auch Grunderwerb für Lückenschlüsse für sichere Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Dörfern sowie e. für eine Fußgängerbrücke über den Soestbach. Die letzten beiden Punkte wurden nach 2014 verschoben, der Rest abgelehnt.

Mit den Einsparungen aus dem Verzicht auf Brandschutzmaßnahmen im Wohnheim Eilmsen wollten wir Baumaßnahmen an der Grundschule Borgeln finanzieren. Die Brandschutzmaßnahmen werden aber durchgeführt, für die GS Borgeln fehlt somit für 2014 die Finanzierung.

Aufgrund der breiten Ablehnung unserer Änderungsanträge haben wir den Haushalt 2014 abgelehnt.

### **Abriss des Raiffeisengebäudes und Platzierung der Mobilfunkanlagen auf einem gemeindlichen Grundstück:**

Auf unseren Antrag hin hat sich die Verwaltung mit dem Sachverhalt befasst und ermittelt, dass das Gebäude nicht als Schrottimmobilie im Sinne der Baugesetznovelle gewertet werden könne. Somit ist ein Abriss nicht möglich.

Im November-BPU wurde aber allgemein unterstützt, dass die Mobilfunkanlagen auf einem kommunalen Grundstück platziert werden sollten, damit die Gemeinde die Pachteinnahmen generieren könne.

### **Haltung zu Neubauprojekten:**

Hauptsächlich wegen der Zersiedelungsproblematik und dem Verlust wichtiger landwirtschaftlicher

Flächen hat die Fraktion Widerstand gegen Bauprojekte geleistet, vor allem in Schwefe, allerdings vergeblich. Befürwortet wurde die Fortsetzung des Bauprojektes Werler Str./Landwehrkamp.

### **3. Veranstaltungen**

#### **A. Fracking-Veranstaltung mit Wibke Brems am 4.3.13**

gemeinsam mit dem OV, gut besucht, auch von hochkarätigen Gästen, sehr informativ, Übergabe einer Anti-Fracking-Resolution an die grüne Landtagsfraktion

#### **B. Veranstaltung mit Friedrich Ostendorff zum Thema Massentierhaltung am 15.3.13**

Gemeinsam mit dem OV führte die Fraktion am 15.3.13 eine gut besuchte Informationsveranstaltung